



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

314.3
D489
1930

Deutschland Fahrbuch für das deutsche Volk 1930

Herausgegeben von
Dr. Kütz
Reichsminister des Innern a. D.

**THE UNIVERSITY
OF ILLINOIS
LIBRARY**

314.3
D489
1930

~~RECEIVED~~
~~RECEIVED~~

DEUTSCHLAND

JAHRBUCH

für das
deutsche
Volk

1930

Herausgegeben von

DR. KÜLZ

Reichsminister a.D.

M. d. R.

HELINGSCHKE VERLAGSANSTALT / LEIPZIG

Verantwortlich für die Schriftleitung: Reg.-Rat Dr. Bruno Rauecker in Berlin

**Alle Rechte vorbehalten
Helingsche Verlagsanstalt, Leipzig**

**Copyright 1930
by Helingsche Verlagsanstalt,
Leipzig**

**Satz, Autotypien, Druck und Einband von Oscar Brandstetter in Leipzig
Printed in Germany**

319.3
D461
1780

Vorwort

Auch der vierte Jahrgang des Jahrbuches „Deutschland“ erscheint wie sein Vorgänger in politisch bewegter und wirtschaftlich harter Zeit. Es ist daher in hohem Grade erwünscht — angesichts der Verworrenheit und Unübersichtlichkeit aller Verhältnisse —, die wirklichen Zustände von den Führern unserer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gegenwart objektiv dargestellt zu erhalten. Das Jahrbuch „Deutschland“ hat sich bisher mit Erfolg bemüht, in der Form breit angelegter Querschnitte Jahr für Jahr die Leistungen und Erfolge, Hoffnungen und Aussichten unseres nationalen Lebens, unserer gesamten Arbeit aus der Feder der verantwortlichen Männer klarzulegen, und in bereitwilligster Weise haben sie alle ihre wertvolle Mitarbeit beige-steuert — in dem dem Herausgeber vorschwebenden hohen Ziele, dem deutschen Volk die Wahrheit zu vermitteln, die Liebe zu Volk und Volkstum zu vertiefen, die innere Einheit und Zusammengehörigkeit zu stärken, das Bewußtsein der eigenen Kraft, des eigenen Wertes anzuregen. Daß dieses Ziel lauten Widerhall in allen deutschen Gauen gefunden hat, daß diese Bestrebungen zahlreiche Freunde innerhalb und außerhalb der Reichsgrenzen erworben haben, beweist die lebhafteste Beachtung unseres Jahrbuches in der Presse aller Gattungen und Richtungen, beweist aber auch seine ständig zunehmende Verbreitung.

Der vierte Jahrgang erscheint an der Schwelle eines neuen Zeitabschnittes — unmittelbar nach Beendigung der Haager Konferenzen, in denen die Regelung der Reparationsverpflichtungen, die Räumung der noch besetzten Rheinlande vereinbart worden ist, die — wie wir hoffen — politisch und wirtschaftlich einen günstigen Einfluß auf die Entwicklung unseres Vaterlandes ausüben werden. Aber die gewaltigen

Vorwort

Verpflichtungen, die wir übernommen haben, und die schwere Not, unter der die Wirtschaft und alle Bevölkerungsschichten leiden, werden uns, selbst wenn alle Hoffnungen, die an die Haager Vereinbarungen geknüpft werden können, in Erfüllung gehen, nicht zur Ruhe kommen lassen. Unser Schicksal ist der Kampf, der Existenzkampf eines großen, tüchtigen, fleißigen und lebenskräftigen Volkes, das der Welt noch vieles zu geben hat, wie es ihr im Laufe seiner großen Vergangenheit bereits vieles beschert hat.

Nur klare Erkenntnisse vermögen den Mut und die Kraft in diesem Kampfe zu stärken. Klare Erkenntnisse will dieses Jahrbuch vermitteln. Es hofft damit dem deutschen Volke ein Helfer bei der Überwindung schwerer Zeiten zu sein.

Dresden, im Januar 1930

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'K. F. J.' or similar, written in a cursive style.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort des Herausgebers	3
Külz, Dr., Reichsminister a. D.: Hindenburg fünf Jahre Reichs- präsident	7
Heide, Walter, Dr., Oberregierungsrat: Das Rheinland frei! . .	12
Röchling, Hermann, Dr., Kommerzienrat, Mitglied des Lan- desrats des Saargebiets: Es gibt keine Saarfrage	19
Curtius, Dr., Reichsminister: Die Haager Vereinbarungen . .	31
Rauecker, Bruno, Dr., Regierungsrat: Reparationen und Lebens- haltung	44
Heile, Wilhelm, Geschäftsführender Präsident des Deutschen Komitees für europäische Kooperation: Grenzen und Auf- gaben eines europäischen Staatenbundes	53
Spiecker, Karl, Dr., Ministerialdirektor a. D.: Die Festigung der Republik	67
Karlinger, Hans, Aachen, Prof. Dr.: Oberbayern	73
Hamn, Ed., Dr., Reichswirtschaftsminister a. D., M. d. R. W. R., Mitglied des Präsidiums des deutschen Industrie- und Han- delstags: Die deutsche Zahlungsbilanz	79
Zylmann, Peter, Berlin, Studiendirektor: Die Nordsee	92
Müller-Jabusch, Maximilian, Pressechef der Deutschen Bank- und Diskonto-Gesellschaft: Das deutsche Bankwesen .	99
Wissell, Rudolf, Dr. h. c., Reichsarbeitsminister: Von der Fürsorge zum kollektiven Arbeitsrecht	106
Keyser, Danzig, Dr., Museumsdirektor: Danzigs deutsche Kultur .	114
Dovifat, E., Univ.-Prof. Dr., Direktor des „Deutschen In- stituts für Zeitungskunde“: Presse und öffentliche Mei- nung in Deutschland	123
Boelitz, O., Dr., Staatsminister a. D., M. d. L.: Wert und Be- deutung der internationalen wissenschaftlichen Austausch- organisationen	131
von Parseval, August, Dr. h. c. ing. et phil.: Über die Ent- wicklung der Luftschiffahrt	140
Seiring, Georg, Dr. med. h. c., Regierungsrat, Geschäfts- führender Direktor des Deutschen Hygiene-Museums, Dresden: Das deutsche Hygiene-Museum, Dresden	146
von Molo, Walter, Präsident der Deutschen Dichterakademie: Der Dichter und das Volkstum	155
Mommsen, Wilhelm, Marburg, Univ.-Prof. Dr.: Frankreich und der Rhein	160
Michel, Wilhelm: Hessische Bauernkunst	169



Bronzebüste von K. H. Isenstein

Reichspräsident von Hindenburg

Hindenburg fünf Jahre Reichspräsident

Von Dr. Külz

Die ungeheure politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Umschichtung, in der Deutschland seit 1918 lebt, hat einen ganz außergewöhnlichen Verbrauch von persönlichen Kräften zur Folge gehabt. Noch nie hat eine Periode der deutschen Geschichte so viel Persönlichkeiten verzehrt, wie die, in der wir jetzt leben. Unruhe und Unsicherheit auf vielen Gebieten unseres staatlichen Lebens waren die naturnotwendigen Begleiterscheinungen. Die Regierungen kamen und gingen in rascher Folge. Die politische Führung unterlag häufigem Wechsel. Bei dieser Sachlage muß es als eine gütige Fügung des Schicksals betrachtet werden, daß das neue Deutschland in seinen beiden Reichspräsidenten ruhende und sichere Pole in der staatlichen Erscheinungen Flucht besaß und noch besitzt. Die Konsolidierung der deutschen Republik ist ganz wesentlich bis auf den heutigen Tag durch die Persönlichkeiten der beiden Reichspräsidenten bestimmt worden. Jetzt, wo sich das deutsche Volk der Reichspräsidentschaft Hindenburgs fünf Jahre lang erfreuen kann, ist besonderer Anlaß gegeben, sich Bedeutung und Eigenart der ersten beiden Staatsoberhäupter des neuen Deutschland zu vergegenwärtigen.

Die Wahl Eberts hatte Schicksalsbedeutung für den neuen Staat. „Die Demokratie wird in ihm einen starken Hort haben.“ Dieses prophetische Wort der Begrüßung, das Dr. David als Präsident der Nationalversammlung an den Gewählten richtete, hat sich voll erfüllt. Aber noch mehr. Ohne seine sozialistische Vergangenheit jemals zu verleugnen, hat der erste Reichspräsident sich stets als Repräsentant des ganzen Volkes gefühlt und betätigt. „Mit allen meinen Kräften und mit voller Hingabe werde ich

mich bemühen, mein Amt gerecht und unparteilich zu führen, niemandem zu Liebe, niemandem zu Leide. Ich gelobe, daß ich die Verfassung der deutschen Republik getreulich beachten und schützen werde. Ich will und werde als der Beauftragte des ganzen deutschen Volkes handeln, nicht als Vormann einer einzigen Partei.“ Bis zum letzten Atemzug hat Ebert dieses Gelöbniß gehalten und hat sich durch seine politische Klugheit, seine Tatkraft und Willensfestigkeit in sturmbelegter Zeit bewährt und hat sich in seiner ruhigen und taktvollen Besonnenheit in den schwierigsten innerpolitischen Lagen als eine starke, zusammenhaltende und ausgleichende Kraft erwiesen. Mit Recht kennzeichnete die Kundgebung der Reichsregierung bei seinem Tode sein Wirken mit den Worten: „In schwerster Zeit hat er das Amt eines deutschen Reichspräsidenten mit vorbildlicher Gewissenhaftigkeit und staatsmännischer Klugheit verwaltet. ... Unparteilichkeit und Gesetzlichkeit waren die Richtlinien seiner Amtsführung.“ Geschichtlich und staatspolitisch gesehen bedeutete seine Wahl die Ablösung der Erbmonarchie in der Leitung des deutschen Reiches durch volkserwählte Führer.

Unvorhergesehen wurde das deutsche Volk durch den Tod des Reichspräsidenten Ebert am 28. Februar 1925 vor die erste Volkswahl eines Reichspräsidenten und damit vor die Notwendigkeit der Vollziehung eines Aktes von weittragender Bedeutung für die künftige politische Entwicklung gestellt.

Die Wahl des Nachfolgers bot im ersten Wahlgang das Bild einer reinen Parteiwahl. Der zweite entscheidende Wahlgang hatte am 26. April 1925 zwischen Hindenburg und Dr. Marx zu entscheiden. Hindenburg wurde mit 14,7 Millionen Stimmen gewählt, Marx erhielt 13,8 Millionen und der von vornherein aussichtslose kommunistische Kandidat 1,9 Millionen.

Auch die Wahl Hindenburgs war von schicksalhafter Bedeutung für das deutsche Volk. Wenn ein Teil seiner Wäh-

ler vielleicht geglaubt hatte, daß von dieser Wahl der Antrieb einer monarchischen Bewegung ausgehen könnte, und wenn ein anderer Teil des deutschen Volkes die Besorgnis gehabt hatte, daß die historische und ehrwürdige Gestalt Hindenburgs nunmehr in die Niederungen des politischen Tagesstreites gezogen werden würde, so zeigte es sich sehr bald, daß beide Teile sich gründlich geirrt hatten. An der Tatsache, daß ein Deutscher von dem gewaltigen menschlichen und historischen Erleben eines Hindenburg mit Eid und Manneswort die Treue zur Republik gelobte, gab es kein Drehen und Deuteln. Ohne einen Augenblick seine monarchische Vergangenheit zu verleugnen, wurde Hindenburg aus schlichtem Pflichtgefühl gegen Volk und Vaterland zum treuen Diener auch des neuen Staates. Und weil er von Stund an nur dies und niemals etwas anderes war und sein wollte, hoben ihn seine unantastbare Staatsgesinnung, seine eiserne Pflichterfüllung und seine menschliche Schlichtheit und Geradlinigkeit hoch hinaus über das Gewirr des Tages, und machten ihn zu einem Bollwerk der Pflicht gegenüber Volk und Vaterland. —

Nach einem Wahlkampf von unerhörter Heftigkeit war Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt worden. Der Reichstag war zur Eidesleistung des Reichspräsidenten auf die Verfassung der Republik versammelt. Man muß schon diesen geschichtlichen Augenblick miterlebt haben, um ihn in seiner ganzen Tiefe zu erfassen. Politische Hoffnungen und politische Befürchtungen schlugen ihre Wellen in den Sitzungssaal. Hindenburg und die Republik — war das nicht in Idee und Praxis etwas völlig Unvereinbares? Durch die atemlose Stille des Raumes klingt sein Wort: „Das deutsche Volk hat in den Zeiten schwerster Prüfung sein Schicksal selbst in die Hand genommen.“ Von diesem Ausgangspunkt erkennt derselbe Hindenburg, der noch nach dem Zusammenbruch der Monarchie im deutschen Kaisertum die Hoffnung der deutschen Zukunft erblickte, jetzt, als ihn der Wille des Volkes zur Staatsverantwortung berief, den

„tiefen Sinn der Verfassung“ darin, daß die Volkssouveränität „die Grundlage unsres gesamten heutigen Verfassungslebens“ ist und leistet den Eid auf die Republik. Der Sieger der Schlachten hatte einen noch größeren Sieg errungen, den über sich selbst.

Das Erleben der Völker kennt nur ganz wenige Beispiele jener Großen, die schon bei Lebzeiten Geschichte, Monument und Mythos werden. Hindenburg gehört zu ihnen. Er steht vor uns als Statue gewordene Pflicht: „Wenn ein Granitblock mit Leben beseelt werden könnte, er würde gleich Hindenburg sein.“ Aber er ist uns nicht nur hundertfach bewährte deutsche Pflicht, sondern er ist ein Stück der deutschen Seele geworden und lebt in der Seele des deutschen Volkes als der getreue Eckehart deutscher Sendung und Zukunft. Hindenburg ist uns die Verkörperung derjenigen Epoche der deutschen Geschichte, die bei aller Tragik doch dereinst, wenn das jetzt noch auf uns Lastende von uns genommen sein wird, im Urteil der Welt weiterleben wird als die größte nationale Erhebung, deren je ein Volk fähig war, und er ist die geschichtliche Persönlichkeit, in der sich die Verehrung für das, was an dem hinter uns Liegenden groß war, vereint mit der Sehnsucht und Hoffnung auf ein neues Vorwärts und Aufwärts.

Ist uns Hindenburg mehr gewesen im Kriege oder mehr im Frieden? Wir wollen's nicht fragen, sondern wollen dem monumentum aere perennius, das er sich in Krieg und Frieden schuf, die Inschrift setzen: Dankt Gott, daß er der Unsre war! Und den Dank, den wir diesem treuen deutschen Manne an der Spitze der Republik schulden, können wir am besten abstatten, wenn wir alle sein Wort zur Tat werden lassen: „Wer entschlossen Hand mit anlegt und mitarbeitet an den Aufgaben der Gegenwart und am Aufbau der Zukunft, der handelt wahrhaft national!“



Bronzebüste von K. H. Isenstein

Der erste Reichspräsident Friedrich Ebert

Das Rheinland frei!

Von Dr. Walter Heide

Die auf rasche, oft allzu rasche und zuweilen ungerechte Kritik eingestellte Gegenwart vermag die großen und bedeutsamen Fortschritte in den zwischenstaatlichen Beziehungen und in den Formen des Verkehrs zwischen Sieger und Besiegten des Weltkrieges in ihrem vollen Umfang kaum zu würdigen. Und doch ist der Weg, der von dem einseitigen Siegerdiktat von Versailles bis zu den auf sachlicher Übereinkunft beruhenden Abmachungen im Haag führte, in seiner politischen und historischen Bedeutung gar nicht positiv genug zu werten. Es war der Weg der Verständigungspolitik, der nach innen und außen erkämpft werden mußte, der von London nach Locarno, von Genf nach Paris und schließlich zum Haag führte. Auf dem Wege dieser Politik liegt die Befreiung des Ruhrgebietes und der ersten und zweiten Rheinlandzone, in ihrem Rahmen Deutschlands Eintritt in den Völkerbund, als ständiges Mitglied in den Rat der Völker, ein Ereignis, das mit dem Anfang weltpolitischer Entspannung zusammenfällt. Und am Ende dieses Weges liegt in greifbarer Nähe die Befreiung auch der letzten Rheinlandzone, die volle politische und finanzielle Souveränität. Exponent dieser Befreiungspolitik war der verstorbene Reichsaußenminister Dr. Stresemann, der so oft wegen seines Wortes von dem Silberstreifen am Horizont geschmäht wurde. Mit dem Mute der Unpopularität ist Stresemann diesen Weg des Optimismus gegangen, und der Enderfolg seiner Politik, die im Haag ihren entscheidenden Abschluß fand, hat ihm recht gegeben. Die Ergebnisse der Haager Konferenz sind, wie der englische Schatzkanzler Snowden beim Schlußakt zum Ausdruck brachte, ein Kranz auf das Grab dieses großen deutschen Staatsmannes.



Zweimal traten im Haag die Staatsmänner Europas zusammen. Unter der offiziellen Bezeichnung „Haager Konferenz 1929/1930“ wird sie in die Geschichte eingehen und der formalen Liquidierung des Weltkrieges das äußere Symbol verleihen.

✱

Der Vertrag von Versailles, dessen Übernahme durch Deutschland unter dem Druck eines angedrohten Einmarsches und der Fortdauer der Hungerblockade erfolgt war, hatte große deutsche Gebiete für die Dauer von 15 Jahren einer Besatzung durch die früheren Gegner unterworfen. Er hatte Deutschland eine völlig unübersehbare Reparationspflicht aufgebürdet. Praktisch waren die politische wie die finanzielle Belastung unbegrenzt. Ziel der deutschen Außenpolitik mußte es sein, den ungeheuren Druck, der auf dem politisch vereinsamten, zum Teil besetzten Deutschland lag, zu erleichtern, die finanziellen Lasten in zäher, von den eigenen Volksgenossen oft verkannter Arbeit abzubauen. Das Londoner Ultimatum setzte die Reparationen auf 132 Milliarden fest, die Zahlung der ersten Jahresmilliarde erschütterte die deutsche Währung, der Ruhrreinbruch und seine Folgeerscheinungen brachten Deutschland an den Rand des Abgrundes. Nach fünf Jahren politisch-finanzieller Diktate, Ultimaten und Wirren stellte der Dawesplan den ersten Versuch einer wirtschaftlichen Lösung des Reparationsproblems dar, bei der die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes Berücksichtigung fanden. Doch war damit nur eine Zwischenlösung erreicht, obendrein mit weitgehenden Rechten und Kontrollmöglichkeiten der Gläubigermächte. Nachdem der Dawesplan zugeeignet hatte, wieder stabile Verhältnisse einzuführen und die Franzosen aus dem Ruhrgebiet herauszubringen, war seine Aufgabe erfüllt. Es galt nun, die Befreiung Deutschlands von der Besatzung zu erreichen und gleichzeitig eine Herabsetzung der Reparationssummen, eine Begrenzung der

deutschen Verpflichtung und eine Befreiung von ausländischen Kontrollen und Einmischungsmöglichkeiten herbeizuführen.

*

Nach langwierigem diplomatischem Notenkrieg hatte Deutschland die Räumung der ersten Rheinlandzone mit einer Verspätung von dreizehn Monaten im Jahre 1926 durchgesetzt. Mit Locarno hatte die Besetzung des Rheinlandes überhaupt Sinn und Zweck und jede Rechtsgrundlage verloren. Eine vernünftige Auslegung des Artikels 431 des Versailler Vertrages gab Deutschland einen juristischen, politischen und moralischen Anspruch auf die Räumung, den Reichskanzler Müller in Genf im September 1928 während der Tagung des Völkerbundes bei den Besatzungsmächten formell vorbrachte. Gestützt auf den genannten Artikel hat der deutsche Reichkanzler noch einmal hervor gehoben, daß die militärischen Klauseln des Versailler Vertrages erfüllt sind, daß die Entwaffnung von der andern Seite selbst anerkannt worden ist, und daß wir außerdem die Verpflichtungen des Dawesplans erfüllt haben. Französischerseits machte man jedes Zugeständnis von der Zustimmung Deutschlands zu einer dauernden Kontrollkommission für die entmilitarisierte Zone am Rhein und von der Neuregelung der Frage der Reparationen und der interalliierten Schulden abhängig. Die Besprechungen zwischen den Vertretern Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Japans führten schließlich zu einer Einigung über die Eröffnung von offiziellen Verhandlungen über die vorzeitige Rheinlandräumung, über die Notwendigkeit, das Reparationsproblem vollständig und endgültig zu regeln und über den Grundsatz der Einsetzung einer Feststellungs- und Vergleichskommission.

Das Reparationsproblem hat in der Schaffung des Youngplans durch unabhängige Finanzsachverständige aus den beteiligten Staaten nach viermonatigen Verhandlungen in Paris eine neue Gestalt bekommen. Sache der beteiligten

Regierungen war es, diesen Plan anzunehmen. Zu diesem Zweck wurde die „Haager Konferenz“ einberufen, die die finanzielle und politische Liquidierung des Weltkrieges vornehmen sollte.



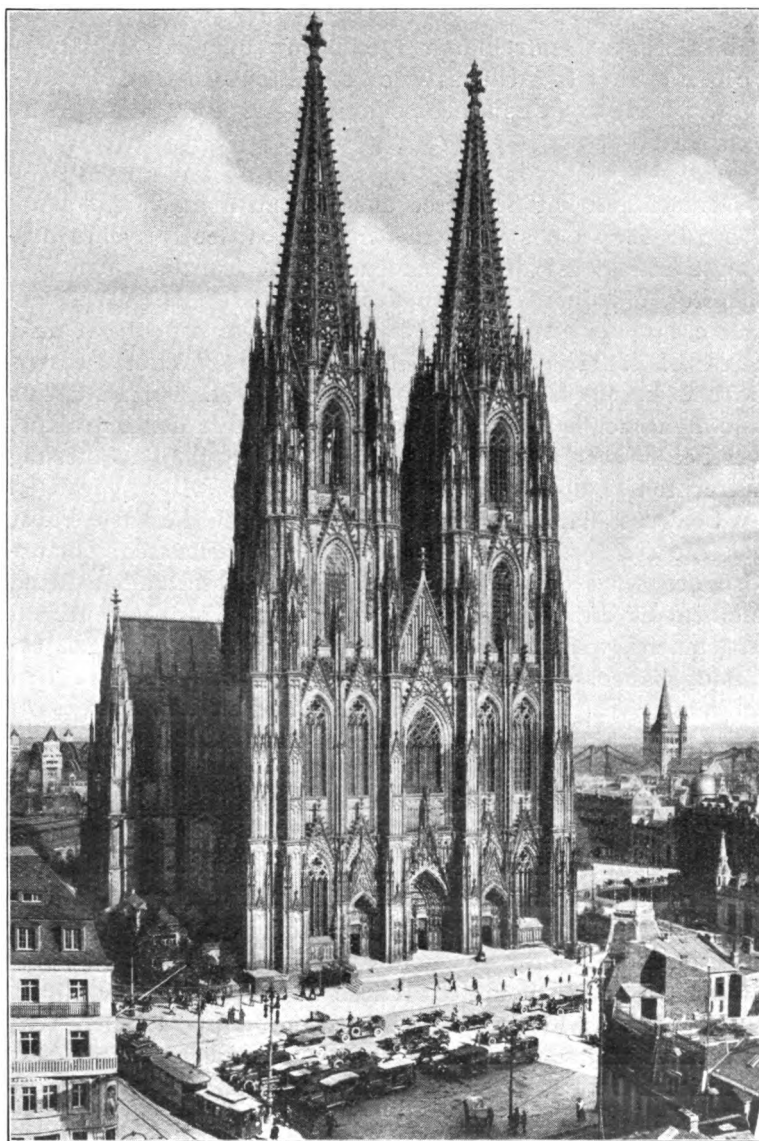
Der erste Tagungsabschnitt der Haager Konferenz im August 1929, bei der Reichsaußenminister Dr. Stresemann die deutsche Delegation führte, brachte endgültige Vereinbarungen politischer Art hinsichtlich der Rheinlandräumung und die grundsätzliche Annahme des Youngplans. Es verblieb aber trotz monatelanger Komiteearbeiten und diplomatischer Aktionen noch eine Reihe von offenen Punkten für die Januartagung der Konferenz. Bei diesen Fragen, die alle irgendeine Beziehung zur wirtschaftlichen Regelung der Reparationsfrage hatten, handelte es sich im Grunde ausschließlich um Probleme der Interpretation des Youngplans. Das Ergebnis war, daß die deutsche Position sich materiell nicht verschlechterte.



Politisch war im ersten Konferenzabschnitt die Räumung der zweiten Rheinlandzone für 1929 und der dritten bis zum Ende des Monats Juni 1930 zugestanden worden. Dieser Erfolg war unseren Verhandlungsführern im Haag nicht leicht gemacht worden, da vor allem der französische Ministerpräsident Briand die Festsetzung des Endtermins von einer Kontrollkommission im Rheinland abhängig machte. Dieses Projekt einer Kontrollinstanz für das geräumte, zu räumende und entmilitarisierte Rheinland wurde abgewehrt, so daß außerhalb der durch die Verträge von Versailles und Locarno zugestandenen Befugnisse keine Körperschaft irgendeinen Eingriff in deutsche Hoheitsrechte, Untersuchungen oder sonstige Maßnahmen vornehmen kann. Alle Streitigkeiten unterliegen dem im Locarnopakt vorgesehenen Schiedsverfahren bzw. den allgemeinen völkerrecht-

lichen Bestimmungen, so daß keine Differenzierung des Rheinlandes gegenüber dem übrigen Deutschland besteht und ihm für die Zukunft jede fremde Dauerkontrolle oder Einwirkung erspart bleibt.

Im zweiten Tagungsabschnitt wurde die Forderung von Sanktionen erfolgreich abgewehrt und damit eine politisch bedeutsame Frage gelöst. Wir haben von 1919 bis 1924 eine Periode gehabt, in der die ganze Reparationspolitik ein ausschließlich politisches Problem war und in der die Methoden dieser Politik, Pressionen und Sanktionen, militärische Mittel gewesen sind. Im Jahre 1924 ist der erste Versuch zu einer Entpolitisierung der Reparationsfrage gemacht worden, und man hat sie auf ein politisch-wirtschaftliches Gleis geschoben. Durch den Youngplan wird die Frage ganz entpolitisiert und restlos auf ein finanziell-wirtschaftliches Gebiet gestellt. Daraus folgt, daß nach dem Geist des Youngplans und nach einer Reihe von einzelnen Entscheidungen in diesem Plan dort für Sanktionen kein Raum mehr ist. Durch einen Artikel des Schlußprotokolls der Haager Konferenz und durch eine Anlage zu diesem Artikel, eine Erklärung der Gläubigerregierungen und eine solche der deutschen Regierung, ist die Frage der Reparationssanktionen dahin gelöst worden, daß nunmehr die Reparationskommission ausgeschaltet ist und ausschließlich die Organismen, die der Youngplan selbst geschaffen oder neu bestätigt hat, spielen, nämlich die Internationale Bank, der beratende Sonderausschuß bei dieser Bank und ein paritätisches Auslegungsschiedsgericht. Für den von den Gläubigerregierungen aufgeworfenen Ausnahmefall, daß eine deutsche Regierung mit Vorbedacht den neuen Plan zerreißen würde, ist die Entscheidung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag festgesetzt worden. Stellt dieser die Zerreißung des Youngplans fest, so haben die Gläubigerregierungen ihre Handlungsfreiheit wiedergewonnen, aber nicht die des Versailler Vertrages, sondern die des allgemeinen Völkerrechts. Damit ist eine wichtige Re-



Phot. H. Jansen, Köln

Der Kölner Dom, das größte und einheitlichste gotische Bauwerk der Welt

habilitierung Deutschlands gelungen und vom deutschen Rheinland das Wiederbesetzungsrecht des Art. 430 des Versailler Vertrages endgültig abgewandt.



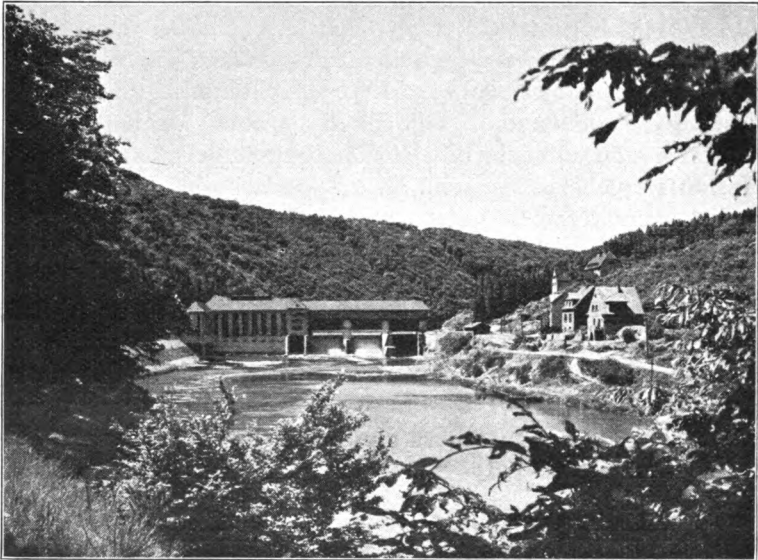
Deutschland hat Schweres auf sich zu nehmen und kann das, wie der Reichspräsident gelegentlich des Neujahrsempfanges mit Ernst und Nachdruck dem französischen Botschafter, als dem Sprecher des Diplomatischen Korps, erklärte, nur bei gesicherter politischer Freiheit und wirtschaftlicher Entfaltungsmöglichkeit. Der politische Erfolg ist aber dieses Opfer wert. Denn für das Rheinland schlägt in diesem Jahr die Stunde der Befreiung. Der Leidensweg ist zu Ende, den die rheinische Bevölkerung aufrechten Hauptes um ganz Deutschlands willen gegangen ist. Schweres hat sie erdulden müssen durch die harte Faust des Siegers in mehr als zehnjährigem Ausharren. Unauslöschlich wird der Dank des gesamten Vaterlandes denen bleiben, die die unerhörte Fülle seelischen Leides und herben Ungemachs, wirtschaftlicher Not und harter Prüfungen erduldet haben, die in unwandelbarer Treue auch in den schwersten Tagen zur deutschen Heimat hielten. Das jahrelange Sehnen des besetzten Gebietes nach Anbruch der Freiheitsstunde findet seine Erfüllung. Und mit ihr ist ein hohes nationales Ziel der deutschen Politik dieser zehn Nachkriegsjahre erreicht. Die Jahrhunderte alte „Rheinlandpolitik“ Frankreichs hat als Drohung über uns gehangen. Leidenschaftlich hat der französische Nationalismus all die zehn Jahre gegen jede Räumung gekämpft, ganz zielklar und mit stärkster Willensanspannung auch gegen spätere Freigabe des linken Rheinufers. Diese Drohung haben wir jetzt durch einen unwiderlegbaren, klaren und doppelseitigen Vertrag überwunden. Und darin liegt die große politische und historische Bedeutung der Haager Konferenz: die Sicherheit, daß die Rheinlande frei und deutsch bleiben!

Es gibt keine Saarfrage!

Von Kommerzienrat Dr. Hermann Röchling, Mitglied des
Landesrats des Saargebiets

Die Abtrennung des Saargebietes gemäß dem Versailler Vertrag beruht auf der Clemenceauschen Lüge — eine der größten Lügen der Weltgeschichte —, daß es im Saargebiet unter den 750 000 Einwohnern 150 000 Abkömmlinge von Franzosen gäbe, denen die Möglichkeit gegeben werden müßte, sich frei und unbeeinflußt darüber zu äußern, zu welcher Nation sie gehören wollten. Kein Diogenes, der mit noch so viel tausendkerzigen Laternen das Saargebiet durchsuchte, würde auch nur die geringste Spur von diesen Clemenceauschen Saarfranzosen finden. Er würde feststellen, daß das ganze Saargebiet so deutsch fühlt und deutsch denkt, daß es lieber heute wie morgen zum Reiche zurückkehrte, und daß dieser Wunsch jedem Wort und jeder Tat der Bewohner zugrunde liegt. Ja, er würde sogar bei den Franzosen, vor allen Dingen den Elsässern und Lothringern, die zur Zeit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages hier wohnten, also im Jahre 1935 über die Zugehörigkeit des Saargebietes mit abstimmen werden, die einhellige Überzeugung finden, daß nur eine Rückgliederung des Saargebietes zu seinem Mutterlande und keine andere Lösung irgendwelcher Art in Frage kommt; und daß im Interesse der Bereinigung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich diese Rückgliederung so bald wie möglich vorgenommen werden sollte. Die Elsaß-Lothringer in Frankreich aber, von denen doch nur ein Teil aus vollster innerster Überzeugung französisch geworden ist, während der andere Teil am liebsten weder Deutsche noch Franzosen, sondern irgendein Drittes sein möchte, kennen die Zerrissenheit der eigenen Seelenstimmung ganz genau und haben daher durchaus Verständ-

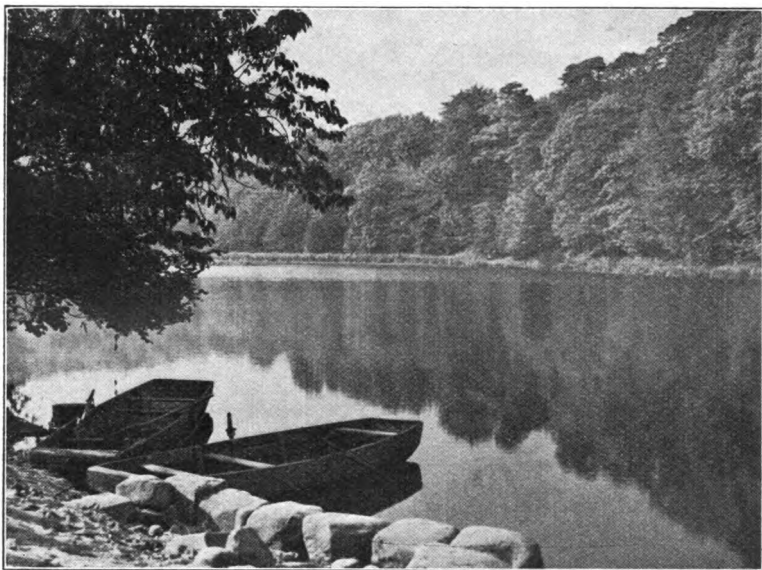
nis dafür, daß wir im Saargebiete von dieser Zwitterstellung nichts wissen wollen. Alle Kreise in Elsaß-Lothringen sind einig in dem Wunsche, daß um ihr Land kein europäischer Krieg mehr entbrennen möchte, sind sich klar darüber, daß die törichten Experimente ihrer jetzigen Landsleute im Saargebiete ganz gewiß nicht zur Beliebtheit der Franzosen bei



Saarkraftwerk bei Mettlach

den Saarländern beigetragen haben. Was Wunder, wenn gerade von der unabhängigen, d. h. der nicht von der französischen Regierung subventionierten Presse in Elsaß-Lothringen der französischen Regierung immer wieder gepredigt wird, daß nur die schleunige Liquidation des Versuchs, das Saargebiet für Frankreich oder eine Autonomie zu gewinnen, Frankreich im Falle einer Abstimmung vor der größten Blamage bewahren werde, — einer Blamage, die die aller-

unmittelbarste Wirkung im benachbarten Elsaß-Lothringen haben könnte. Man darf nicht vergessen, daß 2½ Millionen Ausländer in Frankreich wohnen und arbeiten, die die Franzosen aus Gründen des Volkstums assimilieren möchten. Neben der Tatsache, daß die dauernde Aufrechterhaltung einer Saarfrage mit der gegenwärtigen getrennten Verwaltung



Weiher im Warndt (Saar)

des Gebietes unter einer Regierung des Völkerbundes und mit dem Besitze der Kohlengruben durch den französischen Staat der deutsch-französischen Verständigung ganz ernsthaft im Wege stehen würde, sind es m. E. vor allen Dingen die oben aufgeführten Gründe, welche die Briandsche Politik, in die Behandlung einer vorzeitigen Rückgliederung des Saargebietes einzutreten, beeinflußt haben.

Die Wirkung, die die Verwaltung des Saargebietes durch

unsere aus vier Ausländern, darunter einem Franzosen, und außerdem einem Saardeutschen zusammengesetzte Regierungskommission auf die Saarbevölkerung gehabt hat, ist bereits angedeutet. Die Saarbewohner, die immer gute Deutsche waren, sind durch die über sie verhängte wesensfremde und absolutistische Regierungsform zu einer um so



Saarbrücken. Saarhafen

schärferen Ablehnung alles fremdländischen, besonders des französischen Einflusses gelangt, je unvernünftiger und gewalttätiger dieser Einfluß gemäß dem französischen Nachkriegssiegersdünkel sich gebärdete. Was in dieser Hinsicht geleistet worden ist, wäre geeignet gewesen, harmlose Kolonialvölker zur wildesten Wut aufzustacheln. Wie konnte man ein hochentwickeltes Volk wie uns Deutsche an der Saar unter der Firma des Völkerbundes in der Hauptsache von französischen Ministerialbeamten regieren lassen und

dann noch die Hoffnung hegen oder doch vortäuschen, daß man dieses Volk für die französische Kultur gewinnen oder von seinem eigenen Volkstum absplittern könne? Wie konnte man so irrsinnig sein, unter Poincarés Ministerpräsidentschaft zu versuchen, durch übelsten Terror die Bevölkerung zu knechten und mundtot zu machen? Das sind die be-



Saarbrücken. Rathausplatz aus der Vogelschau

währten Methoden, mit denen Frankreich nicht nur den Kolonialvölkern die Kultur beibringt, sondern mit denen man auch in Frankreich selber in aufgeregten Zeiten allen mißliebigen Parteien und Personen zu Leibe geht, bis man ihnen das Rückgrat gebrochen hat.

Im Saargebiet wurde dieser Versuch aber am untauglichsten Objekte gemacht. Wir setzten uns zur Wehr mit den geringen Mitteln, die uns der Versailler Vertrag gelassen hatte. Aber gerade die Unterstellung des Saargebietes unter

die Verwaltung des Völkerbundsrates bildeten wir zum wirk-
samen Schutz gegen die allzu groben französischen Methoden
aus. An die dreißigmal sind wir zu den Sitzungen des Völker-
bundes in Genf und an anderen Orten gewesen; wir haben
nicht locker gelassen mit unseren Beschwerden. Schritt für
Schritt suchten wir die Gewalttätigkeiten der Franzosen und
ihre Rechtsbrüche einzudämmen, bis es uns endlich gelang,
einigen nichtfranzösischen Mitgliedern des Völkerbundsrates



Saarbrücken. Schloß und Schloßplatz

klarzumachen, daß für Franzosen Poincaréscher Prägung das
„Recht“ nur eine andere Form der Vergewaltigung des
Schwächern ist, die der Völkerbund nicht mit seinem Namen
decken dürfe, wenn er nicht unheilbaren Schaden an seinem
Ansehen erleiden und seine völkerverbindende Mission un-
möglich machen wolle. Wir können ruhig sagen, daß der
größte Teil unseres Kampfes erfolgreich beendet war, ehe
Deutschland im Jahre 1926 in den Völkerbundsrat eintrat.

Nicht so erfolgreich sind lange Zeit unsere Bemühungen
zum Schutze der deutschen Bergleute gewesen, die in den

Steinkohlengruben des Saargebietes arbeiten. Der Versailler Vertrag hat bekanntlich das gesamte Steinkohlenvorkommen des Saargebietes dem französischen Staat übereignet, der an die Spitze der Verwaltung einen Generaldirektor stellte, der ein naher Mitarbeiter Clemenceaus bei der Schaffung des Saarstatutes und seiner Durchsetzung gegenüber Wilson war. Die von ihm berufenen französischen Ingenieure und Grubenbeamten, die auf unsere deutschen Bergleute losgelassen



Bergwerksdirektion Saarbrücken

wurden, bildeten ein seltsames Sammelsurium von über-
spannten Nationalisten, die durch schärfste Bedrückung dem
Namen Frankreichs Ehre zu machen suchten, von unfähigen
Fachleuten, daneben aber auch einer Reihe tüchtiger und
anständiger Menschen, die aber neben den anderen mit ihrem
lärmenden Vordrängen nicht aufkommen konnten. Daß das
nicht gut gehen konnte, war ohne weiteres klar. Zwar ver-
suchte man die größten Schäden dieser Verwaltung durch
allerhand Köder, wie Gewährung von Frankenlöhnen wäh-
rend der deutschen Inflation usw., zu überkleistern, aber

ohne Erfolg. Als die Franzosen im Jahre 1923 in das Ruhrgebiet einrückten, kam es im Saargebiet zu einem großen allgemeinen Bergarbeiterstreik, der 100 Tage dauerte und bei dem die französische Soldateska auf Grund des von dem ebenso ungeschickten wie brutalen Präsidenten der Regierungskommission, dem französischen Staatsrat Victor Rault, proklamierten Belagerungszustandes sich würdig an die Seite ihrer Kameraden im besetzten Gebiet stellte. Wenn auch im Völkerbundsrat das Vorgehen Raults durch die verschiedenen englischen Vertreter, wie Sir Edward Wood und Lord Robert Cecil, und vor allem auch durch den verstorbenen schwedischen Ministerpräsidenten und Sozialistenführer Hjalmar Branting aufs schärfste mißbilligt wurde, so war an der Tatsache der gröblichen Mißhandlung unserer Bergleute nachträglich nichts zu ändern. Auch auf anderen Gebieten hat die Bedrückung der Bergleute jahrelang angehalten, ohne daß wir sie verhindern konnten. Bis in die neueste Zeit wird versucht, die Bergleute zu zwingen, ihre Kinder in die französischen Schulen zu schicken, indem man ihnen die Entziehung ihrer Grubenwohnungen, Nachteile auf der Arbeitsstelle usw. androht. Noch immer versucht man mit ähnlichen Mitteln die Bergleute bald zu einem Saarbund, bald zu einem Warndtbund zusammenzuschließen, um aus ihnen Verräter an der deutschen Sache zu machen. Arme Teufel gibt es überall, die sich vorübergehend diesem Zwang fügen müssen. Bestand hat ein solcher Erfolg natürlich nicht; die Gemeinheit dieses Vorgehens mußte ja doch den Namen Frankreichs als des einer hochentwickelten Kulturnation bei uns herabsetzen. Dabei bin ich überzeugt, daß hier etwas geschieht, was von den verständigen Franzosen, wahrscheinlich sogar von der großen Mehrheit des französischen Volkes, absolut mißbilligt würde.

Für die bevorstehenden Verhandlungen über die Rückgliederung des Saargebietes ist im Auge zu behalten, daß die politischen Ambitionen der Franzosen im Saargebiet restlos gescheitert sind. Da das auch den Franzosen klar

Es gibt keine Saarfrage!

ist, so darf angenommen werden, daß auch auf ihrer Seite die Verhandlungen mit dem Ziele geführt werden, zu einer Verständigung zu gelangen. Das scheint auch daraus hervorzugehen, daß in Herrn Arthur Fontaine, dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Saargruben, die französische Re-



Das englische Kontingent des saarländischen Bahnschutzes verläßt am 30. September 1929 Saarbrücken

Der letzte Bahnschutz-Tommy zeigt der Stadt den Rücken

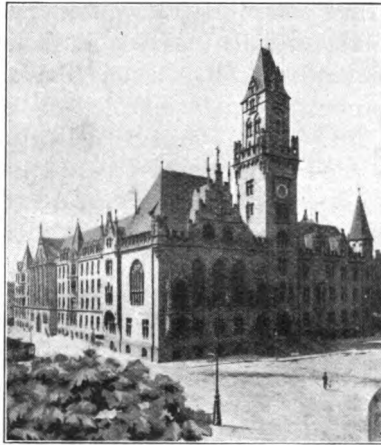
gierung nicht nur einen außerordentlich kenntnisreichen, sondern auch einen allgemein sehr geschätzten Träger der europäischen und der deutsch-französischen Verständigungsidee zum Leiter der französischen Abordnung bestellt hat. Wenn die französischen Nationalisten ihm das Konzept nicht gründlich verderben, so darf mit einem Abschluß der Verhandlungen gerechnet werden, der den Interessen beider Völker dient. Daß diese Regelung eine vollständige territoriale Rück-

kehr des Saargebietes unter die uneingeschränkte deutsche Staatshoheit und eine restlose Rückgabe der Saargruben an ihre früheren Besitzer voraussetzt, ist für jeden Saarbewohner selbstverständlich.

Es bleibt dann noch eine ganze Reihe von wirtschaftlichen Fragen zu lösen. Der Warenaustausch zwischen dem Saargebiet und Frankreich interessiert sowohl die Saarbevölkerung als auch die Elsaß-Lothringer in höchstem Maße, sind doch beide Gebiete niemals durch eine wirkliche Zollgrenze im heutigen Sinne getrennt gewesen; nur der Tabakhandel erfuhr vor 1870 eine Einschränkung wegen des schon damals bestehenden französischen Tabakmonopols. Daß von 1870 bis zur Gegenwart der Warenaustausch zwischen dem Saargebiet und Elsaß-Lothringen mit dem Steigen der beiderseitigen Gütererzeugung und der Bevölkerungszunahme außerordentlich zugenommen hat, ist naturgemäß; denn bis zum Waffenstillstande bzw. bis zur Ratifizierung des Versailler Vertrages gehörten die Saar und Elsaß-Lothringen zum deutschen Zollgebiete. Diese Jahrhunderte alten Wechselbeziehungen brauchen durch die Rückkehr des Saargebietes zum deutschen Vaterlande nicht notwendigerweise unterbunden zu werden. Es können sehr leicht zolltechnische Formen gefunden werden, welche die freundnachbarlichen Beziehungen der benachbarten Gebiete auch unter verschiedener Staatshoheit aufrechterhalten. Daß wir auf der andern Seite unbehinderten Warenverkehr mit unserm Mutterlande haben müssen, ist so selbstverständlich, daß man es eigentlich nicht auszusprechen brauchte. Hinge es von Elsaß-Lothringen und der Saar allein ab, so wäre die Regelung sehr einfach. Da aber Paris und Alt-Frankreich mitzureden haben, so kann man heute noch nicht sagen, ob und wie weit die Vernunft und die gemeinsamen Interessen den Sieg über Unvernunft und Eigennutz davontragen werden. Denn letzten Endes muß man doch sagen, daß die beiden Nachbargebiete, die sich in vieler Hinsicht ergänzen (wir haben z. B. die Kohle, die Lothringer das Erz), infolge einer verständigen

Regelung eine neue Blüte erfahren werden und dies den beiden Volkswirtschaften, der deutschen und der französischen, zugute kommen muß. Da die Franzosen aber als unsere größten Reparationsgläubiger an dem Gedeihen der deutschen Volkswirtschaft auf das höchste interessiert sein sollten, so liegt eine vernünftige Regelung in ihrem eigenen nationalen Interesse.

So einfach diese Dinge an sich liegen, so merkwürdig



Saarbrücken. Neues Rathaus

reagiert häufig die französische Politik auf Derartiges. Zwar haben die Franzosen ein bei ihnen sehr beliebtes Sprichwort, daß man nicht zwei Hasen auf einmal jagen könne; aber in der Nachkriegszeit haben sie diese selbstverständliche Weisheit unbeachtet gelassen. Die rheinische Bevölkerung und die Saarbewohner haben sie z. B. ständig zu gewinnen und gleichzeitig zu unterdrücken und auszubeuten versucht. Werden sie dies bei den Pariser Verhandlungen auch anstreben? Werden sie ihre Waren uns aufzuzwingen suchen, ohne dagegen unsere nehmen zu wollen? Und werden

sie dann eine solche „Verständigung“ als eine deutsch-französische Zusammenarbeit im Saargebiet zu servieren suchen? Wer kann das wissen? Sicher erscheint nur, daß Herr Fontaine seinen Namen nicht zu einer so schlechten Lösung hergeben wird, die den Stempel der Unmöglichkeit ihrer Erfüllung tragen und damit die Schaffung und Vertiefung guter Beziehungen zwischen den großen Nachbarländern Deutschland und Frankreich auf das äußerste erschweren würde. Ohne diese engen Beziehungen sind aber große Fortschritte hinsichtlich eines engeren Zusammenschlusses der europäischen Völker, wie sie mit Briand auch wir wünschen, nicht möglich. Deshalb hoffen wir das Beste!

Die Haager Vereinbarungen

Von Reichsminister Dr. Curtius

Im Vordergrund der deutschen Außenpolitik stand seit Jahren die Räumungsfrage. Rücksicht auf materiellen und seelischen Druck der Bevölkerung des besetzten Gebietes, rechtliche und moralische Ansprüche aus den Verträgen und der ganzen weltpolitischen Lage, Unvereinbarkeit fremder Militärherrschaft mit Deutschlands Stellung als Völkerbundsmacht, schließlich Hemmung der Verständigungspolitik und der Sicherung eines europäischen Friedens durch fort-dauernde Besetzung deutschen Gebietes — das waren die zwingenden Gründe, aus denen die deutsche Außenpolitik alles daran setzen mußte, alsbaldige Räumung des noch besetzten Gebietes zu erreichen.

Die Revision des Dawesplanes andererseits wurde in Deutschland in den vergangenen Jahren, je höher die Belastung wurde, je klarer man die Unzulänglichkeit des Planes und die sich aus ihm ergebende Unsicherheit erkannte und je stärker sich der Druck seiner politischen Fesseln fühlbar machte, um so dringender gefordert.

Dieses deutsche Interesse begegnete sich mit der Auffassung des Generalagenten für Reparationszahlungen, der in seinem Halbjahresbericht vom Dezember 1927 auf die Notwendigkeit hinwies, sobald als möglich ein endgültiges, umfassendes Abkommen über die Reparationsfrage zu schließen und Deutschland die eigene Verantwortung für Verzinsung und Tilgung einer festen Schuldsumme zu überlassen, wie dies schon die Dawes-Sachverständigen am Schlusse ihres Berichtes ins Auge gefaßt hatten. Die Anregung des Generalagenten fiel auch bei den Gläubigermächten auf fruchtbaren Boden.

So wurde am 16. September 1928 von den beteiligten Regierungen auch der Beschluß gefaßt, einen Sachverständigenausschuß zu berufen und ihm die Aufgabe der Ausarbeitung von Vorschlägen für eine vollständige und endgültige Lösung der Reparationsfrage zu übertragen.

Die Räumungsverhandlungen traten zunächst zurück. Die Vorbereitung der Sachverständigenkonferenz, diese selbst und die Entscheidung über den Youngplanbericht konzentrierten die ganze Energie der beteiligten Regierungen auf das Reparationsproblem.

Als in den diplomatischen Vorverhandlungen vor der ersten Haager Konferenz und auf dieser selbst gewisse Tendenzen sich geltend zu machen schienen, zuerst nur über den Youngplan zu verhandeln und erst nach seiner Annahme die Räumungsverhandlungen zu beginnen, bestand die deutsche Regierung auf Gleichzeitigkeit der Verhandlungen und setzte dies auch durch.

In engstem Zusammenwirken mit dem Minister für die besetzten Gebiete hat Stresemann auf der Haager Augustkonferenz seine letzte Kraft daran gesetzt, die Räumungsfrage zu lösen. Es gelang ihm, die Verbindung mit der Reparationsfrage in die Form zu bringen, daß für den Fall der Annahme des Youngplanes und seiner Ingangsetzung ein fester Räumungstermin zugesichert wurde. Auch konnten reparationspolitische Opfer neben der Tragung eines Teiles der Besatzungskosten und Besatzungsschäden vermieden werden.

Das Werk Stresemanns ist auf der zweiten Haager Konferenz fortgesetzt worden. Hier haben wir, entsprechend den Grundgedanken des Youngplanes selbst, Vereinbarungen getroffen, die das sogenannte Sanktionssystem des Versailler Vertrages beseitigen. Der Begriff der Sanktionen ist für uns Deutsche kein normaler Rechtsbegriff; es ist die mit unseren schlimmsten Erfahrungen verbundene Bezeichnung jener Versailler Bestimmungen, deren wesentliches Merkmal darin bestand, daß die Reparationskommission, das ein-

seitige Organ der Gläubigermächte, sogenannte Verfehlungen Deutschlands feststellen konnte, und daß sich aus dieser Feststellung ohne weiteres mehr oder weniger genau bestimmte Befugnisse der Gläubigermächte ergaben, die Deutschland im voraus als Vertragsrechte hatte anerkennen müssen und nicht als feindselige Handlungen ansehen durfte. Es waren Strafmaßnahmen, wie sie nur der Sieger dem Besiegten auferlegen konnte.

Nach der neuen Regelung besteht die Garantie der Gläubigermächte in der von Deutschland unter eigener Verantwortung übernommenen feierlichen Verpflichtung, die festgesetzten Annuitäten gemäß den Bestimmungen des Planes zu zahlen. Die Befugnisse der Gläubigermächte gegenüber Deutschland begrenzen sich nach den Bestimmungen dieses Planes. Meinungsverschiedenheiten oder Schwierigkeiten bei der Ausführung des Planes werden durch die in ihm selbst vorgesehenen Organe und Verfahrensarten, also das Schiedsgericht und den Beratenden Sonderausschuß, beseitigt. Die Beziehungen zwischen der Reparationskommission und Deutschland hören auf; die Reparationskommission hat hinsichtlich Deutschlands überhaupt keine Funktionen mehr auszuüben.

Die Festsetzung dieses neuen Systems findet ihren Abschluß in besonderen Erklärungen, die zwischen Deutschland und den Hauptgläubigermächten ausgetauscht worden sind. Diese Erklärungen behandeln in ihrem zweiten Teile den Fall, daß in Zukunft einmal eine deutsche Regierung den Plan absichtlich zerreißen könnte. Ganz gewiß kann es auf den ersten Blick erstaunlich erscheinen, daß zwei Vertragspartner sich in einem Staatsvertrage in dieser Weise über einen solchen Fall auseinandersetzen, und es hat denn auch an Mißdeutungen dieses Teils der Haager Ergebnisse nicht gefehlt. Aber die Kritik vergißt hierbei den Hauptpunkt, auf den es ankommt. Die ganzen Haager Vereinbarungen haben den Zweck, die früheren Vereinbarungen über die Reparationen zu ersetzen. Da diese früheren Vereinbarungen

nun einmal die sogenannten Sanktionsbestimmungen gegen Deutschland enthielten, blieb, wenn man diese Frage von Grund aus bereinigen wollte, nichts anderes übrig, als auch zu dem äußersten Falle einer absichtlichen Zerreißung des Planes durch Deutschland Stellung zu nehmen, so schwierig das auch war. Was besagen die hierauf bezüglichen Erklärungen? Sie stellen fest, daß die Gläubigerregierungen selbst im äußersten Falle nicht das Recht haben, auf Grund einseitiger Annahmen und Behauptungen gegen Deutschland vorzugehen. Glaubt eine der Hauptgläubigermächte behaupten zu dürfen, daß Deutschland den neuen Plan zerrissen habe, so muß sie vor irgendwelchen weiteren Schritten die höchste internationale Instanz der Welt anrufen, um eine richterliche Entscheidung herbeizuführen. Für den Fall einer für Deutschland ungünstigen Entscheidung wird die Rechtsfolge dahin festgestellt, daß die klagenden Gläubigerregierungen das Recht voller Handlungsfreiheit wiedergewinnen, daß sie also, nachdem Deutschland die Handlungsfreiheit eigenmächtig für sich in Anspruch genommen hat, auch ihrerseits berechtigt sind, sich nicht mehr an die im neuen Plan vorgesehenen besonderen Verfahrensarten für gebunden zu erachten.

So heikel die Feststellung einer solchen völkerrechtlichen Selbstverständlichkeit sein mag, so hat die Deutsche Delegation den Austausch der Erklärungen nach sorgfältigster Überlegung doch für notwendig gehalten, um keine Unklarheit bestehen zu lassen. Das Versailler Sanktionssystem ist also einschließlich seines Artikels 430 beseitigt und Deutschland künftig in allen praktisch überhaupt denkbaren Fällen gegen Willkür und Gewalt geschützt.

Die Verhandlungen über die Endlösung der Reparationsfrage waren weit langwieriger als die eigentlich politischen Verhandlungen. Wir können vier Phasen der Entwicklung unterscheiden.

Nach mehrmonatigen diplomatischen Vorbereitungen trat der am 16. September 1928 in Genf in Aussicht genommene

Sachverständigenausschuß im Februar 1929 in Paris zusammen. Seine Beratungen zogen sich vier Monate hin. Die deutschen Sachverständigen haben mit zäher Energie für eine möglichst weitgehende Herabsetzung der Reparationslasten gekämpft. Sie haben sich schließlich mit dem Vermittlungsvorschlag des amerikanischen Vorsitzenden Young einverstanden erklärt, nachdem es ihnen gelungen war, in den Plan Sicherungen einzubauen, die, wie sie sich ausgedrückt haben, Deutschland erstens im Falle des Versagens vor dem Vorwurf der Illoyalität und zweitens vor einer wirtschaftlichen Katastrophe schützten.

Auf der ersten Haager Konferenz im August des vergangenen Jahres wurde der Youngplan von den beteiligten Regierungen grundsätzlich angenommen. Infolge der englischen Forderung auf Anpassung der Sachverständigenregelung an den sogenannten Spaa-Schlüssel haben die übrigen Gläubigermächte England Zugeständnisse machen müssen. Die Verhandlungen hierüber haben dazu geführt, daß die Deutsche Delegation ihrerseits bei der Regelung der offen gebliebenen Frage, wie die letzten fünf bereits gezahlten Monatsraten des Dawesplanes verrechnet werden sollten, einen Anteil daran für Deutschland nicht durchsetzen konnte. Nachdem es den Sachverständigen nicht gelungen war, in diesem Punkte mit finanziellen und wirtschaftlichen Argumenten einen Vorteil zu erzielen, war es von Anfang an wenig wahrscheinlich, daß die Deutsche Delegation in politischen Verhandlungen mehr erreichen würde, zumal die Gläubigermächte hierbei in Einheitsfront Deutschland gegenüberstanden. Die Deutsche Delegation hat sich im Zusammenhang mit den von England veranlaßten Verhandlungen weiter damit einverstanden erklärt, daß der ungeschützte Teil der Annuität anders, als ursprünglich vorgesehen, gestaffelt wurde, und zwar in der Weise, daß er für die erste Periode des Planes etwas erhöht und dafür für die spätere Periode herabgesetzt wurde. Dadurch ist eine Mehrbelastung Deutschlands nicht eingetreten. Die Zahlungs-

bilanz im Falle eines Moratoriums wird auch in der ersten Periode nicht irgendwie nennenswert beeinträchtigt.

Am letzten Tage der ersten Haager Konferenz forderten die Gläubigerregierungen von Deutschland die Erklärung eines allgemeinen Verzichts auf alle seine noch unerledigten Ansprüche aus früheren Vorgängen. Der Youngplan enthält in Ziffer 143 eine Empfehlung der Sachverständigen der Gläubigerländer, daß Deutschland auf diese Ansprüche verzichten müsse. Jedes andere Verfahren, so heißt es im Plan, würde mit der Absicht der Gläubigersachverständigen unvereinbar sein, daß die neuen Annuitäten, die ja alle Kriegsforderungen an Deutschland decken sollen, ohne irgendeinen Abzug für unerledigte deutsche Ansprüche zu entrichten sind. Unseren eigenen Sachverständigen war es nicht gelungen, eine entgegengesetzte These in den Plan hineinzubringen.

Wir haben dieser Forderung widersprochen und erreicht, daß die Frage der Verzichte für in der Vergangenheit liegende Ansprüche mit allen übrigen Fragen der Liquidierung der Vergangenheit einem besonderen Ausschuß überwiesen wurde. Dieser Ausschuß tagte in Paris im Herbst 1929. Der Verzicht Deutschlands auf Privatforderungen einerseits, die Freigabe des noch nicht liquidierten deutschen Eigentums und die Herausgabe eventueller Liquidationsüberschüsse durch die Gläubigerregierungen andererseits spielten hier die entscheidende Rolle.

Um den auch hier von allen Gläubigervertretern geforderten allgemeinen Verzicht auf Privatforderungen sowie eine allgemeine Verzichtserklärung hinsichtlich der Liquidationsüberschüsse zu vermeiden, hat die Reichsregierung sich entschlossen, in Sonderverhandlungen einzutreten.

Diese Sonderverhandlungen über Freigabe des noch nicht liquidierten Eigentums und Herausgabe von Überschüssen haben zum Teil zu guten, zum anderen Teil zu geringen Ergebnissen geführt. Die Freigabe unterliegt in England leider großen Ausnahmen. Andere Staaten kommen den deutschen

Eigentümern mehr entgegen. Liquidationsüberschüsse werden von einigen Ländern herausgegeben. Das deutsch-kanadische Abkommen läßt Verhandlungen darüber noch offen. England, Neu-Seeland, Australien und Belgien haben die Herausgabe der Liquidationsüberschüsse abgelehnt.

Wenn ich in diesem Zusammenhang zu dem Abkommen mit Polen übergehe, so muß ich zunächst feststellen, daß dieses in dem Gesamtkomplex der vorliegenden Verträge ein Kapitel ist, dessen Inhalt und dessen Zweck in der deutschen Öffentlichkeit vielfach in geradezu unbegreiflichem Maße verfälscht worden ist. Worum handelt es sich denn bei diesem Abkommen mit Polen? Die Tatsachen sind sehr einfach. Wie soeben dargelegt, enthält der Youngplan eine Empfehlung der Sachverständigen der Gläubigerländer, daß Deutschland auf seine mit den früheren Vorgängen zusammenhängenden Ansprüche gegenüber den Gläubigerländern verzichten müsse. Ein solcher Verzicht auch auf die sogenannten Privatforderungen ohne besondere Gegenleistung erschien der Reichsregierung gerade hinsichtlich Polens unmöglich. Wir haben es deshalb für notwendig gehalten, zu versuchen, das ganze deutsch-polnische Forderungsverhältnis aus den allgemeinen Verhandlungen mit den Gläubigern herauszunehmen. Wir gewannen so einmal die Möglichkeit, für die geforderte Ausdehnung des deutschen Verzichts auf die sogenannten Privatforderungen von Polen Gegenleistungen auf anderem Gebiete zu erzielen. Außerdem konnten wir damit rechnen, daß im Falle der Einigung zwischen Deutschland und Polen der allgemeine Verzicht Deutschlands auf die Privatforderungen vermieden werden würde.

Bei der Einleitung von Sonderverhandlungen mit Polen brauchten wir — und das möchte ich hier vor allem betonen — nach Kompensationsobjekten und überhaupt nach Verhandlungsmethoden nicht lange zu suchen. Wir konnten an leider vergeblich gebliebene Versuche anknüpfen, die wir lange vorher gemacht hatten, um mit Polen zu einer Einigung

zu gelangen. So haben wir von den Polen über den beiderseitigen Verzicht auf Staats- und Privatforderungen hinaus als Zugabe die klare Präzisierung des Verzichts auf die Liquidation des reichsdeutschen Besitzes in Polen und ferner den Verzicht auf das Wiederkaufsrecht verlangt, das seit langem drohend über dem Kleinbesitz der deutschen Ansiedler in Polen schwebte. Bei den früheren Verhandlungen im Anfang vorigen Jahres und bei den im Herbst eingeleiteten Verhandlungen haben sich also im wesentlichen die gleichen Kategorien des Gebens und Nehmens gegenübergestellt. Wir wußten schon aus der damaligen Zeit, daß die Polen für den Verzicht auf Liquidation und Wiederkaufsrecht in erster Linie die Freistellung von den Klagen auf Zusatzentschädigungen, also von dem Hauptteil der Privatansprüche, forderten. Wenn es damals noch zu keiner Einigung kam, so lag der Grund in erster Linie darin, daß Polen bei seinem Verzicht auf Liquidation weitgehende Einschränkungen machen wollte, die jetzt fortgefallen sind. Es war demnach eine natürliche und historisch gegebene Verknüpfung der Zusammenhänge, die für unsere jetzigen Verhandlungen mit den Polen maßgebend war.

Durch die Verhandlungen haben wir, wie wir das erwarteten, erreicht, daß wir den Verzicht auf Privatforderungen gegenüber der Gesamtheit der Gläubigermächte vermeiden konnten, und daß wir gegenüber Polen, wo wir diesen Verzicht ausgesprochen haben, dafür wertvolle nationalpolitische Vorteile eingetauscht und namentlich für die deutsche Minderheit in Polen den Druck, der die ganzen zehn Jahre nach dem Kriege auf ihr gelastet hat, erleichtert haben.

Wer behauptet, daß die von uns durch das Abkommen gewonnenen nationalpolitischen Vorteile geringfügig sind, der hat den schweren Weg vergessen, den die deutschen Reichsangehörigen und die deutsche Minderheit in Polen unter der dauernden Gefahr, von Haus und Hof vertrieben zu werden, durchzumachen hatte. Unsere Anstrengungen sind Jahre hindurch dahin gegangen, die im polnischen Liquida-

tionsrecht und in dem Wiederkaufsrecht liegende Beunruhigung zu beseitigen und auch unter Opfer alles zu tun, um einem unerträglichen Zustand ein Ende zu machen. Wenngleich wir das Recht auf Ausübung des Wiederkaufsrechts durch Polen weder früher noch jetzt anerkannt haben, so mußten wir doch Sorge tragen, einen praktisch einigermaßen sicheren Weg zu finden, um die deutschen Ansiedler in Polen zu schützen. 12 000 deutsche Rentengutsbesitzer mit einer Familienkopfzahl von etwa 80 000 Personen haben wir wenigstens in ihren Erbrechten sicherstellen können.

Wir sind durch dieses Abkommen mit Polen einen Schritt weitergekommen. Die Polnische Regierung hat durch die Übereinkunft und den damit in unlösbarem Zusammenhang stehenden Notenwechsel Verpflichtungen übernommen, die praktisch eine Beendigung der für unsere Volksgenossen in Polen geschaffenen rechtlichen Ausnahmestellung bedeuten. Hierin liegt eine Fortsetzung unserer bisherigen Politik und nicht das Einschlagen eines neuen Kurses.

Die letzte Phase der Verhandlungen über die Lösung der Reparationsfrage spielte sich im Januar dieses Jahres im Haag ab. Wir haben dort eine weitere Einschränkung der Souveränität des Reiches hinsichtlich der Reichsbank und Reichsbahn, eine Abschwächung der Schutzklauseln und eine positive Wiederverpfändung von Einnahmen und Zöllen abwehren können. Auch in anderen Punkten hat sich unser Standpunkt durchgesetzt. Wir haben dafür in Kauf nehmen müssen, daß die offene Frage des Zahlungstermins gegen unsere Wünsche so geregelt wurde, daß das Reich die Monatsraten am 15. des Monats, nicht, wie wir wünschten, am Monatsende zu zahlen hat.

Die Frage, ob das Erreichte gegenüber dem bestehenden Zustand einen Fortschritt darstellt, ist aus folgenden Gründen zu bejahen:

1. Erstens waren nach dem Dawesplan die Verpflichtungen Deutschlands unbegrenzt. Zwar waren Eisenbahn- und Industrieobligationen innerhalb von 37 Jahren zu tilgen. Die

Haushaltszahlungen und die Beförderungssteuer liefen aber unbegrenzt weiter. Eine Kapitalschuld des Dawesplanes kann daher überhaupt nicht festgestellt werden. Dazu kommt, daß der Dawesplan nur ein Versuch, die Vorbereitung einer Endlösung sein sollte. An der politisch-finanziellen Grundlage des Reparationssystems des Versailler Vertrages war nichts geändert. Noch besteht der Londoner Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 mit seiner Kapitalschuld von 132 Milliarden Goldmark plus belgischer Schuld an die Alliierten. Noch sind die darüber ausgestellten Obligationen in den Händen der Gläubigermächte. Diese Bedrohung und der Unsicherheitsfaktor, den der Dawesplan als solcher darstellte, beeinträchtigten dauernd unser Wirtschaftsleben, unsere Finanzen, unseren Kredit. Nun tritt endlich eine Begrenzung, die Festsetzung einer definitiven Schuldsumme und eines Endtermins für Zins- und Tilgungsraten ein. Die alte Kapitalschuld des Londoner Zahlungsplans wird gestrichen. Die neue Kapitalschuld errechnet sich nach dem Youngplan auf 34,5 Milliarden.

2. Die Jahreslasten werden wesentlich erleichtert. Die durchschnittliche Jahreslast des Youngplans ist gegenüber der Normalannuität des Dawesplanes um fast 500 Millionen Mark niedriger. Bei Berücksichtigung des Wohlstandsindex, der bekanntlich so bemessen war, daß er nicht nur bei einem wirklichen Anwachsen des Wohlstandes, sondern auch bei einer bloßen Ausdehnung der deutschen Wirtschaft arbeiten sollte, beträgt die durchschnittliche Erleichterung noch einige hundert Millionen mehr. Wesentlich ist vor allem die stärkere Entlastung in den ersten zehn Jahren.

3. Die Schutzmaßnahmen des Dawesplan haben die in sie gesetzten Erwartungen nicht gerechtfertigt. Auf die Handhabung des Transfermechanismus des Dawesplanes stand uns keinerlei Einfluß zu. Trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der vergangenen fünf Jahre, trotz der Bewirkung der deutschen Leistungen unter Inanspruchnahme ausländischer Kredite, trotz der Schwierigkeiten der Devisen-

beschaffung im April 1929 während der Tagung des Sachverständigenkomitees wurde nicht ein einziges Mal seitens der bisher damit betraut gewesenen Organisationen von dem Transferschutz Gebrauch gemacht. Vielmehr wurden die von Deutschland aufgebrachten Beträge restlos an die Gläubiger übertragen.

Nach dem Youngplan sind wir für die Devisenaufbringung selbst verantwortlich. Das ist allein unserer würdig. Der Plan enthält, wie er sich ausdrückt, Sicherheitsventile gegen schwierige Zeiten, angemessene Schutzklauseln gegen jede Deutschlands Wirtschaftsleben gefährdende Krisis, Vorsorgen dafür, daß allen anormalen und besonderen Schwierigkeiten begegnet werden kann, die Deutschlands Leistungsfähigkeit zeitweilig ernstlich beeinträchtigen könnten. Die Einleitung dieser Schutzmaßnahmen ist in unsere Hand gelegt. Der Beratende Sonderausschuß muß zusammentreten und eine Prüfung der deutschen Zahlungsverpflichtungen vornehmen, wenn die deutsche Regierung erklärt, daß Währung und Wirtschaft Deutschlands durch weitere Zahlung der geschützten Annuität in Gefahr gebracht werden. Wir haben das Recht, ein Transfer- und Aufbringungsmoratorium für den größeren Teil der Gesamtannuität zu erklären. Wir werden, wie wir spontan im Haag erklärt haben, schon im eigenen Interesse uns auf jede Weise bemühen, die Erklärung des Moratoriums, die eine schwere Erschütterung des deutschen Kredites mit sich bringen kann, zu vermeiden. Es ist aber im Hauptvertrage ausdrücklich festgestellt, daß wir allein berechtigt sind, darüber zu entscheiden, ob zu der Erklärung eines Moratoriums Anlaß besteht. Eine weitere Sicherung liegt in der Hilfsstellung, die die Bank für internationalen Zahlungsausgleich der deutschen Ausfuhr und bei etwaigen vorübergehenden Schwankungen dem Marktkurse geben kann. Wir glauben nach alledem bessere Garantien für die Aufrechterhaltung der deutschen Währung und Wirtschaft im neuen Plan zu haben als unter dem Dawesplan.

4. Der Dawesplan war erkaufte durch Einräumung weit-

gehender Rechte und Kontrollmöglichkeiten an die Gläubigermächte. Ein großer Teil der deutschen Steuereinkünfte wurde an die Gläubiger verpfändet und durch einen besonderen Kommissar verwaltet. Die deutsche Reichsbahn und die deutsche Reichsbank hatten in ihren Verwaltungsräten vom Ausland ernannte Mitglieder, die größtenteils selbst Ausländer waren und deren Einfluß in diesen Stellen den Gläubigerinteressen mehr als dem der deutschen Wirtschaft zu dienen bestimmt war. Die deutschen industriellen und gewerblichen Unternehmungen oberhalb einer gewissen Grenze waren mit einer Sonderlast beschwert, deren Verwaltung einer wiederum international zusammengesetzten Bank übertragen war. Alle aus der deutschen Wirtschaft herausgezogenen Gelder wurden von dem Reparationsagenten verwaltet, der in dieser Stellung und als Vorsitzender des Transferkomitees eine ständige Beobachtung der deutschen Finanz- und Wirtschaftspolitik vornahm und seine Beurteilung periodisch der Öffentlichkeit übergab. Alle diese Pfänder, Kontrollen und ausländischen Verwaltungsratsmitglieder fallen weg. Es bleibt eine negative Verpfändung von Einnahmen und Zöllen und eine Reparationssteuer der Reichsbahn. Der Plan stellt mit Recht fest, daß er die erstrebte Freiheit von Einmischung und Überwachung mit sich bringt. Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich hat keinerlei Recht zur Einmischung in deutsche Verhältnisse und hat keine Aufgabe, die eine Beeinträchtigung der deutschen Souveränität darstellen könnte. Der Plan paßt sich eng dem Charakter geschäftlicher und finanzieller Verpflichtungen an. Wirtschaftlichkeit der Methoden durchzieht die ganze neue Regelung.

5. Schließlich treten wir in einer völlig veränderten politischen Lage den neuen Reparationsweg an.

Der Dawesplan entstand, als das Ruhrgebiet noch besetzt war. Noch lastete auf uns der Druck der Diktat- und Sanktionspolitik. Eben erst kündigte sich die Möglichkeit einer Verständigungspolitik an.

Mit der Annahme des Youngplanes dagegen wird Deutschland endgültig von fremder Besatzung frei, ohne daß es zur Einrichtung eines Kontrollorgans oder eines anderen Sonderorgans mit neuen Befugnissen gegenüber dem Rheinland gekommen wäre und ohne daß wir noch von der Willkür des Versailler Sanktionssystems bedroht blieben. Die neue Lage kennzeichnet sich vor allem darin, daß der neue Plan auf dem Grundgedanken des gemeinsamen Interesses aller beteiligten Länder beruht und daß er die Zusammenarbeit aller dieser Länder erfordert. Einen Anfang mit solcher Zusammenarbeit auf dem engeren reparationspolitischen Gebiet machen die Vereinbarungen über die Mobilisierung eines Bruchteils der Annuitäten.

Wenn ich hier noch einmal die Fortschritte des neuen Planes vor Augen führen dürfte, so liegt mir nichts ferner als Schönfärberei, nichts ferner als eine Verkennung der Tragweite und Verantwortung, die in der Entscheidung über das Haager Abkommen lag. Aber so schwerwiegend manche der dagegen geäußerten Bedenken sein mögen, sie werden von den Vorteilen der neuen Gesamtregelung doch übertroffen.

Reparationen und Lebenshaltung

Von Regierungsrat Dr. Bruno Rauecker

Die Frage nach der Lebenshaltung des deutschen Volkes hat in den Reparationsdebatten der ersten Nachkriegsjahre so gut wie gar keine Rolle gespielt. *Le boche payera tout!* Der Deutsche wird schon alles bezahlen! So lautete die Devise bei den zu sachlichen Erwägungen noch unfähigen Siegern. Der französische Finanzminister Klotz forderte in Versailles Jahreszahlungen von 18 Milliarden Goldmark, der australische Ministerpräsident Hughes hielt Gesamtzahlungen von 800—1000 Milliarden für erträglich, Lloyd George bezifferte bei den Khakiwahlen die Leistungsfähigkeit Deutschlands auf 450 Milliarden. Im Januar 1921 einigten sich die leitenden Minister der ehemaligen Feindbundstaaten dann auf einen Gesamtreparationsbetrag von 226 Milliarden, die im Laufe von 42 Jahren abgetragen werden sollten, zuzüglich 12% des Goldwertes der deutschen Ausfuhr. Deutschland erklärte, daß es diese Forderungen nicht annehmen könne. Es wurde hin und her verhandelt, schließlich willigte die deutsche Regierung unter der Drohung der Alliierten, im Weigerungsfalle das Ruhrgebiet zu besetzen, in London im Mai 1921 in die Ultimativforderung von 132 Milliarden zuzüglich 20% des Ausfuhrwertes ein.

An dem Tage, an dem dies geschah, sank die Mark sprunghaft herab, für 1 Dollar wurden bereits $62\frac{3}{4}$ M. bezahlt. Am 31. Mai 1921 war dann die erste Rate von 1 Milliarde fällig — sie konnte nur mit Hilfe von kurzfristigen Anleihen bezahlt werden. Ihre Aufnahme gestaltete zum erstenmal in der Nachkriegszeit die Finanzierung der deutschen Lebensmitteleinfuhr schwierig. Mit Mühe nur gelang durch eine weitere Aufnahme kurzfristiger Anleihen die Verhütung der drohenden Lebensmittelnöte.

Das Vertrauen des Auslandes in die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands sank von nun ab immer tiefer. Der Dollar stieg auf 310. In Cannes werden im Januar 1922 neue Verhandlungen geführt. Deutschland soll jährlich 720 Millionen in bar und 1 450 000 in Sachwerten leisten. Schon sehr bald ergibt sich, daß es auch diesen verminderten Betrag nicht zu leisten vermag. Es bittet erneut um Prüfung seiner Reparationskraft. Der Dollarkurs steigt im Laufe des Sommers 1922 auf über 500, im Oktober von 1800 auf 4500, am 21. November 1922 steht er bei der Bildung des Kabinetts Cuno auf 6000.

Nunmehr schreitet Poincaré zur Politik der „produktiven Pfänder“. Die Reparationskommission stellt auf sein Geheiß gegen die Stimme des englischen Vertreters am zweiten Weihnachtsfeiertag 1922 „vorsätzliche Verfehlungen“ Deutschlands fest: 145 000 Telegraphenstangen und einige tausend Tonnen Kohlen waren infolge des Währungsverfalles nicht rechtzeitig geliefert worden. Am 11. Januar 1923 erfolgt als „Sanktion“ der Einmarsch der Franzosen und Belgier ins Ruhrgebiet. Der Dollar steigt Mitte Januar 1923 auf 10 000, Mitte Februar auf 40 000, Ende Juni steht er bereits auf 154 500, Ende November sinkt der Markwert ins Bodenlose herab. Zehntausende von Rentnern, beträchtliche Teile der Bildungsschicht stehen vor dem Untergang. Die Arbeitslosigkeit wächst, da Landwirtschaft wie Industrie sich außerstande sehen, die erforderlichen Düngemittel, Rohstoffe und Halbfabrikate aus dem Auslande zu importieren. Die Gehälter der Beamten und Angestellten, teilweise auch die Löhne der Industriearbeiter, betragen in Gold umgerechnet nur noch einen Bruchteil, $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{3}$ der Friedenseinkommen. Die deutsche Volkswirtschaft treibt dem Niederbruch zu.

Rentenmark und Daweskommission bewahren sie schließlich vor dem Äußersten. Die von den Gläubigerstaaten eingesetzten Sachverständigen — nach ihrem Vorsitzenden, dem amerikanischen General Dawes, Daweskommission genannt — plädieren für die Bewilligung eines Ankurbelungskredites

von 800 Millionen Mark, sofern Deutschland ihren sonstigen Vorschlägen zuzustimmen gedenkt. Deutschland nimmt das Dawesgutachten notgedrungen an: Vom 1. Dezember 1924 bis 1. September 1928 mußten in allmählichem Anstieg 1 bis 1,75 Milliarde jährlich probeweise gezahlt werden, vom 1. September 1928 ab die Normalannuität von 2,5 Milliarden. Darüber hinaus sollten die Reparationsgläubiger nach Maßgabe eines „Wohlstandsindex“ an dem wachsenden Wohlstand Deutschlands teilnehmen. Der Bericht der Dawes-sachverständigen brachte zum Ausdruck, daß es dem deutschen Volke zweifellos möglich sei, eine Belastung zu tragen, wie sie der Plan auferlege, „ohne daß seine Lebenshaltung unter den Stand herabzusinken braucht, der sich mit dem der alliierten Länder und ihrer europäischen Nachbarn vergleichen läßt“.

* *

*

Hat die Entwicklung der deutschen Lebenshaltung den Dawes-Sachverständigen recht gegeben? Es ist wichtig, vor der Beantwortung dieser Frage sich zunächst die Wirkungen des Dawesplanes auf die breiten Massen der deutschen Bevölkerung klarzumachen. Die deutsche Wirtschaft (unter Ausschluß der Landwirtschaft) und die Deutsche Reichsbahngesellschaft hatten nach dem Dawesplane gemeinsam eine Schuldenlast in Höhe von 16 Milliarden zu tragen, die mit 5% verzinst und mit 1% amortisiert werden mußte und die jährlich 960 Millionen betrug. Dazu kamen 290 Millionen Goldmark aus den Beträgen der Reichsbeförderungsteuer. Der dann noch verbleibende Rest von 1250 Millionen Goldmark normaler Jahresannuität war von der Reichskasse zu leisten und durch die Erträge aus den zu diesem Zwecke verpfändeten Zöllen und den Verbrauchsabgaben auf Branntwein, Bier, Zucker und Tabak gesichert.

Daß alle diese Lasten die Lebenshaltung der breiten Masse in Deutschland fühlbar verschlechtert haben, ist klar. Die

Industriebelastung, die Verteuerung des Eisenbahnverkehrs, vor allem auch die Erhöhung der Frachttarife haben zu einer fortgesetzten Steigerung der Warenpreise nicht minder beigetragen wie die Erhöhung der Zölle und der Verbrauchsabgaben. Die Erhöhung der Preise hat wiederum eine weitgehende Einschränkung des Konsums zur Folge gehabt und

Wo ist Wohlstand ?



damit die Drosselung der Erzeugung und die Entlassung von Tausenden von Arbeitern und Angestellten. Die Entlassung der Arbeiter und Angestellten hat ihrerseits der Arbeiterschaft den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen beträchtlich erschwert.

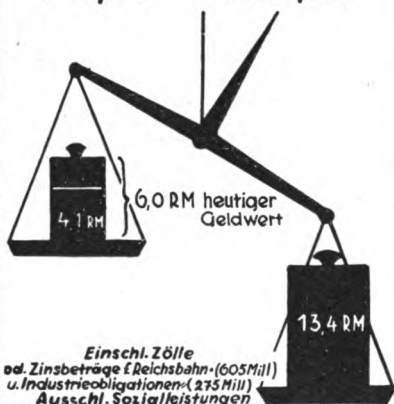
Wenn heute die Reallöhne der deutschen Arbeiter und Angestellten noch immer vielfach unter dem Niveau der in den übrigen großen Industriestaaten gezahlten Löhne und Gehälter liegen, so ist der Hauptgrund hierfür in den hohen Reparationslasten zu suchen, die eine höhere Entlohnung

Die deutsche Steuerlast

vor und nach dem Kriege

Gesamtbetrag
in Milliarden R.M.

1913/14 1927/28

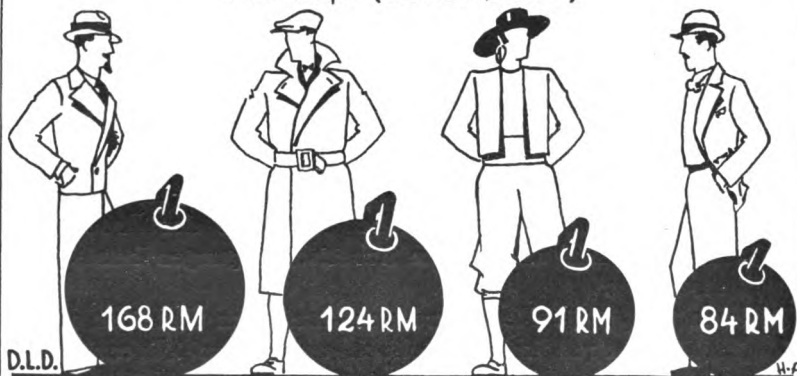


Pro Kopf der Bevölkerung
1913/14 1927/28



Steuerleistungen im Ausland

Pro Kopf (einschl. Zölle)



Frankreich 1927 Ver.Staaten 1926/27 Spanien 1928 Italien 1927/28

unmöglich gemacht haben. Das Internationale Arbeitsamt in Genf stellt regelmäßig Vergleiche zwischen den Real-löhnen in den verschiedenen Industrieländern an. Danach lebt der deutsche Arbeiter im Durchschnitt trotz der Lohn-erhöhungen in den letzten Jahren immer noch um rund $\frac{1}{3}$ schlechter als der englische Arbeiter und rund um die Hälfte schlechter wie sein amerikanischer Kollege. Dabei ist der hohe Stand der Arbeitslosigkeit in Deutschland noch unberücksichtigt. Würden an Stelle der durchschnittlichen Arbeitslöhne die durchschnittlichen Einkommen der erwerbs-tätigen Bevölkerung in Rechnung gestellt, so fiel der Ver-gleich mit den übrigen Ländern angesichts der alle anderen Industriestaaten weit übertreffenden deutschen Arbeitslosig-keit noch weit mehr zu Ungunsten Deutschlands aus.

Es kann unter solchen Umständen nicht wundernehmen, daß der Verbrauch an Waren des Massenbedarfs in Deutschland teilweise noch immer unter der Vorkriegs-höhe liegt, obgleich die im Vergleich zur Vorkriegszeit er-heblich gesteigerte Arbeitsintensität einen vermehrten Ver-brauch an Nahrungsmitteln allein schon physiologisch notwendig macht.

So stand z. B. der Fleischverbrauch, der für die Entwick-lung des Massenverbrauchs symptomatisch ist, im Jahre 1928 mit 99,9% des Verbrauchs von 1913 zwar absolut hinter der Vorkriegsziffer kaum zurück, jedoch relativ nicht unerheb-lich, da die Ziffer der Erwerbstätigen und der Bevölkerungs-schichten mittleren Alters, die erfahrungsgemäß den stärk-sten Fleischverbrauch aufweisen, verglichen mit 1913 erheb-lich zugenommen hat. Auch der Baumwollverbrauch lag im Jahre 1928 mit 85% der Verbrauchsziffer vom Jahre 1913 weit unter der Vorkriegshöhe. Einen untrüglichen Ver-gleichsmaßstab für die Lebenshaltung eines Volkes stellt weiterhin der Besitz und die Verwendung von Kraftwagen dar. Hier liegen ganz präzise internationale Vergleichszahlen vor, die den Rückstand Deutschlands eindeutig erkennen lassen. Während in den Vereinigten Staaten von Nordamerika

im Jahre 1928 auf jeden 5. Einwohner ein Auto entfiel, in Großbritannien auf jeden 38., in Frankreich auf jeden 43. und auch in der Schweiz, in Belgien, in Schweden, Spanien und in Holland immerhin schon jeder 74., 79., 56., 127. bzw. 103. ein Auto besaß, war in Deutschland (ohne Saargebiet) erst jeder 134. Einwohner Inhaber eines Kraftwagens. Angesichts der Dürftigkeit der Kaufkraft wendet sich der Verbrauch in Deutschland lebenswichtigeren Gütern zu. Im übrigen hat auch der Verbrauch von Roggen, Weizen und Kartoffeln die Vorkriegsziffern bei weitem noch nicht erreicht. Nach einer Feststellung des Kommissars für die verpfändeten Einnahmen betrug er im Jahre 1913 bzw. im Reparationsjahr 1927/28 (1. September 1927 bis 1. September 1928, die Zahlen für das Reparationsjahr 1928/29 liegen noch nicht vor) für Roggen 153,1 bzw. 97,2 kg, für Weizen 95,8 bzw. 78,8 kg, für Kartoffeln 702 bzw. 381,9 kg.

Wenn bei einigen Gütern des nicht lebensnotwendigen Bedarfs, so bei Tabak, Kakao, Tee, Südfrüchten, der Verbrauch pro Kopf sich gegenüber der Vorkriegszeit nicht unbeträchtlich gehoben hat, so liegt der Grund hierfür in der im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung stärkeren Zunahme der Altersklassen zwischen 40 und 60, die für den Verbrauch von Luxuslebensmitteln hauptsächlich in Frage kommen. Auch lehrt die Massenpsychologie, daß die Unsicherheit der Existenz zum Luxuskonsum verleitet. Das an sich unbegründete Mißtrauen in die Stabilität der deutschen Währung und Wirtschaft hat Hunderttausende in den letzten Jahren dazu angeregt, ihre Ersparnisse lieber zu verirauchen oder zu vertrinken, als sie angesichts der Unsicherheit der nächsten Zukunft bei den Sparkassen anzulegen.

Schließlich darf bei einem Vergleich der deutschen Lebenshaltung mit jener der anderen europäischen Völker nicht vergessen werden, daß die Verbrauchsziffern sich wesentlich verringern würden, sobald die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen aufgehoben würde. Der Mietpreis würde in die Höhe schnellen und damit in beinahe einem

jeden Haushalt eine Einschränkung in den sonstigen Ausgaben notwendig werden. Die internationalen Vergleiche der Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung übersehen diese Tatsache fast stets.

Ist nun von der Annahme des Youngplanes eine wesentliche Besserung der Lebenshaltung des deutschen Volkes zu erwarten? Theoretisch bedeutet die Senkung der Reparationslasten von 2,5 Milliarden auf 2,05 Milliarden im Jahresdurchschnitt der nächsten 37 Jahre und auf 1,6 Milliarden im Jahresdurchschnitt weiterer 22 Jahre zweifellos eine beträchtliche Entlastung der deutschen Wirtschaft. Ob hiervon jedoch in den nächsten Jahren tatsächlich sehr viel zu spüren sein wird, ist angesichts der Lage der deutschen Reichsfinanzen fraglich. Ein beträchtlicher Teil der Reparationserleichterungen wird zunächst zum Ausgleich des Defizits in der Reichskasse in Anspruch genommen werden müssen. Fühlbarer als die direkte Wirkung der Reparationsneuregelung für die Lebenshaltung des deutschen Volkes werden jedenfalls ihre indirekten Folgen sein. Es steht zu hoffen, daß das ausländische Kapital und das deutsche Kapital im Auslande infolge der mit der Annahme des Youngplanes verbundenen allgemeinen Liquidierung des Weltkrieges wieder in größeren Mengen nach Deutschland hereinströmen werden, aus dem sie angesichts der unsicheren reparationspolitischen Zukunft im letzten Jahrzehnt in der Höhe von vielen Milliarden geflohen waren. Ohne eine kapitalfreundliche Steuerpolitik, die im Gegensatz zu der gegenwärtigen die größeren Vermögen und Einkommen stärker schont, wird der Rückfluß der ehemals in Deutschland angelegten Kapitalien freilich nicht erreicht werden können.

Die Kapitalfrage ist zur Zentralfrage der deutschen Wirtschaftspolitik geworden. Wird die Liquidität des deutschen Geldmarktes erleichtert, so werden die Zinssätze und damit die Preise abgebaut werden können. Die Umsätze werden steigen, die Arbeitslosigkeit wird sich vermindern. Alle an-

deren Maßnahmen zur Hebung der Kaufkraft der deutschen Bevölkerung sind daneben sekundärer Natur.

Von großer Bedeutung für die Wirkung des Youngplanes auf die deutsche Wirtschaft und damit auf die Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung ist schließlich die Frage, ob und bis zu welchem Grade der Internationalen Reparationsbank die Belebung des deutschen Absatzes nach industriell bisher unerschlossenen Ländern gelingen wird. Neben der Verwaltung der Reparationszahlungen hat die Bank ja in erster Linie den deutschen Export zu fördern, aus dessen Gewinnen letztendlich die Reparationen bezahlt werden müssen. Daß die Reparationsbank dieser Aufgabe ohne eine radikale Abkehr der Industriestaaten von den protektionistischen Methoden in der Handelspolitik nicht genügen kann, ist klar. Zwar hat die Weltwirtschaftskonferenz in Genf bereits im Jahre 1927 den sofortigen Abbau der Zölle empfohlen. In der in Frage kommenden Entschließung heißt es: „Die Konferenz empfiehlt, daß die Nationen unverzüglich Maßnahmen ergreifen, um diejenigen Zollschränken aufzuheben oder zu ermäßigen, die dem internationalen Warenaustausch schwere Hindernisse bereiten...“ Die Industriestaaten der Welt sind dieser Empfehlung indessen nicht gefolgt. Im Gegenteil: die Zölle sind vielfach über das 1927 vorhandene Maß hinaus noch erhöht worden. Hoffentlich wird der zweijährige Zollfrieden, der bei Gelegenheit der Völkerbundtagung im September 1929 als erste Etappe auf dem Wege der Abkehr vom Protektionismus empfohlen wurde, auf der Diplomatenkonferenz des Völkerbundes im Februar dieses Jahres zur Wirklichkeit werden.

Bahnt uns das Ausland auf diese Weise den Weg für eine Steigerung unseres Exportes, so wird das deutsche Volk seiner Reparationspflicht genügen und gleichzeitig seine Lebenshaltung steigern können. Der Vorteil des einen würde auch der Gewinn des anderen sein.

Grenzen und Aufgaben eines europäischen Staatenbundes

Von Wilhelm Heile, Geschäftsführender Präsident d. D. Comitees
f. europäische Cooperation

Als im Sommer dieses Jahres der französische und der deutsche Außenminister als offizielle Repräsentanten ihrer Staaten die Gelegenheit der Völkerbundsversammlung in Genf zu einer Aussprache über den Gedanken einer wirtschaftlichen Föderation der europäischen Staaten benutzten, hörte die öffentliche Debatte über die Idee der Vereinigten Staaten von Europa auf, eine Angelegenheit politischer Idealisten und Ideologen zu sein. Zwar ist in jenen Tagen zwischen diesen beiden und den andern europäischen Staatsmännern noch nicht viel mehr geschehen, als daß man sich grundsätzlich für eine fortschreitende Politik europäischer Verständigung und Zusammenarbeit aussprach, und daß man zunächst einmal den wirtschaftlichen Sachverständigen die Aufgabe stellte, Vorschläge für die Schaffung eines großräumigen Wirtschaftsgebietes an Stelle der zollpolitischen Zerrissenheit der europäischen Staatenwelt auszuarbeiten. Aber wenn diese Arbeit der Sachverständigen im Zusammenwirken mit den geistigen, wirtschaftlichen und politischen Vorkämpfern des europäischen Gedankens zunächst auch nur zu einem kollektiven Handelsvertrag der europäischen Staaten führen sollte, so würde damit doch schon eine Grundlage für den weiteren Aufbau und Ausbau einer europäischen Staatenorganisation gegeben sein. Welch ein Wandel der politischen Zielsetzung der Staaten Europas von der Vorkriegszeit bis dahin; Welch ein Wandel auch von den Tagen des Versailler Friedensvertrages, in denen man den Völkerbund als einen Bund der Siegermächte schuf, bis zu diesem ersten Versuch, mit dem Völkerbundgedanken wenig-

stens für Europa Ernst zu machen! In unserer Erinnerung werden noch einmal die Etappen lebendig, die wir durchlaufen mußten, bis wir endlich soweit gekommen sind: Compiègne, Versailles, Spaa, Cannes, Genua, London, Locarno, Thoiry, Genf und abermals Genf. Und wenn wir, so rückwärts schauend, die deutsche Lage vor dem Ruhrkrieg und bis zum Eintritt in den Völkerbund noch einmal überprüfen, so können wir trotz aller berechtigten Klage über so manches noch immer nicht beseitigte Unrecht nur mit dankbarer Genugtuung feststellen, daß der Weg der deutschen Politik uns, und mit uns ganz Europa, zwar langsam nur und unter Opfern, aber doch aufwärts und vorwärts geführt hat.

Nur Fanatiker, die in der Politik nicht die Kunst des Möglichen pflegen, sondern die Gelegenheit zu Temperamentsentladungen, können heute noch bestreiten, daß Deutschlands Eintritt in den Völkerbund nicht bloß im Sinne einer idealen politischen Zielsetzung, sondern auch zur Verteidigung und Förderung der deutschen Interessen zweckmäßig und notwendig war. Trotzdem kann man begreifen, daß mancher, der den Eintritt in den Völkerbund bejaht hat, der Frage, die sich heute erhebt, ob Deutschland die Begründung eines europäischen Staatenbundes betreiben soll, mit bangen Zweifeln gegenübersteht. Die Furcht, an Selbständigkeit und dadurch an Möglichkeit voller Ausnützung der nationalen Kräfte zu verlieren, kann nicht ohne weiteres als völlig unbegründet von der Hand gewiesen werden. Es hängt ganz davon ab, welche Form und welchen Inhalt man diesem Staatenbund gibt, ob die Nationen durch die Beteiligung ihrer Staaten an Entwicklungsmöglichkeiten gewinnen oder verlieren.

Jeder Vertrag zwischen Staaten, erst recht jeder Zusammenschluß bedeutet für das Völkerdasein ähnliches, wie Verträge und Vereinigungen von Einzelpersonen für deren Leben. Die Vorteile des Zusammenschlusses können nur durch Berücksichtigung der Interessen des Partners erkauf

werden, das heißt: durch eine Einschränkung der eigenen Freiheit. Schon die Zugehörigkeit zum Genfer Völkerbund legt den Mitgliedstaaten Pflichten auf, die eine gewisse Einschränkung ihrer Souveränität darstellen. Bei einem Europäischen Staatenbund, der eine viel engere Zusammengehörigkeit bedeuten würde, müßte natürlich auch die Einschränkung der Souveränität einen größeren Umfang annehmen.

Solche Aussicht schreckt einstweilen noch die Staatsmänner zurück, weil sie sich vor den Wirkungen des Eindrucks auf die öffentliche Meinung fürchten. Demgegenüber aber darf man doch die Frage aufwerfen, welche tatsächliche Bedeutung dieses Rührmichnichts der Souveränität heute noch hat. Im Zeitalter des Verkehrs sind die Völker und Staaten einander so viel näher gerückt, daß die Verflochtenheit der Wirtschaft und fast aller öffentlichen und privaten Lebensfatsachen die staatlichen Grenzen in stetig wachsendem Maße aus einer wirklich vorhandenen Scheidung zweier Nationen zu einem lästigen Verkehrshindernis gemacht haben. Die Souveränität der Staaten sinkt mit dieser Verflochtenheit aller Verhältnisse mehr und mehr zum Spiel mit einer Art von Ehrenkomment und Kastengeist herab. Schon jetzt ist sie häufig viel mehr eine Angelegenheit formaler als wirklicher Bedeutung. Und was die Staaten Europas durch ihren Zusammenschluß an formaler Souveränität noch weiter verlieren würden, das würden sie doppelt und dreifach gewinnen an tatsächlicher Möglichkeit der Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte.

Wesentlich ernsthafter ist ein anderes Bedenken, das dem Gedanken des europäischen Zusammenschlusses entgegengehalten wird. Das wirtschaftliche Niveau ist ebenso wie das kulturelle in Europa nicht überall gleich hoch. Die zurückgebliebenen Gebiete fürchten vielfach des Schutzes beraubt zu werden, den ihr staatlicher Apparat ihrer Wirtschaft bisher verschafft hat. Selbstverständlich kann man eine europäische Zollunion nicht abschließen ohne

Übergangsmaßnahmen zum Schutze weniger entwickelter, aber entwicklungsfähiger Wirtschaftsgebiete. Diese Maßnahmen müssen aber so angelegt werden, daß sie die Entwicklung zu einer harmonisch zusammenwirkenden Arbeitsgemeinschaft der Völker Europas nicht stören, sondern im Gegenteil zielbewußt fördern.

Die Richtigkeit dieser Erwägungen wird durch die Geschichte der heutigen Staaten und namentlich durch unsere deutsche Geschichte bestätigt. Auch heute noch sind innerhalb der Staaten die wirtschaftlichen Interessen nicht in allen Landesteilen gleichmäßig gelagert. Welch ein Unterschied zwischen der Wirtschaft Rheinland-Westfalens und Pommerns oder Ostpreußens! Ohne einheitliche Wirtschaftspolitik des ganzen Reiches würde es nicht möglich sein, dafür zu sorgen, daß die Entwicklung des einen Gebietes auch der Bevölkerung des anderen zugute kommt.

Europäische Wirtschaftsunion soll das gleiche bedeuten: Erzeugungs- und Absatzregelung mit dem Ziel, daß möglichst in jeder Gegend das geleistet wird, wozu nach Beschaffenheit des Bodens und Vorhandensein von Rohmaterialien, nach geographischer Lage und nach Eigenart der Bevölkerung die günstigsten Vorbedingungen vorhanden sind. Die Schutzzollpolitik der Staaten, die freilich sehr oft zu egoistischen Bereicherungszwecken mächtiger Gruppen mißbraucht worden ist, hat in ihrer gesunden Uridee diesen Zweck eines Erziehungszolles gehabt. Der Wettbewerb mit auswärtigen Erzeugnissen sollte nicht ein für allemal ausgeschlossen werden, sondern ein aus irgendwelchen Gründen zurückgebliebener, aber entwicklungsfähiger Erwerbszweig sollte so lange unterstützt werden, bis er erwerbsfähig geworden ist.

Im Laufe der Entwicklung hat dieser an sich richtige Gedanke durch Mißbrauch zu jenem Zustande dauernden Wirtschafts- oder Zollkrieges geführt, der eine der gefährlichsten Ursachen politisch-militärischer Konflikte ist. Wenn also der Gedanke einer europäischen Wirtschaftsunion von

den Leitern der Staaten und den Leitern der großen wirtschaftlichen Interessenverbände zunächst als ein Gedanke der Zollunion betrachtet wird, so liegt es nahe, daraus den Schluß zu ziehen, daß jetzt im viel weiter gesteckten Rahmen des Kontinents das gleiche werden will, was die vorhergehende Epoche in der engeren nationalen Begrenzung erlebt hat. Das Wegräumen der inneren Schranken und Sperrmauern gibt gewiß eine gewaltige Vermehrung der Möglichkeiten zweckmäßiger Methoden der Erzeugung und des Absatzes von Massen- wie von Qualitätsware. Aber es entsteht auch die Gefahr, daß die Schaffung des neuen Wirtschafts-Großraumes nicht bloß den Freihandel im Innern, sondern auch den Wirtschaftskampf nach außen bedeutet. An Stelle des wirtschaftlichen und in dessen Gefolge schließlich auch des politischen Interessen- und Machtkampfes der Nationen hätten wir dann das viel schlimmere Aufeinanderprallen der Kontinente zu befürchten.

Man könnte sich denken, daß der Zustand unserer ihrem Ende entgegengehenden Epoche der Nationalstaaten auf ein späteres Geschlecht ganz ähnlichen Eindruck machen wird, wie auf uns die Erinnerung an die gute alte Zeit der deutschen Kleinstaats- und Serenissimusherrlichkeit. Auf der einen Seite: wie sehr sind wir denen von damals doch überlegen; auf der andern Seite aber: mit der Postkutsche einmal im Dreck stecken bleiben ist doch weniger peinlich, wie der Zusammenstoß sausender Schnellzüge oder Autos! Ist das also wirklich der ganze Fortschritt: vom Faustrecht der Raubritter über die Kriege der Nationalstaaten zum Weltbrand der Kontinente?

Wenn das Studium der Geschichte einen Sinn hat, so den, daß wir aus der Vergangenheit lernen können. Wir haben aus dem Erlebnis des großen Krieges unserer Zeit gelernt und wollen bei unserer Arbeit für die Überwindung seiner fortwirkenden Folgen auch die Lehren der Vergangenheit beherzigen. Wir wollen nicht bloß eine Atempause, in der die Menschheit für neue Rasereien der Zerstörungswut Kräfte

sammeln kann; wir wollen auch nicht die Organisation des Friedens und der Volks- und Völkersolidarität zu dem Zwecke, immer größere Massen als solidarisch verbunden gegen andere zu führen, die ebenso verbunden sind; wir wollen vielmehr das gleiche, was unsere Vorfahren für die heutigen Nationalstaaten geleistet haben, endlich auch für die gesamte Menschheit leisten. Ein Schriftsteller, ein Politiker, ein Staatsmann, der unter dem Eindruck der nicht bloß für Deutschland, sondern für ganz Europa so schlimmen Folgen des Krieges für die wirtschaftliche und politische Konsolidierung und Einigung Europas eintritt, muß dieses höhere Ziel im Auge behalten, wenn er nicht schlimmeres Unheil heraufbeschwören will als das, was wir erlebt haben und in seiner Fortwirkung noch immer erleben.

Es ist unter diesem Gesichtspunkt ein großes Glück für Europa und die Menschheit, daß die Teilnahme der Vereinigten Staaten von Nordamerika, der englischen Dominions, Japans usw. die Folge gehabt hat, daß der Wilsonsche Völkerbund die Tendenz der Universalität bekam. Andererseits liegt darin aber auch ein Nachteil: eine weltumspannende Organisation der Staaten kann natürlich — mindestens in ihren Anfängen — nur ein sehr lockeres Gebilde sein. Die Interessen der Teilnehmer sind zu verschieden gelagert und oft zu schwer vereinbar. Es ist auch zu schwierig und im Hinblick auf die Unmöglichkeit sachkundigen Urteils zu unzweckmäßig, wenn die Universalität des Bundes dazu zwingt, zur Schlichtung jeder Differenz auf irgendeinem Teile des weiten Erdenrunds die Staatsvertreter aus den fernsten Weltenden herbeizurufen. Es drängt sich also ganz von selbst der Gedanke auf, daß es gut ist, den Friedensbund der Menschheit nach denselben Grundsätzen der Selbstverwaltung der Glieder aufzubauen, die der Freiherr vom Stein für die Bildung des deutschen Nationalstaats empfahl.

Die praktischen Erfahrungen, die der Genfer Völkerbund in der kurzen Zeitspanne seines Bestehens gesammelt

hat, haben bereits die Richtigkeit dieses Gedankens bestätigt. Das Wilsonsche Amerika hat sich von vornherein geweigert, der Gründung seines eigenen Präsidenten beizutreten, weil es — in logischer Fortbildung der Monroe-Doktrin — fürchtet, dadurch allzu leicht und allzusehr in rein europäische Händel verstrickt zu werden. Südamerikanische Staaten haben sich aus ähnlichen Gründen nach anfänglicher Beteiligung wieder zurückgezogen. Und bei dem ersten großen Versuch, einen Weg zum Wirtschaftsfrieden der Menschheit zu bauen, bekamen die Verhandlungen der zu diesem Zweck einberufenen Weltwirtschaftskonferenz ihrem wesentlichen Inhalt nach ganz ungewollt und ganz überwiegend einen durch europäischen Charakter.

Europa ist eben trotz der märchenhaften Entwicklung der von seinen Auswanderern geschaffenen Neuen Welt noch immer das geistige Zentrum der Menschheit. Und wenn es wirtschaftlich in manchem Betracht von Amerika überflügelt worden ist, so doch nur, weil dieses mit den technischen Vorteilen des einheitlich geleiteten Großbetriebes produziert, während wir noch immer — um im Bilde zu bleiben — um der Vorzüge der Handwerkskunst willen unter den Nachteilen des Kleinbetriebes leiden.

Andererseits ist die geschichtliche Entwicklung der abendländischen Völker mit ihrer staatlichen und nationalen Zersplitterung auch die Ursache der Mannigfaltigkeit und des innern Reichtums unserer Kultur und damit auch der schöpferischen Anlagen der europäischen Menschen. Wie das Vorhandensein einer guten Handwerkstradition die beste Grundlage für den Aufbau einer Industrie abgibt, so kann auch das politische Kunstgewerbe der bunten europäischen Staatenwelt die fruchtbarste Vorbedingung für die Schaffung des politisch-wirtschaftlichen Großunternehmens Europa bedeuten. Die Vereinigung Europas wird für uns Europäer selbst und vielleicht ebensosehr für die nichteuropäische Menschheit ein großer Segen sein, wenn es uns gelingt, uns die Vorteile des genossenschaftlichen Zusam-

menschlusses zu sichern, ohne die Nachteile der zentralistischen Entseelung dafür in Kauf zu nehmen.

Kein anderes Volk findet in seiner eigenen Geschichte soviel Belege für die Richtigkeit dieses Gedankens, wie unser eigenes. Deutschland wird deshalb die Bildung des europäischen Staatenbundes mit um so größerem Nachdruck betreiben, je mehr auch die andern Nationen sich den Gedanken zu eigen machen, daß das Ziel des Zusammenschlusses nicht Verzicht auf die Freiheit der Nationen sein soll, sondern die Sicherung ihrer Entwicklung in nationaler Selbständigkeit und Eigenart.

Jeder Versuch, einen europäischen Einheitsstaat zu schaffen, würde zwangsläufig auf den Versuch der Errichtung einer europäischen Hegemonie hinauslaufen. Dieser Versuch müßte scheitern, wie einst Napoleon gescheitert ist. Weder eine französische, noch eine deutsche, noch eine englische Hegemonie wäre auf die Dauer zu halten — ganz abgesehen davon, daß eine Hegemonie nicht wollen kann, wer die Macht nicht als götzenhaften Selbstzweck betrachtet, sondern nur als notwendiges Werkzeug des Schutzes von Freiheit und Recht.

Der Bund für europäische Kooperation, an dessen Spitze in fast allen europäischen Ländern Nationalkomitees der außenpolitisch führenden Persönlichkeiten — mit Einschluß der Schöpfer des Locarnovertages — stehen, hat auf der Grundlage dieser Gedanken die Frage aufgeworfen, ob man gut daran tut, so wie es von einer anderen paneuropäischen Vereinigung versucht worden ist, ein bestimmtes Programm für die Form aufzustellen, in der die Einigung Europas Gestalt finden soll. Die Antwort konnte nicht zweifelhaft sein. Ein so großes Werk der Völkerverständigung kann nicht vom Schreibtisch aus in die starre Form einer dogmatischen Theorie gezwängt, sondern nur als Ergebnis der Verständigung zwischen den Völkern und ihren berufenen Sachwaltern verwirklicht werden. Das gilt sowohl für Inhalt und Umfang der genossenschaftlichen Zusammenarbeit, wie für

die äußere Abgrenzung des Begriffes „Europa“. Was Renan einst von der Nation sagte, sie sei ein „Plebiscite de tous les jours“, das gilt auch für Europa. Es muß dem freien Willen der Völker und Staaten überlassen bleiben, ob sie sich als zu Europa gehörig betrachten oder nicht.

Von entscheidender Bedeutung ist dabei die Einstellung Englands zum europäischen Problem. Man hat unter der Bezeichnung Paneuropa ein in Wirklichkeit kleineuropäisches Programm aufgestellt, das Großbritannien in den europäischen Staatenbund nicht mit einbezieht. Der dieses Programm verfechtende Begründer der „Paneuropäischen Union“ ist zu dieser Konstruktion gekommen, weil er annimmt, daß Großbritannien wegen der Zugehörigkeit zu seinem Imperium aus Rücksicht auf die Interessen der überseeischen Dominions politisch nicht zu Europa gehören könne, sondern mit seinem Imperium einen politischen Kontinent für sich bilde. Es ist richtig, daß für die englische Politik größere Schwierigkeiten bestehen, als für Frankreich, Holland und andere Staaten mit ihren ebenfalls bedeutenden außereuropäischen Gebieten. Die Engländer selbst aber, wenigstens ihre außenpolitisch führenden Persönlichkeiten, haben sich trotz dieser Schwierigkeiten wiederholt mit großer Entschiedenheit zu dem hier vertretenen Programm der Konsolidierung Europas bekannt. Schon der Locarnopakt, der doch sogar die Unterschrift eines konservativ-unionistischen Außenministers trägt, bedeutete als englische Garantie für deutsch-französische Verständigung die entscheidende Mitwirkung Englands am europäischen Friedenswerk. Die Dominions haben keinen Anstoß daran genommen, sondern im Gegenteil diesen Schritt der englischen Politik nicht bloß geduldet, sondern tatkräftig gefördert. Und seitdem haben die heute regierenden Staatsmänner MacDonald und Henderson sich wiederholt mit großem Nachdruck für die europäische Kooperation ausgesprochen.

Auch bei der Begründung des Genfer Völkerbundes hat die Zugehörigkeit zum britischen Imperium weder für das euro-

päische England noch für die außereuropäischen Dominions eine wesentliche Schwierigkeit bedeutet. Die Teile des Imperiums sind als selbständige Staatsgebilde dem Imperium beigetreten, nicht das Imperium als solches. Ganz ähnlich dürfte für das europäische England die Frage der Beteiligung an dem angestrebten europäischen Völkerbund eine Angelegenheit sein, über die es allein zu befinden hat, wenngleich es selbstverständlich seinen Entschluß nur im Einvernehmen mit den außereuropäischen Teilen des Imperiums fassen wird. Es ist nicht anzunehmen, daß die Dominions grundsätzlichen Widerstand leisten werden gegen einen Entschluß, der letzten Endes ihrem eigenen Interesse entspricht. Auch für sie ist es vorteilhafter, wenn das englische Mutterland, das seine geographische Lage doch nicht ändern kann, in einem konsolidierten Europa liegt und nicht auf einem von ständigen Explosionsgefahren bedrohten politischen Vulkan.

Umgekehrt bietet die Verbundenheit Englands mit seinem Imperium vom Standpunkt der europäischen Kooperation aus kein Hindernis für seinen Anschluß. Diese Verbundenheit kann vielmehr nur durchaus erwünscht sein, weil sie die Herstellung einer planmäßigen Kooperation auch der außereuropäischen Dominions mit dem europäischen Staatenbund zu erleichtern geeignet ist. Ob und in welcher Form sich auch diese Dominions dem europäischen Bunde angliedern könnten, das kann nur Sache einer freien Vereinbarung sein. Der europäische Staatenbund soll ja kein Bund der Abschließung werden, sondern nur ein Bund der Konsolidierung, eine notwendige Etappe auf dem Wege zum Universalen Völkerbund.

Was die Frage der Einbeziehung der Kolonien und Schutzgebiete europäischer Staaten betrifft, so darf nicht außer acht gelassen werden, daß diese Gebiete in stetig wachsendem Maße als Rohstoffquellen der europäischen Industrie unentbehrlich geworden sind. Die wirtschaftliche Kooperation der europäischen Staaten kann zu allseitig be-

friedigenden Ergebnissen nur dann führen, wenn sie auf der Basis der Gleichberechtigung vollzogen wird. Den Bürgern der europäischen Länder, die keine Kolonien besitzen, muß freier und gleichberechtigter Zutritt zu diesen wichtigen Rohstoffgebieten gewährleistet werden. Sonst würde in den Ländern ohne Kolonien Produktion und Handel unter wesentlich ungünstigeren Bedingungen arbeiten, als in den bevorrechtigten Ländern mit Kolonialbesitz. An solcher Ungleichheit der Grundbedingungen des Wirtschaftslebens müßte jeder Versuch zollfreier Handelsbeziehungen innerhalb Europas von vornherein scheitern.

Da es eine geographische Grenze Europas nach Osten hin nicht gibt, ist auch die Frage aufgeworfen worden, ob man Rußland als zu Europa gehörig betrachten und in den zu bildenden europäischen Staatenbund einbeziehen könne. Der kleineuropäische Begründer der Pan-europäischen Union reiht Rußland in den von ihm konstruierten Begriff Panasien ein. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Eigenart des derzeitigen Sowjetregimes, in Verbindung mit dem zum Teil erheblichen Unterschied im Niveau der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung, es schwer macht, von einem europäischen Charakter Rußlands zu sprechen. Hinzu kommt die politische Verbundenheit mit dem ganzen Norden Asiens. Es liegt aber nicht im Interesse des europäischen Staatenbundes, die daraus für den Anschluß Rußlands sich ergebenden Schwierigkeiten noch künstlich durch Festlegung auf ein doktrinäres Programm zu vergrößern. Ganz besonders haben wir Deutschen allen Anlaß, zu unserm Teile daran mitzuwirken, daß zwischen dem werdenden europäischen Staatenbunde und Rußland nicht Schranken, sondern Brücken errichtet werden.

Das gleiche gilt auch von der Türkei. Wenn die Nation der Türken, die sich im europäischen Geiste zu modernisieren bemüht, wirtschaftlich und auch politisch den Anschluß an Europa sucht, so darf die Bezeichnung ihres geographischen Gebietes als Kleinasien uns Europäer nicht

hindern, sie als europäische Nation in unserm Bunde willkommen zu heißen.

Bei solcher Zielsetzung wird es nicht schwer sein, das Werk der europäischen Kooperation in das Gesamtwerk eines weltumspannenden Völkerbundes einzugliedern. Mit Recht ist es einer der leitenden Gedanken des Völkerbundes, die früheren Schutz- und Trutzbündnisse einzelner Staaten überflüssig zu machen und aus der Welt zu schaffen. Es gibt zwar auch jetzt noch Militärbündnisse, wie diejenigen zwischen Frankreich, Belgien, Polen und der kleinen Entente. Aber ihr Bestehen ist mit dem Prinzip des Völkerbundes nicht vereinbar und wird nur geduldet, weil ja auch das gesamte Abrüstungsproblem noch immer nur einseitig angefaßt und also ungelöst geblieben ist.

Der europäische Staatenbund würde im Gegensatz zu solchen Sonderbündnissen nicht ein störender Fremdkörper im allgemeinen Völkerbund sein, sondern durch Sicherung des Friedens an der am meisten gefährdeten und nach wie vor für die Entwicklung der Menschheit entscheidenden Stelle ihn erst wirklich lebensfähig machen. Die europäische Kooperation dient, indem sie den Mitgliedern des europäischen Staatenbundes politisch und wirtschaftlich größere Sicherheit und Entwicklungsmöglichkeiten verschafft, nur dieser Aufgabe. Unter keinen Umständen darf sie die Tendenz eines Bündnisses gegen andere Länder oder Erdteile bekommen. Ihr Ziel kann nur die Politik der europäischen Konsolidierung, nicht eine Politik der europäischen Isolierung sein. Und dieses Ziel liegt nicht bloß im Interesse des Völkerbundes als Menschheitsorganisation, sondern auch in der Richtung seiner bisherigen Entwicklung. Schon bisher haben die meisten Arbeiten des Genfer Völkerbundes mit Problemen zu tun gehabt, die im wesentlichen europäischen Ursprungs und Inhalts waren. Durch Entlastung von allen Aufgaben, die ausschließlich europäische Angelegenheit sind, wird der universale Völkerbund erst die Kräfte freibekommen für die Lösung seiner eigentlichen Aufgaben.

Im Vordergrund der öffentlichen Aussprache steht einstweilen immer noch der Gedanke einer europäischen Zollunion. Wie die Gründung des deutschen Zollvereins der Vorläufer der deutschen Reichsgründung war, so — glaubt man — müsse auch der europäische Zollverein dem europäischen Staatenbunde die Wege ebnen. Es ist sicher wahr, daß ohne wirtschaftliche Verständigung und Zusammenarbeit das Ziel der politischen Zusammenarbeit niemals erreicht werden wird. Aber man darf doch nicht übersehen, daß umgekehrt das gleiche gilt. Der deutsche Zollverein wäre nie zustande gekommen, wenn nicht die große politisch-nationale Einheitsbewegung vorausgegangen wäre und den entscheidenden Anstoß gegeben hätte. Ganz ebenso wird der Gedanke einer europäischen Zollunion ein unlösbares Problem bleiben, wenn nicht der politische Wille zur Verständigung und zur Zusammenarbeit vorher die Schwierigkeiten aus dem Wege räumt. Politik und Wirtschaft lassen sich heute überhaupt nicht mehr trennen. Bei der Streben gilt demselben Ziel, die Politik aber hat die Führung.

Die zollpolitische Kooperation schafft nur den äußeren Rahmen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Völker. Und diese wird erst vollständig, wenn sie durch die Kooperation auf dem Gebiete des Verkehrs sinngemäß ergänzt wird: Kooperation der „öffentlichen Arbeiten“ aller europäischen Staaten, im Verein mit der Kooperation aller Verkehrseinrichtungen zu Wasser, zu Lande und in der Luft, unter völliger Beseitigung überflüssiger Grenzhindernisse, wie des Paß- und Visumzwanges, Kooperation von Post, Telegraphie, Telephon und Rundfunk, Kooperation der Notenbanken mit dem Ziele der europäischen Währungsgemeinschaft usw.

Diese verkehrspolitische Zusammenarbeit muß durch eine systematische Fortbildung des Rechtsschutzes, insbesondere des Niederlassungsrechtes für Personen und Gesellschaften aller angeschlossenen Staaten so ergänzt wer-

den, daß die Freizügigkeit der Personen und der sachlichen und geistigen Erzeugnisse in ganz Europa gewährleistet ist. Auch auf dem Gebiete des Bildungswesens, der öffentlichen Gesundheitspflege usw. müssen nicht bloß die Regierungen, sondern auch die ausführenden Verwaltungsorgane zielbewußt zusammenarbeiten. Das Zusammenwirken der Verwaltung — und selbstverständlich auch der Polizei — auf solchen von nationaler Eifersucht am wenigsten berührten Gebieten wird sicher geeignet sein, ihr Zusammenwirken auch auf allen andern Gebieten günstig zu beeinflussen.

Im Zusammenarbeiten an gemeinsam geplanten, gemeinsam durchgeführten, gemeinsamen Zwecken dienenden großen schöpferischen Aufgaben wird das Bewußtsein der Interessengemeinschaft und Schicksalsverbundenheit der Völker Europas ständig erstarken, so daß wir nicht bis zum Jahre 2000 zu warten brauchen, bis die politische Vereinigung Europas, wie Shaw es in seinem Kaiser von Amerika für die Vereinigung von England und Amerika prophezeit, nichts anderes mehr ist, als die amtliche Bestätigung einer schon vollzogenen Tatsache. Wir hoffen vielmehr, es noch selber, und zwar bald, zu erleben, daß eine große europäische Konferenz der verantwortlichen Leiter der europäischen Staaten sich die Gedanken dieser Darlegungen mit allen Konsequenzen zu eigen macht und daß in ihrem Gefolge ein europäischer Bundestag die Konstituierung des europäischen Staatenbundes vollzieht.

Die Festigung der Republik

Von Dr. Karl Spiecker, Ministerialdirektor z. D.

Am 11. August 1929 wurde im ganzen Reich das zehnjährige Bestehen der deutschen Republik festlich begangen. Aus allen Festreden erklang der Glaube und die Zuversicht, daß die Republik jetzt auf festem und sicherem Boden stehe, daß sie in den zehn Jahren ihres Bestehens sich rechtlich und tatsächlich fest verwurzelt habe, daß die Reihen ihrer Gegner sich immer mehr gelichtet hätten, die Zahl der Vernunftrepublikaner ständig im Wachsen begriffen sei, daß aber auch immer beträchtlicher die Masse jener würde, die mit dem Herzen an der deutschen Republik hängen und mit ganzer Seele ihr zu dienen willens sind.

Zehn Jahre sind eine kurze Spanne im Leben eines Volkes und sicherlich nicht groß genug, um für das umstürzende Geschehen, das sie in sich bergen, ein sicheres und abschließendes Urteil zu ermöglichen. Und doch ist es berechtigt, daß wir, die wir diese zehn Jahre erlebt und bewußt in uns aufgenommen haben, uns die Frage stellen, ob die neue Staatsform, die vor zehn Jahren das deutsche Volk für sein staatliches Leben sich bestimmt hat, die Bewährungsprobe bestanden und nach innen und außen sich so gefestigt hat, daß der Staat als gesichert gelten kann. Jeder, der mit dem Bestreben, dem neuen Staate Recht widerfahren zu lassen, an eine Beurteilung der schicksalhaften Geschehnisse der letzten zehn Jahre herantritt, wird sich der Überzeugung nicht verschließen können, daß in der Tat die junge deutsche Republik ihre Feuerprobe bestanden hat, in schwerster Zeit dem deutschen Volke Schutz und Hilfe geboten und dadurch ihre Daseinsberechtigung vollauf gebracht hat.

Die deutsche Republik hat eine harte und freudlose Jugend gehabt. Als sie ins Leben trat, war sie erblich so schwer belastet, daß ihr von jedermann böse und schwere Tage voraus gesagt werden mußten. War ihr doch die ungeheuer schwere und bittere Aufgabe überkommen, den Verlust des größten und opferreichsten Kriegs, den die Welt je gesehen hat, zu ertragen und zu verantworten. Die Republik mußte den Waffenstillstand schließen, mußte dem ausgehungerten, der Verzweiflung verfallenen Volke Frieden bringen. Die Hoffnung war berechtigt, aber vergeblich, daß diese dornenvolle Aufgabe im Zeichen des Burgfriedens und der Zusammenfassung aller Kräfte der Nation gelöst werde. Gelöst wurde sie nur unter allerschwersten Erschütterungen und Kämpfen, weil es unmöglich war, das um seine Hoffnungen betrogene deutsche Volk von der furchtbaren Schwere und Unentrinnbarkeit der Lage, in die es durch den verlorenen Krieg geraten war, in seiner Gesamtheit zu überzeugen. So notwendig eine Volksgemeinschaft gerade in jenen Tagen der größten nationalen Erniedrigung durch Feindesübermut und -willkür gewesen wäre, so bedrohlich und bedauerlich waren leider die Zerrissenheit und der Bruderzwist, die das Volk in feindliche Lager spalteten. Daß der sich sammelnde Unmut, der gegen den äußeren Feind keine Entladung mehr finden konnte, sich nach innen und gegen die Republik wandte, konnte um so weniger wundernehmen, als kaum eine Schicht des Volkes in der Kürze der Zeit ein klares inneres Verhältnis zur republikanischen Staatsform finden konnte. Die Republik war ja zu uns gekommen, ohne daß sie von irgendeiner Seite ernsthaft erstrebt und gewollt worden wäre. Es gab im Kriege keine revolutionäre Bewegung, die bewußt auf den Sturz der Monarchie und die Gründung einer Republik hingeeilt hätte. Auch die Parteien, die später Träger des republikanischen Gedankens und Stützen der Republik geworden sind, haben sich während des Krieges bis zuletzt für die Monarchie eingesetzt, bis der Zusammenbruch des Heeres und der Heimat auch die Throne zu-

sammenbrechen ließ. So war es natürlich, daß die Republik nicht das Ergebnis eines zielklaren politischen Willens war, sondern anfänglich nur ein Notbau, den das deutsche Volk, das sich in seiner tiefsten Not betrogen und verlassen wähnte, in mutiger Selbsthilfe schnell aufführte, um endlich wieder Frieden und Brot zu finden.

Als aus dem Zusammenbruch sich auch der Umsturz der alten Gewalten jedem ersichtlich hervorzuheben begann, bewegte das deutsche Volk zunächst kaum die Frage und Sorge um die gestürzten Dynastien. Die trat zurück hinter der gewaltigen Schicksalsfrage nach Sein oder Nichtsein, vor die unser Volk über Nacht sich gestellt sah. Allgemein waren damals das Empfinden und immer mehr auch die Erkenntnis, daß Deutschland sich in eine neue Welt einzuordnen genötigt war, und darum ging der Kampf um die Nationalversammlung im wesentlichen auch gar nicht um die Streitfrage Monarchie oder Republik, sondern um den viel weitergreifenden Gedanken Klassenstaat oder Volksstaat, Rätediktatur oder Demokratie. Die Entscheidung des deutschen Volkes ist für die Demokratie und damit für die republikanische Staatsform ausgefallen. Das Wesentliche in dieser Entscheidung liegt nicht in der Tatsache, die in jener Zeit gar nicht sonderlich ins Gewicht fiel, daß die Dynastien mit ihren auf bestimmte Klassen ausstrahlenden Privilegien verschwanden, sondern darin, daß staatliche Willensimpulse in breiten Volksschichten geweckt wurden, die bis dahin dem Staate ablehnend, ja feindlich gegenüber gestanden hatten, daß neue, unverbrauchte Kräfte aus den Tiefen des Volkes an den Staat herandrängten und weithin den alten Machthabern das Steuer des Staatsschiffs zu entwenden versuchten.

Aber auch das war eigentlich keine Überraschung und Neuerung, die sich erst aus den veränderten Verhältnissen ergeben hätte. Die Neuordnung der staatlichen Kräfteverhältnisse war schon durch das alte Regime nicht nur eingeleitet, sondern auch schon reichsgesetzlich sanktioniert worden, und nur die Tatsache, daß die vom Kaiser erlassenen

Gesetze vom 28. Oktober 1918 über die Parlamentarisierung Deutschlands nicht mehr in das Bewußtsein des Volkes vor dem 9. November eingedrungen waren, hat den Eindruck zu erwecken vermocht, daß erst durch den Novemberumsturz neue Wege staatlichen Lebens geschaffen worden sind. In Wirklichkeit würden in Deutschland die Dinge heute kaum wesentlich anders aussehen, wenn die Monarchie sich nach dem verlorenen Kriege hätte halten können. Den Schritt vom Obrigkeitsstaat zum parlamentarisch-demokratischen Staat hat schon das Kaiserreich als notwendig erachtet, und wären am 9. November 1918 nicht auch die Throne zusammengebrochen, hätte, rein äußerlich gesehen, das parlamentarisch regierte Deutschland von heute nur eine andere repräsentative Spitze erhalten.

Eine andere Frage wäre allerdings, ob alsdann wirklich der Volksstaat entstanden wäre, der in der Verfassung von Weimar seine Grundlagen erhalten hat. Gerade diese Verfassung aber hat den republikanischen Gedanken im deutschen Volke immer mehr erstarken lassen und der Republik immer breiteren und festeren Boden geschaffen. Der demokratische und soziale Gehalt der Verfassung von Weimar hat der deutschen Republik in sehr vielen Herzen Heimatsrecht erworben und ein Zugehörigkeitsgefühl zum Staate geweckt, das im monarchischen Staate kaum in dem Umfang und in der Tiefe vorhanden gewesen ist. Daß wahre Liebe und Anhänglichkeit zu den gestürzten Dynastien nur auf verhältnismäßig kleine Kreise des deutschen Volkes sich beschränkten, ist nach dem Zusammenbruch der alten Gewalten deutlich geworden, ebenso deutlich aber auch die Liebe zu Reich und Vaterland, die in den verhängnisvollsten Tagen der deutschen Nation das Volk zur Selbsthilfe greifen ließ, um die Einheit und den Bestand von Reich und Nation zu retten.

Das Bewußtsein von der beim Volke ruhenden Staatsgewalt hat auch geschichtliche Erinnerungen aus längst entschwundener Zeit wieder wachgerufen; Erinnerungen an die

uns bekannten Anfänge der deutschen Volksgeschichte, als gleichfalls demokratische Grundsätze im Gemeinschaftsleben obwalteten und das wehrhafte Volk sich seinen Heerführer, seinen Herzog, seinen König selber wählte. Auf langen, verschlungenen Wegen durch die Jahrhunderte ist das deutsche Volk nach der gewaltigsten Kraftanstrengung, die es je vollbracht hat, wieder zu seiner alten Auffassung von der Gestaltung des staatlichen Wesens zurückgekommen. Die Übersteigerung des monarchischen Gedankens und die verhängnisvollen Auswirkungen dynastischer Familienpolitik haben die größte Schuld an der Zerrissenheit des deutschen Volkes getragen, wenngleich nicht vergessen werden darf, daß die deutschen Fürstenhäuser auf anderen, besonders kulturellen Gebieten vielfach sehr verdienstvoll und bahnbrechend gewirkt haben.

Die Republik hat wieder den Bürgerstolz des Deutschen geweckt, und auch der Arbeiterstand beginnt sich als gleichberechtigt und gleichwertig in die Gesellschaftsordnung einzuschieben. Immer bewußter werden breite Massen des Volkes zum Träger des neuen Staates und immer allgemeiner wird auch die Erkenntnis, daß letzten Endes nicht die Machtmittel eines Staates, sondern die Treue seiner Bürger seinen Bestand sichern.

In den Jahren der härtesten Bedrängnis hat die Republik aber auch bewiesen, daß auch ihre Machtmittel ausreichen, ihre Gegner im Innern niederzuhalten. Die bewaffnete Macht ist mehr und mehr von der Überzeugung erfüllt worden, daß sie, allem parteipolitischen Hader entrückt, nur dem Staate, wie er durch den Willen des Volkes geworden ist, treu und dienstbar zu sein hat, und auch die Beamtenschaft, die mit dem Heere und den Dynastien die Pfeiler des alten Reiches gewesen ist, hat durch ihre Treue und Opferwilligkeit sich längst überzeugt zum neuen Staate bekannt, dem sie sich durch Schwur ergeben hat. Gegner der Republik als Staatsform finden sich eigentlich nur noch in den immer dünner werdenden Reihen der Nutznießer des alten Privi-

legienstaates, aber ihre Gegnerschaft bedeutet für den neuen Staat keine ernste Gefahr mehr. Eine monarchische Spitze in modernen parlamentarisch-demokratischen Staatswesen ist erklärlich und berechtigt als Ausläufer einer Jahrhunderte alten dynastischen Tradition, die vom Volke geachtet wird; aber es ist schwer vorstellbar, daß ein Volk, das die Gedanken der Demokratie in sich aufgenommen hat und bestrebt ist, dieselben nicht nur in seiner Verfassung, sondern auch in seinem ganzen öffentlichen Leben zu verwirklichen, bewogen werden kann, sich eine monarchische Repräsentation, deren Mängel gar zu offenkundig geworden sind, neu zu schaffen. Vollends dann, wenn kein Anwärter da ist, der durch persönliche Fähigkeiten und Verdienste sich im Herzen des Volkes ein Anrecht auf Führerschaft zu sichern weiß. In Deutschland aber gibt es keinen ernst zu nehmenden Kronprätendenten, und es gibt überdies keine monarchische Restauration, die nicht sowohl aus dynastischen, wie aus volklichen Gründen die Einheit des Reiches und die Schaffung eines Groß-Deutschland zerstören würde.

So ist die Republik als Staatsform gesichert, nicht nur weil sie in den Zeiten, in denen sie erstand und in denen wir noch leben, die beste Staatsform war und ist; sie ist nicht minder gesichert und gefestigt, weil eine andere Staatsform auf unabsehbare Zeit überhaupt nicht möglich ist. Mag darum auch der Kampf um die innere Ausgestaltung der Republik, um die Verwirklichung des Geistes, der in der Verfassung von Weimar lebt, weiter ausgefochten werden; der Kampf um die republikanische Staatsform ist ausgekämpft, weil seine Fortführung sinnlos und darum im nationalen Interesse verbrecherisch geworden ist.

Oberbayern

Von Prof. Dr. Hans Karlinger, Aachen

Mit der Donau beginnt der Süden: der Himmel, die weißen Mauerflächen, die weichen Laubwaldkronen. Die Alpen waren immer Bindeglied, nie Mauer; es sind kaum zweihundert Jahre, daß die Venetianer einen ihrer Hauptstapel für den Handel nach Norden in Mittenwald am Scharnitzpaß besaßen. Das bayrische Barock versteht erst der ganz, der einmal den Süden sah. Süden ist auch das dem Boden verbundene Geruhlsame des Menschenschlages — es sind nicht nur die mangelnden Bodenschätze, warum in Altbayern keine Industrie floriert, wie am Niederrhein, wie in Sachsen. Die Großstadt ist nicht Sache des Altbayern, das ist nachgerade oft genug gesagt und geschrieben — es ist trotzdem wahr. Und es ist trotzdem nicht bedauerlich; Deutschland braucht allmählich Reservationen, wo es seine „Schalttage“ zubringen kann.

Zumeist ist es ja der Zauber der Alpen, der den Fremden reizt. Nicht ganz mit Recht. Wer einmal irgendwo weilte an der bayrischen Donau: in Regensburg, in Deggendorf oder gar in Passau, der kommt wieder, die stille Schönheit des Bayerwaldes zu schauen oder auf den sonnenwarmen Straßen Passaus an die Lombardei zu denken. Und wer nicht unbedingt einsame Natur will — die übrigens immer weniger einsam wird mit der Ausdehnung der Kurorte im Hochgebirge, der Bergbahnen usw., der darf sich wohl einmal an der sanften Idylle der Hochebene freuen: Landshut mit seinem Burg-
hügel, von dem man über die Wellen des niederbayrischen Landes schaut wie über ein stolzes Meer; Landsberg am Lech mit seiner unglaublich schönen Silhouette; Wasserburg am Inn mit seiner großartigen Monumentalität von Landschaft, Fluß und Architektur. Wer kennt das Salzachtal, das

heute die Grenze zieht nach Oberösterreich, mit Laufen, mit den Burgstädten Tittmoning und Burghausen? Und wer kennt die Macht der Landschaft am Unterinn mit dem Bergschloß Neuburg und den fabelhaft schönen Höhenzügen; ganz schlicht, ganz still, umstanden mit der weitgelagerten Ruhe großer Höfe — eine Landschaft, die nur der ganz er-



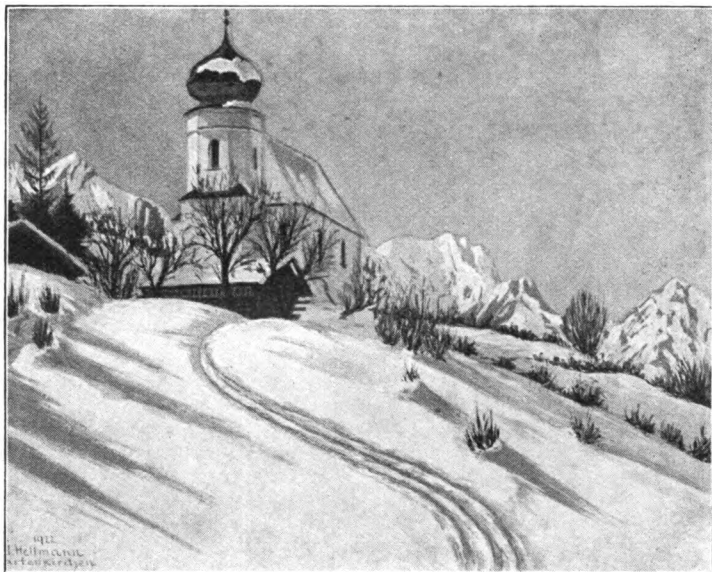
Nach einem Gemälde von I. Hellmann
Phot. Kunstanstalt Jaeger & Goergen, München

Wintermorgen an den Waxensteinen

lebt, der Adalbert Stifter kennt oder eine Symphonie Bruckners.

Mit der Donau beginnt der deutsche Süden. Jene uralte Mischung zwischen deutschem Fühlen und sonniger Freude, deren Herz Wien bedeutet und deren reinste Heimat vom Donaustrom sich breitet in die Alpentäler: in die Steiermark, nach Kärnten, nach Tirol. Oberbayern ist gewissermaßen der Vorsaal, die Schwelle: — von Dresden, von Ber-

lin, von Köln laufen die Züge in München zusammen, nach Verona—Venedig, nach Linz—Wien, nach Lindau—Mailand führen sie weiter. München als der Knotenpunkt dieser Strahlen, das ist seine Mission — nicht erst seit es Eisenbahnen gibt. Ist auch sein Verhängnis, denn es scheint irgendwo ein Fehler in der Geschichte, daß dieser Knoten-



Nach einem Gemälde von I. Hellmann
Phot. Kunstanstalt Jaeger & Goergen, München

Dorfkirchstein in Wamberg

punkt des oberen Bayern eines Tags Hauptstadt geworden ist eines Bayern von fremden Gnaden — d. h. mit Franken und der Pfalz und — ohne Österreich ob der Enns. Es berührt mich immer merkwürdig, wenn ich mir in Bamberg oder Würzburg sagen muß: du bist in einer „bayrischen“ Stadt und wenn ich einen Paß brauche, um nach Salzburg oder Innsbruck zu kommen.

Doch — mir liegt beileibe jeder politische Gedanke fern.

Es ist nur notwendig — man weiß davon im Reich immer noch wenig, daran zu erinnern, daß $\frac{3}{4}$ des bayrischen Stammes — des Stammes, der die Grenz wacht im Südosten hielt vom 8. bis zum 12. Jahrhundert — außer dem Reich wohnen. Daß meine Mundart 300 km südlich und östlich von München ohne weiteres verstanden wird, während ich 100 km



Phot. H. Rex, O.

Eingeschneite bemalte Häuser mitten in Oberammergau

westlich — jenseit Augsburg — hochdeutsch sprechen muß, weil ich auf schwäbischem Boden, inmitten eines anderen Stammes, stehe.

Es gehört zum Gesicht Oberbayerns — dieser volksgeographische Zustand. Und er gehört doppelt zum Gesicht Münchens. Das alte Stadtmodell der Renaissancezeit, das der Hofschreiner Sandtner um 1580 anfertigte, zeigt Flachdach und Giebeldach nebeneinander, d. h. die südliche Bauweise

mit den versenkten Schindeldächern und den kubischen Hausstirnen, die jedem von Salzburg oder Hall in Tirol in Erinnerung sind, und die deutschen Steilgiebel mit ihren krausen Ziegeldächern, die in Augsburg oder Ingolstadt beginnen und immer spitzer, immer phantastischer werden, je weiter man nach Westen wandert. Dieses Nebeneinander ist



Nach einem Gemälde von I. Hellmann
Phot. Kunstanstalt Jaeger & Goergen, München

Winterabend an der Dreitorspitze

symbolisch: München war stets eine Stätte des Austausches, der Versammlung verschiedener Strömung, und München wußte immer gastlich solch Vielerlei in seinen Mauern zu bergen: welsche und niederländische Kunst an seinem Renaissancehof, Italiener und Franzosen als Lehrer des bayrischen Rokoko, das schließlich seine Lehrmeister weitmächtig überholt; Künstler aus allen deutschen Gauen am Hof Ludwigs I.: der Rheinländer Cornelius, der Niedersachse

Klenze, der Wiener Schwind. Und hat darüber dieses München etwas von seinem einmaligen, seinem einzigen Gesicht unter den deutschen Städten verloren?

Es ist wahr, das Land ist im allgemeinen gastlicher wie seine Bewohner — ein Eingeborener darf das behaupten. Weil der Weltreisende zunächst unter Gastlichkeit das ton-



Nach einem Gemälde von I. Hellmann
Phot. Kunstanstalt Jaeger & Goergen, München

Floriansplatz in Partenkirchen

lose Gesicht des weltläufigen Komforts versteht — der fehlt allerdings in Oberbayern oder, wo er da ist, fehlt das Gesicht Oberbayerns. Wer das Land kennenlernte, ist zumeist anderer Ansicht und kommt in der Regel gern wieder, nicht nur den Alpen, nicht nur den Kunstschatzen Münchens zu Liebe, sondern — zu den Oberbayern. Und zwar nicht zu denen, die in der „kurzen Wichs“ den Kraftkerl um jeden Preis heraushängen (es ist mir wiederholt im Reich passiert, daß solche „Originalbayern“ auf Anrede kein Wort Bayrisch verstanden), sondern zu denen, denen man das „Bayrische“ nicht unbedingt ansieht und es erst entdeckt, wenn man eine Woche mit ihnen zusammensitzt.

Die deutsche Zahlungsbilanz

Von Dr. Ed. Hamm, Reichswirtschaftsminister a. D., M. d. R. W. R.,
Mitglied des Präsidiums des deutschen Industrie- und Handelstags

Wie im Haushalt des einzelnen Menschen, so müssen auch in dem der Volkswirtschaft die Ausgaben mit den Einnahmen in Übereinstimmung gebracht werden, wenn anders nicht die wirtschaftlichen Verhältnisse, Vermögens- und Einkommensentwicklung in Zerrüttung geraten sollen. Schulden können vorübergehend dazu dienen, wie dem einzelnen Wirtschaftsträger, so auch einer Volkswirtschaft eine Atempause zu verschaffen, aber sie bedeuten nur dann eine wirkliche Hilfe, wenn der Wirtschaftsträger mit ihrer Hilfe innerhalb dieser Atempause seine Leistungsfähigkeit so weit steigert, daß er danach nicht nur die Schulden verzinsen und allmählich tilgen, sondern auch sich aus eigenem Einkommen besser als vorher erhalten, besser wirtschaften, mehr und wirtschaftlicher produzieren kann. Wie liegen hierfür die Aussichten der deutschen Volkswirtschaft? Unter deutscher Volkswirtschaft verstehen wir dabei die Gesamtheit der auf die Befriedigung wirtschaftlicher Bedürfnisse gerichteten Tätigkeit im Deutschen Reiche, nicht etwa die Wirtschaften des Reiches, der Länder, der Gemeinden, die ein zwar besonders gearteter, aber unlöslicher Teil der Volkswirtschaft und somit in deren Schicksal gebunden sind. Das Auf und Ab einer Volkswirtschaft im Verhältnis zu anderen Ländern zeigt sich in der Zahlungsbilanz. Zahlungsbilanz ist die Gegenüberstellung und das Ergebnis der geldwerten Leistungen und Empfänge der Volkswirtschaft als eines in sich geschlossenen Wirtschaftskörpers im Verhältnis zum Ausland.

Die Zahlungsbilanz setzt sich also aus zwei Reihen von Posten zusammen, die dem Soll und Haben in den Büchern des Kaufmanns entsprechen. Auf der einen Seite stehen die

Guthaben, die sich die deutsche Volkswirtschaft als Einheit der übrigen Welt gegenüber verschafft hat, auf der anderen die Verpflichtungen, die sie übernahm. Da unentgeltliche Leistungen im Wirtschaftsverkehr der Volkswirtschaften tatsächlich nicht vorkommen, müssen sich beide Seiten genau miteinander decken. In diesem Sinne ist die Zahlungsbilanz immer ausgeglichen, wobei freilich eine Übereinstimmung häufig durch Schuldenaufnahme herbeigeführt werden kann und muß.

Es ist in der gegenwärtigen Zeit unter den zivilisierten Völkern im wesentlichen nur theoretisch denkbar, daß ein Land keinerlei wirtschaftlichen Verkehr mit dem Auslande pflegt, sondern sich ganz aus eigener Erzeugung erhält und seine Produktion selbst verbraucht. Der Fichtesche Gedanke eines „geschlossenen Handelsstaates“, der ihm übrigens keineswegs als Ideal, sondern lediglich als gedankliches Gebilde zur besseren Erkenntnis wirtschaftlicher Gesetze vorschwebte, würde diesem Zustand entsprechen. Tatsächlich aber gibt es keine Volkswirtschaft eines großen Volkes, die nicht im Austausch der Güter, der Dienste oder der Kapitalien mit anderen in Beziehung steht. Für Deutschland vor allem ist eine Selbstgenügsamkeit oder Autarkie nicht möglich; besonders eindrucksam zeigte sich ja in der Festungswirtschaft des Krieges, daß ausschließlich aus eigener Kraft der Ernährungs- und Rohstoffbedarf auch auf kurze Zeit nur behelfsmäßig mit größten Entbehrungen gedeckt werden konnte. Sobald und insoweit sich die deutsche Volkswirtschaft aus der über das Kriegsende hinaus dauernden Einschnürung befreien konnte, suchte sie Austausch mit der Weltwirtschaft und mußte sie suchen, und zwar zunächst nach der Güterentblößung der Kriegswirtschaft immer mehr noch im Nehmen als im Geben. Sobald der erste stürmische Warenhunger einigermaßen befriedigt war, galt es, im Nehmen und Geben die Verflechtung wieder herzustellen, und diese Verflechtung hat denn auch, wie dies die Erhöhung der deutschen Auslandsverpflichtungen und Aus-

landsguthaben ausweist, wieder gewaltige Fortschritte gemacht.

Auf der Aktivseite, die die Guthaben der deutschen Volkswirtschaft ausweist, zeigt die Bilanz der deutschen Volkswirtschaft die Warenausfuhr, die dem Auslande geleisteten Dienste (Entgelt für Schiffsverkehr, Frachten für Durchfuhr, Entgelt für Versicherungsgeschäfte, Geldsendungen im Auslande arbeitender Staatsangehöriger und ähnliches), auf der Passivseite die entsprechenden Gegenposten an Einfuhr, in Empfang genommenen Diensten, zu zahlenden Schuldzinsen. Nicht wirtschaftlich bedingt, aber auf die Wirtschaft im stärksten Maße einwirkend, kommen für die deutsche Volkswirtschaft hinzu die Reparationsleistungen, die, sei es in Geldkapital, sei es in entgeltlos zu liefernden Sachgütern, aus der deutschen Volkswirtschaft an andere übertragen werden müssen. Einen wichtigen und nicht immer leicht zu beurteilenden Posten bilden auf beiden Seiten der Bilanz die Kapitalanlagen, das sind die kurz- oder langfristigen Darlehen, die das Ausland gewährt oder die wir ins Ausland geben, samt ihrer Verzinsung und Tilgung. Diese großen Posten, zu denen auch der Kauf deutscher Unternehmungen oder Unternehmeranteile durch ausländisches Kapital, wie er in der letzten Zeit wiederholt beobachtet wurde, gehört, stehen in wechselndem, vielfach ursächlichem Verhältnis zu der Spannung, die sonst zwischen der Aktiv- und Passivseite der Bilanz entstände.

Vor dem Kriege besaß die deutsche Volkswirtschaft Auslandsanlagen in Höhe von 20—28 Milliarden Goldmark. Die aus dem Auslande der deutschen Volkswirtschaft zu strömenden Zinsen und Verdienste aus diesen Vermögensanlagen reichten nicht nur aus, um den verhältnismäßig geringen Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr zu decken, sondern sie ermöglichten zusammen mit dem Überschuß aus dem Fracht- und Versicherungsverkehr eine fortschreitende Steigerung der deutschen Auslands Guthaben und damit eine fortwirkende Stärkung der deutschen Stellung in-

nerhalb der Weltwirtschaft. Der Vertrag von Versailles hat bekanntlich die schon während des Krieges erfolgte Wegnahme dieser Auslandsguthaben besiegelt, da die Absicht, die deutsche Wirtschaft tödlich zu treffen, unsere Kriegsgegner nicht erkennen ließ, wie verhängnisvoll für die Gesamtheit der wirtschaftenden Völker die damit erfolgte Vernichtung des alten Grundsatzes der Unantastbarkeit des Privateigentums ist. So mußte nach dem Kriege völlig neu unter unsäglich schwierigen Verhältnissen der Aufbau ertragbringender Anlagen im Auslande wieder begonnen werden. Vielleicht möchte es manchem scheinen, als ob diese Aufgabe dem Aufbau der innerdeutschen Wirtschaft hintanstellen sollte; aber eine mechanische Rangordnung wäre irrig. Aktiven im Auslande sind für eine in die Weltwirtschaft verflochtene Volkswirtschaft schlechthin unentbehrlich. Sie sind Voraussetzung für den Absatz deutscher Erzeugnisse, in Sonderheit für ein Volk, das in seine Volkswirtschaft nicht auch auswärtige Rohstoff- und Siedlungsgebiete einbeziehen konnte, nachdem ihm ja sogar allzu späte verhältnismäßig kleine Ansätze kolonialer Wirtschaft zufolge eines Vorgehens genommen wurden, das nicht weniger eine Verletzung allgemeinsten Rechtsgüter der Kulturvölker bedeutet als jene Wegnahme des Privateigentums im Auslande. Immerhin werden die wiederaufgebauten Auslandsanlagen für 1928 auf 5 Milliarden für langfristige Vermögensanlagen, auf 3 Milliarden für kurzfristige Guthaben geschätzt; das macht mit Rücksicht auf die Geldentwertung etwa $\frac{1}{4}$ des Vorkriegsstandes aus. Dem steht aber eine gewaltige Verschuldung gegenüber. Ihre Höhe ist zum Jahresende 1928 für kurz- und langfristige Kredite auf etwa 14 Milliarden errechnet worden; dazu kommen die Anlagen ausländischen Kapitals in deutschem Grundbesitz und deutschem Effektenbesitz mit etwa 7,5 Milliarden. Der Gründe für diese Verschuldung sind mehrere. Ein wichtiger Grund liegt zunächst auf dem Gebiete der Handelsbeziehungen.

Das deutsche Volk kann trotz hochentwickelter, wenn freilich vielfach noch weiter zu entwickelnder landwirtschaftlicher Technik die notwendige pflanzliche und tierische Gesamtnahrung nicht ausschließlich aus der Kraft des eigenen Bodens erzeugen und ist daher auf die Einfuhr ausländischer Nahrungsmittel in hohem Maße angewiesen; das war bereits vor dem Kriege so. Die Abtretung großer landwirtschaftlicher Überschußgebiete, raum- und volkspolitisch eine unerträgliche Beeinträchtigung Deutschlands, hat auch diese Zwangslage verschärft. Ähnlich liegen die Dinge auf dem Gebiete der Rohstoffe. Deutschland hat seine Eisenerzvorräte fast vollständig verloren, ebenso Wesentliches von seinem Besitz an Blei, Zinn und Zink, Erhebliches an Kali. Rohstoffe, die früher im eigenen Lande erzeugt werden konnten, müssen daher nun eingeführt werden. Dazu kommen nach wie vor zahlreiche andere Rohstoffe, vornehmlich solche tropischer Herkunft, deren die hochentwickelte deutsche Fertigwarenindustrie bedarf. So ergibt sich ein gewaltiger, ziemlich fest gegebener Bedarf an Rohstoffen und Lebensmitteln, der in den letzten Jahren bei den Lebensmitteln um etwa 4 Milliarden, bei den Rohstoffen zwischen 5 und 7 Milliarden schwankte.

Zu diesen Passivposten kommen die gewaltigen Tributsummen hinzu, die das Reich zufolge der den verlorenen Krieg abschließenden Verträge an das Ausland zu zahlen hat. Wenn wir von den in ihrer Höhe nur schwer bestimm-
baren Leistungen absehen, die vor dem Zustandekommen des Dawesplanes gezahlt wurden — unvoreingenommene amerikanische und englische Sachverständige schätzten sie auf etwa 25 Milliarden Goldmark —, so ergibt sich für die fünf Jahre des Dawesplans eine deutsche Leistung in Höhe von etwa 7 Milliarden Reichsmark; im Planjahr 1928/29 hat die Jahreszahlung zum erstenmal die „Normalhöhe“ von 2,5 Milliarden erreicht, die sich gemäß dem im Dawesgutachten vorgesehenen nur so genannten Wohlstandsindex, der in Wirklichkeit ein Steigerungsindex nach ziemlich willkür-

lichen Ziffern ist, in den nächsten Jahren weiter erhöhen würde. Der Pariser Sachverständigenplan vom 4. Juni 1929 sieht, so wenig er deutschen wirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung trägt, immerhin eine Ermäßigung der Jahresleistungen um etwa 700 Millionen der nächsten Jahre bei einem Betrag vor, der 1930/31 auf 1796 Millionen liegt und in den nächsten Jahren verhältnismäßig langsam ansteigt, und beseitigt ferner den überaus gefährlichen Besserungsschein. Mit der Annahme des Youngplans wird hiernach eine besonders schwerwiegende Ursache der Unsicherheit aus der künftigen Gestaltung der deutschen Wirtschaftsbilanz entfernt. Aber diese Bilanz wird auf Grund der Gesamtlage der kapitalmäßigen Verflechtung auch weiterhin schwere Fehlbeträge aufweisen. Zunächst wird die Bewegung der Waren und Dienste in sich selbst nicht ausgeglichen sein; wenn das Jahr 1929 einen kleinen Ausfuhrüberschuß zeigt, so hängt das mit der schweren Depression der Wirtschaftstätigkeit in diesem Jahre zusammen, die im Sinne der Ausfuhrsenkung und erhöhten Ausfuhrdranges wirke. Wenn sich die Konjunktur bessert, werden die Einfuhrziffern steigen und ein erhöhter Teil der Produktion wird auf dem heimischen Markte Absatz finden. Das ist an sich nichts Erschreckendes. Blickte man früher bei der Beurteilung der Wirtschaftsbilanz allzu ausschließlich auf die Handelsbilanz, von deren aktivem oder passivem Abschluß die Gesamtlage der Volkswirtschaft, ihr Auf- oder Abstieg, Wohlstand oder Verelendung abhängig schien, so hat fortschreitende Erkenntnis den Begriff der Handelsbilanz durch Einbeziehung des Kapitalverkehrs zur Zahlungsbilanz erweitert. Nicht auf die Bewegung der Sachgüter, also der Rohstoffe, Lebensmittel, Produktionsmittel und Verbrauchswaren, und der Dienste allein kommt es an, sondern auch darauf, was an Kapital und Zinsen hin und her bewegt wird. Wie bei passiver Handelsbilanz die Zahlungsbilanz durchaus aktiv und gesund sein kann, hat Deutschland vor dem Kriege bewiesen. Auch heute ist die englische Handelsbilanz passiv, die eng-

lische Zahlungsbilanz aktiv. Wenn auch in Deutschland nach dem Kriege die Aufmerksamkeit allzusehr auf die Handelsbilanz gebannt schien, so könnte das hiernach als ein wissenschaftlicher Aufklärung nicht standhaltender „Passivitätskomplex“ betrachtet werden. Es liegt dieser Betrachtung aber doch Besseres zugrunde, das Gefühl nämlich, daß für ein Land mit nur langsam sich wieder aufbauenden Auslandsvermögen ohne gesicherte ausländische Betätigungsgebiete die Gewinnung von Aktiven aus ausgeführten Waren und geleisteten Diensten besonders wichtig und bedeutsam ist. Man muß sich deshalb vor beiden Fehlern hüten, auf der einen Seite vor allzu ausschließlichem Starren auf die Handelsbilanz und einer Befangenheit in einer unentrinnbar scheinenden Passivität, andererseits vor einer Selbsttäuschung über die wirkliche Lage unserer Wirtschaft im Verhältnis des Gebens und Nehmens zu anderen Volkswirtschaften, wie sie allzu leicht das Herüberziehen des Geldschleiers über die tatsächlichen Wirtschaftsvorgänge bewirkt. Denn Kapitaleinfuhr, die notwendig ist, um einen Fehlbetrag der Handelsbilanz zu decken, bedeutet auf die Dauer fortschreitende Verschuldung, deren Verzinsung und Tilgung steigende Ausfuhr, steigende Dienstleistungen verlangt, zunächst aber bei einem gegenüber anderen Ländern überhöhten Zinsfuß, wie wir ihn immer noch dem Auslande zu zahlen haben, eben die günstige Entwicklung dieser Ausfuhr und Dienstleistungen weiter erschwert.

Auch der Erwerb deutscher Anlagen, sei es in Industrie oder Grundbesitz, bringt keine endgültige Tilgung der Schulden. Denn der ausländische Besitzer kann seinen Besitz jederzeit wieder veräußern und erwirbt damit eine neue Forderung, die selbst nur erneut durch Waren, Dienste oder durch erneute Abtretung von Anlagen beglichen werden kann.

Die deutsche Zahlungsbilanz seit 1924 zeigt in erschütterndem Maße, wie Deutschland seine neu eingegangenen Auslandsverpflichtungen nicht anders als durch neue Verschuldung abdecken konnte, die sich in diesen

Die deutsche Zahlungsbilanz

fünf Jahren aus der Abgleichung auf den gewaltigen Betrag von 14 Milliarden ansammelten. Natürlich beruht diese Ziffer in wesentlichen Bestandteilen auf Schätzungen, die nicht den Anspruch auf mathematische Genauigkeit erheben können, sondern lediglich Anhaltspunkte für die Größenordnungen bieten sollen, errechnet allerdings, wie alle hier genannten Ziffern, von der Stelle, die über die besten und vollstän-

Die Salden der deutschen Zahlungsbilanz 1924—1928 (in Millionen RM.)

	1924	1925	1926	1927	1928	1924 bis 1928
1. Warenhandel (einschl. Edelmetall u. Reparationssachlieferungen) .	-1811	-2439	+ 797	-2987	-1272	-7712
2. I. Dienstleistungen im freien Verkehr . . .	+ 175	+ 215	+ 233	+ 297	+ 294	+1214
II. Reparationsleistungen im Inlande . .	+ 83	+ 162	+ 93	+ 77	+ 69	+ 484
3. Zinsen	+ 100	- 110	- 300	- 495	- 735	-1540
4. Reparationsleistungen	- 281	-1057	-1191	-1584	-2000	-6113
5. Kapitalübertragungen durch Wanderungen .	- 65	- 85	- 75	- 70	- 70	- 365
Summe der laufenden Posten	-1799	-3314	- 443	-4762	-3714	-14032
Summe der Kapitalbewegung	+1799	+3314	+ 443	+4762	+3714	+14032
6. Gold- und Devisenbewegung bei den Notenbanken	-1255	- 90	- 568	+ 452	- 931	- 2392
7. Bewegung ausländisch. Anlagen in Deutschland (Anleihen, langfristige Kredite, Tilgung von Anleihen)	+1000	+1124	+1376	+1613	+3559	+ 8672
8. Bewegung deutscher Auslandsanlagen . . .	+1000	+ 200	-	+ 73	-1846	- 573
9. Kurzfristige Kapitalbewegung	+ 506	+ 118	+ 137	+1904	+1588	+ 4253
10. Nicht aufgliederbare Kapitalbewegung . .	+ 548	+1962	- 502	+ 720	+1344	+ 4072

digsten Unterlagen verfügt, dem Statistischen Reichsamt. (Vgl. die vorstehende Tabelle.) Allein der Passivrest des Warenhandels betrug 7,7 Milliarden, dazu kamen 6 Milliarden an Reparationsleistungen, 1½ Milliarden an Verzinsung des in Deutschland angelegten Auslandskapitals, ein Fehlbetrag von 2,4 Milliarden aus der Gold- und Devisenbewegung der Notenbank, ein solcher von ½ Milliarde aus der Bewegung deutscher Auslandsanlagen. Auf der Aktivseite stehen demgegenüber langfristige Kredite in Höhe von 8,7 Milliarden, kurzfristige von 4,2 Milliarden und außerdem der Überschuß, die dem Ausland geleisteten Dienste in Höhe von 1,7 Milliarden.

Es besteht Anlaß zu der Annahme, daß das Jahr 1929 eine gewisse Abwandlung in diese Entwicklung der Zahlungsbilanz gebracht hat. Die Passivität der Handelsbilanz hat sich bereits in den ersten Monaten des Jahres stark verringert und sich im Jahresabschluß in einen, wenn auch geringen Ausfuhrüberschuß verwandelt. Die Aufnahme von Auslandsanleihen ist insbesondere infolge des Eigenbedarfs des amerikanischen Geldmarktes stark zurückgegangen. Kurzfristig in Deutschland angelegtes ausländisches Geld ist zum Teil zurückgeholt worden. Ein Teil dieser Entwicklung ist gesund und entspricht notwendigen Gesundungsvorgängen, so namentlich, wenn die absatzfähige Erzeugung stieg, Deutschland seinen Bedarf an Lebensmitteln, Rohstoffen und Fertigwaren in stärkerem Maße als bisher im Inlande decken und zugleich ins Ausland ausführen konnte. Freilich ist diese Ausfuhr zu einem nicht ganz geringen Teil wieder durch Schwierigkeiten des Inlandabsatzes und damit zu einem Zwang auch zu gewinnloser oder gewinnarmer Ausfuhr bedingt. Immerhin, die folgenden Ziffern über die Ausfuhr einschließlich der Reparationssachlieferungen zeigen, daß sich seit 1925 die Gesamtausfuhr um nahezu 50% hob, vor allem in den Fertigwaren, aber auch in Rohstoff- und Lebensmitteln. Bei diesen stellt das Jahr 1929 wohl infolge der besonders günstigen Ernten einen Höhepunkt dar. Die Ausfuhrsteigerung

Die deutsche Zahlungsbilanz

(Millionen RM.)

	Gesamt	Lebensmittel u. lebende Tiere	Rohstoffe und Halbfabrikate	Industrielle Fertigwaren
1925	9291	542	1996	6753
1926	10415	529	2732	7154
1927	10801	470	2608	7723
1928	12299	650	2703	8700
1929	13482	723	2926	9832

des Jahres 1929 ist zum großen Teil auch darauf zurückzuführen, daß die deutsche Wirtschaft unter dem Druck sinkender Konjunktur stand, während in zahlreichen wichtigen auswärtigen Ländern die allgemeine Geschäftstätigkeit im Aufstieg begriffen war.

Andererseits zeigen die Ziffern der Einfuhr seit 1927 eine allmähliche Senkung:

(Millionen RM.)

	Gesamt	Lebensmittel u. lebende Tiere	Rohstoffe und Halbfabrikate	Industrielle Fertigwaren
1925	12362	4145	6212	2005
1926	10002	3691	4948	1363
1927	14228	4497	7192	2539
1928	13995	4341	7246	2458
1929	13435	3967	7205	2262

Einem monatsdurchschnittlichen Passivsaldo von 286 Millionen im Jahre 1927, dem Jahre der Hochkonjunktur und der Wiederauffüllung der notwendigen Bestände sowie einem monatsdurchschnittlichen Passivsaldo von 142 Millionen im Jahre 1928 steht ein monatsdurchschnittlicher Ausfuhrüberschuß von etwa 4 Millionen im Jahre 1929 gegenüber. Die Aufgabe ist sohin nicht hoffnungslos, diese Entwicklung weiter zu fördern. Das bedeutet weiteres Bemühen der deutschen Industrie, ihre Leistungsfähigkeit durch fortschreitende Verbesserung der Technik und Organisation zu steigern, insbesondere die Wertarbeit zu pflegen. Es bedeutet die Pflicht für die

deutsche Handelspolitik, der deutschen Ware den Weg ins Ausland bahnen zu helfen trotz der Zollschranken, die, bei guten Reden über Zollabrüstung, da und dort höhergeführt werden. Die deutsche Wirtschaftspolitik selbst steht vor der nicht ganz leichten Aufgabe, eine grundsätzlich aktive Handelspolitik zu treiben und doch der deutschen Erzeugung den notwendigen Schutz zu erhalten. Das gilt besonders für die Landwirtschaft, bei der es sich nicht zuletzt um große nationalpolitische Aufgaben, namentlich der Behauptung des deutschen Ostens, handelt. Es muß grundsätzlich das Bemühen des deutschen Volkes sein, sich seine Ernährungsgrundlage auf der eigenen Scholle zu schaffen. Die Stärkung der Landwirtschaft, durch Verbesserung der Güte ihrer Erzeugnisse bessere Anpassung an die Erfordernisse des Marktes zu erhalten, muß vor allem aus der Landwirtschaft selbst mit Hilfe des Staates geleistet werden. Zollschutz kann Selbsthilfe nicht ersetzen; besonders nicht auf dem Gebiete der Getreidewirtschaft, wo es ebenso unmöglich erscheint, den gegenüber schwankenden Ernte- und Weltmarktbewegungen richtigen Zoll ein für allemal festzulegen, wie durch andere Maßnahmen eine mechanisch wirkende Sicherung zu schaffen. Auch auf dem Gebiete der Rohstoffe bringt die fortschreitende Technik Möglichkeiten der Einfuhrersparnis. Wir brauchen nur an den künstlichen Stickstoff zu denken, an die Kautschukregenerierung, an Aluminium, an den Ersatz des Linoleums. Solche Fortschritte müssen freilich täglich neu erkämpft werden, denn sie können nicht einem Volke vorbehalten bleiben. Dazu muß die Erkenntnis im deutschen Volke kommen, daß es selbst in jedem einzelnen seiner Glieder mitwirken kann und muß an einer sinnvollen Gestaltung seiner Handelsbeziehungen. Es ist unmöglich, die deutsche Handelspolitik so umzustellen, daß Deutschland nicht mehr in einem aktiven Gütertausch etwa mit Italien und Spanien stehen könnte. Aber damit ist nicht gesagt, daß die Einfuhr ausländischer Fertigwaren und Genußmittel unbegrenzt weiter-

gehen soll. Ein Volk in der Lage des deutschen kann es sich nicht ohne Schaden leisten, hohe Werte für solche ausländischen Waren immer wieder ins Ausland fließen zu lassen, die es ausreichend selbst erzeugen kann. Aber anderseits darf etwa die Landwirtschaft auf solche nationale Pflicht nicht pochen, ehe sie nicht selbst alles getan hat, um Ware gleicher Güte herzustellen.

Eine solche Entwicklung unserer Ein- und Ausfuhr ist freilich nicht nur Sache des guten Willens und der technischen Leistung, sondern hat vor allem Voraussetzungen auf dem Gebiete der Kapitalversorgung. Um Industrie und Landwirtschaft zu entwickeln, brauchen wir Kapital, und je weniger wir davon haben, desto höher ist sein Preis, der Zins, der an das Ausland zu bezahlen ist, desto geringer der Anteil, der vom Sozialprodukt auf Arbeitslohn entfallen kann. Man mag dies sittlich bedauern, ökonomisch erzwingt das Kapital seinen Dienst. Darum ist die Kapitalbildung ein unerläßliches Erfordernis für die Gesamtheit unserer Wirtschaft und unseres Volkes, und so ist es notwendig, die Kapitalbildung überall zu fördern und die Produktion zu verbilligen, die Ausfuhr zu erleichtern, den Wettbewerb mit ausländischer Einfuhr auch im Preise aufnehmen zu können, Anlagen im Auslande zu schaffen, den Kapitaldienst zu ermäßigen, den Anteil der Arbeit am gemeinsamen Erzeugnis zu steigern.

Die deutsche Zahlungsbilanz ist gegenwärtig, wie wir gesehen haben, in starkem Maße passiv. Vom Ausgleich durch ausländische Anleihen ist die Entwicklung im letzten Jahre stark zum Ausgleich durch Erwerb deutschen Eigentums im Ausland übergegangen. Noch ist der Einfluß des Auslandes auf einige Industrien beschränkt. Noch hält auch in ihr Vorteil — wie er in der Kapitalzufuhr und in der Interessierung des Auslandes liegt — sich zumeist mit Nachteil — wie aus stärkerem Einfluß in der Führung der Betriebe besorgt werden kann — zumeist die Waagschale. Eine Formel für diese Abwägung gibt es nicht. Sie ist verschieden, je

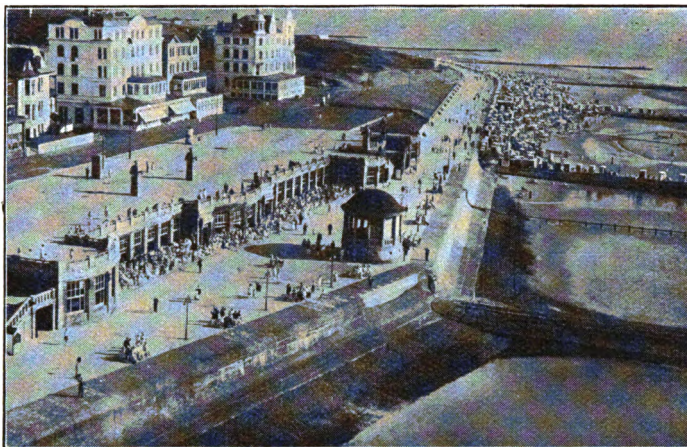
nach Umfang und Art des fremden Kapitaleinflusses, nicht zuletzt auch nach der persönlichen Stärke der Führer. Wachsamkeit ist gewiß nötig, aber nötiger noch als Wachsamkeit ist die Vorsorge dafür, daß dringender Kapitalbedarf aus Deutschland selbst allmählich wieder befriedigt werden kann. Eine echte, nicht nur geborgte Aktivierung der deutschen Zahlungsbilanz erscheint nicht unmöglich. Wohl mag man auf handelspolitische Hemmnisse hinweisen, auf billige Rohstoffe und billige Arbeitskräfte im Ausland, neuentstehende Industrien dort und das ganze Rüstzeug nationalistischer Industriepolitik; und die Gefahr, daß die Höchststeigerung deutscher Ausfuhr nur aus einer schwer zu ertragenden Senkung der Lebenshaltung erreichbar sein würde, die selbst wieder Abschließungsbestrebungen im Auslande stärken würde, ist eine ernste Sorge, vielleicht — rein wirtschaftlich — die Sorge. Dennoch haben wir die Pflicht zu arbeiten und nicht zu verzweifeln. Erweiterung des Weltmarkts, Aufschließung neuer Länder, die Möglichkeit neuer, auch wirtschaftlich hochwertiger Fortschritte der deutschen Technik, Möglichkeiten persönlicher deutscher Leistungen im Auslande, an deren Ertrag die Heimat teilhat, zeigen, daß Deutschland nur dann verloren ist, wenn es sich selbst in Resignation aufgibt, gleichviel wie stimmungsgemäß diese Resignation sich gibt. Hoffnung und Antrieb muß es sein, daß eine Aktivierung unserer äußeren Wirtschaftsbilanz in diesem Sinne zum guten Teil eine Frage der Bilanz unserer inneren Wirtschaftskräfte ist, des technischen Verstandes, des Arbeitswillens, der politischen Einsicht und nicht zuletzt der sittlichen Kraft.

Die Nordsee

Von Studiendirektor Peter Zylmann, Berlin

Ihr wechselndes Gesicht trägt viele Züge: leuchtend strahlt sie wie eine kostbare silberne Schale; sanft gleitet ihre grüne Dünung in langen Atemzügen; unwillig zerfurchen zackige Kämme ihre weiten Flächen; schwarz türmen sich drohende Wogen zu Bergen: oft ohne Übergang in schnellem Wechsel, wie es dem Nordwest beliebt, der unberechenbar ihr ewig im Nacken sitzt. Der große Puls des Weltmeeres verfängt sich hier, in diesem flachen Wasserwinkel, und verspielt seine Macht in sich widerstrebenden Kurzbewegungen.

Ein endloser grüner Wall fängt den Anprall der See auf und schützt das hinter ihm verborgene flache Land gegen ihre unberechenbaren Gelüste. In tausendjähriger Arbeit hat das friesische Volk gelernt, seine stillen, fruchtschweren Marschen mit ihren einsamen, langgelagerten Höfen und den zerwitterten Kirchen gegen den immer drohenden Überfall zu schützen. Die Geschichte der friesischen Seedeiche ist eine Chronik immer wiederkehrenden Unterganges; Deichbrüche ohne Zahl durch ein Jahrtausend gaben den eisigen Winterfluten freie Bahn; sie rissen den Grund in Fetzen, zerwühlten weite Flächen, schwemmten Haus und Habe fort und brachten einen raschen, nassen Tod. Doch was der Bauer im Großen verlor, das holte er sich schrittweise wieder, und die im Rauben und Spenden gleich großartige See half ihm dabei; jede Flut lagerte neue dünne Schichten Schlammes ab, bis sie deichreif und durch eine neue grüne Wehr gesichert wurden. So ist das ganze, endlos sich erstreckende Gestade, vom Rheine bis nach Jütland, ein nie sich gleiches, im Kampfe stets heiß umstrittenes Gebiet gewesen, das einen zähen, harten Menschenschlag erzog, mit



Wandelhalle mit Bürgermeister Kieviet-Strand-Promenade



Promenade

Nordseebad Borkum

starken Eigenzügen, nicht leicht dem flüchtigen Besucher aufgeschlossen, langsam und rasch zugleich; nicht ohne Schatten und tiefe Widersprüche, und im Besitze mancher halbverborgener Kräfte. Der Nordseeküstenmensch hält zäh am Alten, wurzelt fest in seinem Boden, und hat doch eine unstillbare Sehnsucht in die Weite; in allen Kontinenten



Photo Elite, Norderney

Der unmittelbar an den Ort anschließende ausgedehnte Burgen- und Korbstrand von Norderney

wohnen seine Söhne, auf allen Meeren fühlt er sich zu Hause.

Geformt ist dieser unruhvolle Drang am eindrucksvollsten in dem Geist der Hanseaten, der nicht nur im Mittelalter willensstark und tüchtig der Nordsee den Namen des deutschen Meeres erwarb, der auch in einer schweren Gegenwart unserm Volke die Weltgesinnung und die große Geltung wesentlich miterhielt. Kein Zweig der deutschen Wirtschaft ist in dem großen Zusammenbruche des verlorenen Weltkrieges so nahe am Untergange vorbeigegangen wie die deut-

sche Schifffahrt; auch wenn das Reich in richtiger Erkenntnis der Gefahr mit großen Opfern zur Hilfe kam, so bleibt der rasche Wiederaufstieg unserer Seefahrt, unseres Handels, der in engen Maschen über die ganze Erde sich erstreckte, in erster Linie doch die Tat der Nordseestädte. In ihnen wurde das Vertrauen der großen Wirtschaftsmächte der



Photo Elite, Norderney

Segelregatta vor Norderney

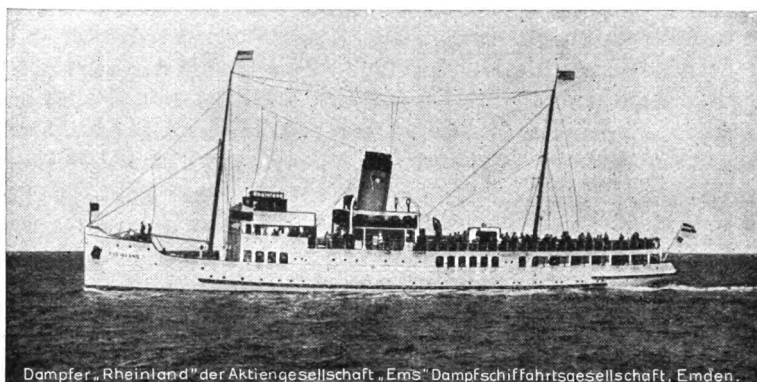
Welt wie ein Kleinod durch den Krieg und die folgende wirre Zeit gerettet und als ein Hauptposten in den Wiederaufbau eingebracht. Fast sind die bösen Zeiten schon vergessen, wo Tausende von Seeleuten tatenlos zu Hause saßen und trübselig ihr Garn spannen; wo unendlich große Speicher und weite Häfen in gespenstischer Leere an frühere hohe Schaffenszeiten mahnten. Heute steht der Seemann wieder an Ruder und Ankerspill und führt die schönsten und neuesten Schiffe der Welt frachtbeladen auf den Großstraßen des Handels, und an Helgoland, dem einsamen Verkehrsturm

der deutschen See, zieht das Leben wieder in unendlichem Strome kraftvoll vorüber.

Ein wesentliches Stück der Wirtschaft an der Nordsee ist die Hochseefischerei. Zwar sind die südlichen Gebiete längst fischarm geworden, so daß die küstennahe Fischerei um ihre alte Bedeutung kam; heute müssen starke Schiffe zum Frischfisch- und zum Heringsfang entfernte Gebiete, bis unter die mitternächtliche Sonne befahren, wenn sie mit reichem Fange heimkehren wollen. Die Fischerei gibt Tausenden ein schweres, aber gutes Brot und schafft dem Volke eine unentbehrliche Nahrung, und doch ist sie bei weitem noch nicht imstande, den Bedarf zu befriedigen und die kostspielige Einfuhr ausländischer Ware unentbehrlich zu machen. Es ist noch ein weiter Weg bis zur Eigendeckung des Bedarfs, und viele Hindernisse stehen noch im Wege. Doch ist zu hoffen, daß die Entwicklung auch hier noch nicht zu Ende ist.

Der Rückgang der Küstenfischerei und der Kleinschiffahrt hätte einem wertvollen Teile der Bevölkerung zum Verhängnis werden können, wenn nicht in derselben Zeit der Aufstieg eines neuen Wirtschaftszweiges sich vollzogen hätte: des Bädergewerbes. Die ältesten Bäder sind zwar über hundert Jahre alt, nach dem Vorbilde Englands und des Heiligen Dammes an der Ostsee entstand damals schon das erste Bad auf Norderney, das noch heute die unbestrittene Führung hat. Ein steiler Aufstieg vollzog sich aber erst in den beiden letzten Menschenaltern, als wirtschaftliche Blüte sich verband mit einem neuen Begriffe des Lebens. Das Anwachsen der großen Städte, die Entwicklung der die Menschen stark beanspruchenden Industrie forderte zur Gegenwirkung und aus Selbsterhaltung stärkere Erholung in einer gesunden, reinen und großen Natur. Die neue Entdeckung des Körpers, diese wunderbare Renaissance des Lebens mit ihrer fast triebhaften Macht und einer neuen, ehrlichen Gesinnung riß die Menschen aus den vergasteten Städten in die einfache, große und stille Natur zurück; daraus haben auch

die Nordseeinseln ihren Nutzen gezogen und sich in ungeahnter Weise zu Gesundungsstätten unseres Volkes entwickelt. Und nicht nur der Reiche, Zahlungskräftige weitet heute seine Lungen an der See, läßt sich von der belebenden Brandungswoge tragen: zahllose Kinderheime der großen Städte und der Industrie, Heilstätten aller Art gewähren auch dem Schwachen heute Erholung, Gesundung und Lebensfreude. Viele Kinder, hingesandt aus dem Gefühl



sozialer Verpflichtung, erleben zum ersten Male in ihrem kurzen Leben, was Jugend und Freude heißt, in dem reinen Sand des Strandes, unter dem übermächtigen Lichte des sommerlichen Nordseehimmels.

Noch kennen wir die Nordseebäder fast nur als sommerlichen Aufenthalt, es ist noch nicht genug ins Bewußtsein der Erholungssuchenden gedrungen, daß auch im Winter eine milde, weiche Luft dort Stärkung und Gesundung bringt, daß es nicht nötig ist, den Süden aufzusuchen. Die Zentralheizung des Golfstromes hat sogar manchen Mittelmeerpflanzen ermöglicht, bis zu den Nordseeinseln vorzudringen, und um Weihnachten erblüht dort noch die Rose.

Das deutsche Nordseegebiet ist ein Lebensraum ausgepräg-

tester Art; in seiner Stärke hat es nur im Hochgebirge seinen Widerpart.

Meer, Küstenland und Himmel liegen hier in weiten Flächen, große Stimmungen sind über sie gebreitet, mit jähem Übergängen. Ebbe und Flut, Sturm und Stille, Wolken, Menschenseelen und Stimmung haben den gleichen großen Rhythmus; und der Mensch dort hat sich mit seinem Schaffen und seiner Gesinnung, mit seinem harten Zugriff und seiner großen Gelassenheit, nicht nur im Guten, auch in manchen dunklen Zügen, sinnvoll in diesen Rhythmus eingeordnet.

Das Nordsee-Erlebnis ist zu jeder Zeit, in jeder Stimmung etwas Großes, und diese Natur- und Lebenseinheit in ihrer Tiefe zu erfühlen, in ihren Untergründen zu ahnen, heißt, ein wesentliches Stück unseres deutschen Landes erleben und lieben zu lernen.

Das deutsche Bankwesen

Von Maximilian Müller-Jabusch

Eine Vorbemerkung: Es soll im folgenden nur von den Kreditbanken die Rede sein, von den öffentlichen Banken dagegen, den Genossenschaften, den Hypothekenbanken und Sparkassen nur so weit, wie sie das eigentliche Arbeitsgebiet der Kreditbanken berühren, was in der Zeit nach dem Kriege allerdings häufig genug der Fall gewesen ist und was auch zu Auseinandersetzungen zwischen den Parteien geführt hat. Merkwürdig ist es allerdings nicht, daß solche Überschreitungen des früher vorgeschriebenen Tätigkeitsgebietes vorgekommen sind und vorkommen, die Kapitalarmut veranlaßt schließlich jedes Institut, immer neue Wege der Geldwerbung zu suchen und Gelder, die bisher im Sparstrumpf brachlagen, auch in kleinen und kleinsten Beträgen anzulocken, um sie der Volkswirtschaft zur Verfügung zu stellen. Dabei entsteht selbstverständlich Konkurrenz zwischen den einzelnen Gruppen, die man höchstens durch Gruppenabkommen mildern kann, die aber immer wieder auflebt, wenn neue Wege beschritten werden, vor einigen Jahren zum Beispiel, als die Kreditbanken begannen, Sparkonten einzurichten, im letzten Jahr, als die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft das Agentensystem begann und den englischen Typ des Sparbriefes auf deutsche Verhältnisse übertrug.

Zur Kapitalarmut kommt die Strukturwandlung des gesamten Bankgewerbes. Die Vorkriegszeit zeigt folgendes Bild: Die Berliner Großbanken haben bereits die beherrschende Position innerhalb des Bankgewerbes. Schon seit der Mitte der neunziger Jahre haben sie einen Aufsaugungsprozeß begonnen und haben Provinzbanken übernommen

und in Filialen umgewandelt. Aber die Zahl dieser Filialen läßt sich noch nicht im entferntesten mit dem heutigen riesigen Filialnetz der Großbanken vergleichen. Daneben geht eine andere Form der Interessennahme der Großbanken im Reich, die maßgebliche, manchmal sogar die vollständige Übernahme des Kapitals großer Provinzinstitute. In der Form der Übernahme des Kapitals hatte sich zum Beispiel die Disconto-Gesellschaft die Norddeutsche Bank in Hamburg und den A. Schaaffhausenschen Bankverein in Köln angegliedert. In der Form von Beteiligungen hatte die Deutsche Bank die Bergisch-Märkische Bank, die Württembergische Vereinsbank, die Hannoversche Bank, den Schlesischen Bankverein und andere Institute in ihren Interessenskreis gezogen. Die volle Aufnahme dieser Institute — deren Namen man übrigens der Tradition und Werbekraft wegen oft bestehen ließ — begann erst nach dem Kriege und hat ihr Ende erst mit dem Zusammenschluß der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft 1929 gefunden, denn damals wurden auch der A. Schaaffhausensche Bankverein, die Norddeutsche Bank, die Süddeutsche Disconto-Gesellschaft und die Rheinische Creditbank mit fusioniert.

Diese Konzentrationsbewegung hat natürlich die Vormachtstellung der Großbanken erheblich gestärkt, aber man darf nicht vergessen, daß diese Stärkung doch nur relativ ist. Die jetzigen drei D-Banken, also Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Dresdener Bank und Darmstädter und Nationalbank hatten vor dem Kriege ein Kapital von 1 Milliarde Goldmark. Kaum ein Gewerbe ist aber von der Inflation so getroffen worden wie das Bankgewerbe. Wer mit leicht verderblicher Ware handelt, schwebt immer in größter Gefahr. Niemals hat aber jemand mit so leicht verderblicher Ware gehandelt wie die deutschen Banken und Bankiers mit der Ware Papiermark. Flucht in die Sachwerte, Kapitalflucht ins Ausland kamen selbstverständlich nicht in Betracht, und das Resultat war ein gewaltiger Substanzverlust. Die D-Banken hatten nach der Goldmarkumstellung nur

noch ein Kapital von 388 Millionen Reichsmark. Der Schwund der stillen Reserven findet in diesen Ziffern noch keinen Ausdruck, ebensowenig der durch den Konzentrationsprozeß vergrößerte Apparat. Dazu kam aber noch ein in der Inflation ungeheuerlich aufgeblähter Beamtenkörper — die Deutsche Bank hatte in der Inflation mehr als 40 000, vor der Fusion mit der Disconto-Gesellschaft aber nur noch 13 000 Beamte — und eine Belastung mit unproduktiven Ausgaben, die durch die Aufwertungsarbeiten zu leisten waren. Daß im Kriege Auslandsstützpunkte und Auslandsbeziehungen verlorengegangen waren, die mühsam ersetzt und neu angebahnt werden mußten, kommt weiter hinzu. Was hier von den D-Banken gesagt ist, gilt mit geringen Abweichungen auch für die mittleren und kleineren Banken und die Privatbankiers. Auch hier ist der Kapitalverlust und der Zwang, unproduktiv zu arbeiten, groß gewesen. Die Inflation hat aber noch weiteren Unsegen über das Bankgewerbe gebracht. Neugründungen schossen wie Pilze aus der Erde, nicht nur Privatbankfirmen, sondern auch Spezialbanken für einzelne Gewerbe und einzelne Berufe, so daß nicht nur personalmäßig, sondern auch firmenmäßig das Bankgewerbe ungeheuer übersetzt war. Der Rückbildungsprozeß war unausbleiblich. Er war notwendig für alle Kategorien. Bei den Großbanken, denen hauptsächlich die Konkurrenz ihrer vielen Filialniederlassungen untereinander Sorge bereitete, erfolgte er durch die Fusion der Darmstädter Bank mit der Nationalbank, der Commerz-Bank mit der Privatbank und weiter mit der Mitteldeutschen Kreditbank und schließlich durch die letzte Fusion, die noch ganz andere Größenordnungen vereinigte, die Vereinigung der Deutschen Bank mit der Disconto-Gesellschaft. Der Rückbildungsprozeß bei den Spezialbanken und im Privatgewerbe ist dauernd vor sich gegangen, vorübergehend aufgehalten durch die übersteigerte Börsenhausse des Jahres 1926, außerordentlich beschleunigt durch das Krisenjahr 1929. Die Zusammenbrüche der Privatbankfirmen und Beamtenbanken

sind ja noch in frischer Erinnerung. Ich muß mit allem Nachdruck betonen, daß diese Krise eine Reinigungskrise war, die vielleicht zwar noch nicht beendet ist, aber doch schon viel gesündere Verhältnisse geschaffen hat. Am Ende der Nöte ist man freilich noch nicht angekommen.

Allerdings sind die Kreditoren der Monatsbilanzen veröffentlichenden deutschen Aktienbanken von 8,4 Milliarden Goldmark im Jahre 1914 auf 14,2 Milliarden Reichsmark Ende November 1929 gestiegen. Aber Dr. Georg Solmssen hat kürzlich folgendes mitgeteilt: „Den deutschen D-Banken waren vor dem Weltkrieg 53,25% ihres Bruttoertragnisses als Nettogewinn verblieben, in den Jahren 1927 und 1928 nur 18,4%. Der Betriebskoeffizient, der im Jahre 1913 nur 46,75% betragen hatte, stieg in den Jahren 1927 und 1928 auf 81,5% und 81,6%. Während der Rohgewinn des Jahres 1928 sich, verglichen mit dem des Jahres 1913, nicht ganz verdoppelt hat, haben sich die Steuern vervierfacht und die sonstigen Lasten verdreifacht, so daß der Reingewinn nur noch 65% desjenigen des Jahres 1913 beträgt.“ Diese Erscheinung ist allerdings international, aber nirgends in demselben Maße wie in Deutschland vorhanden. Die Banken haben dieser Erscheinung durch Rationalisierungsmaßnahmen entgegenzuwirken versucht. Sie haben dabei auch Erfolge gehabt. So teilt Dr. Solmssen wiederum mit, daß bei der Disconto-Gesellschaft im Jahre 1928 das dreieinhalbfache von Wechseln mit einem Büropersonal von 38 Personen erledigt wurde, für das 1914 30 Beamte nötig waren, das fünffache an Schecks mit 18 Beamten gegen 21 Beamte im Jahre 1914 und das anderthalbfache an Devisen mit 175 Beamten gegen 300 Beamte im Jahre 1914. Trotzdem ist auch diese innere Rationalisierung, die zum Teil durch verbesserte Methoden und Durchmaschinisierung herbeigeführt werden konnte, noch nicht beendet. Der höhere Bestand an fremden Einlagen darf ebenfalls nicht zu Fehlschlüssen verleiten, denn von den 14,2 Milliarden entstammt nur die knappe Hälfte innerdeutscher Kapitalbildung, der Rest ist

Auslandsgeld. Dieses Auslandsgeld heranzuziehen, war allerdings eine der ersten und wichtigsten Aufgaben der deutschen Banken, denn das Vertrauen, das vor allem die großen Banken, die Aktienbanken wie die Privatfirmen genossen, war geblieben. Die hohen Zinssätze in Deutschland lockten natürlich an, aber die natürlichen Vermittler des anlagesuchenden Auslandskapitals sind die Banken, deren Kenntnis der Wirtschaft die Gewähr für die richtige Anlage des Geldes bildet. Das muß betont werden, obwohl es neuerdings Mode geworden ist, daß ausländische Geldgeber und deutsche Firmen bei der Aufnahme langfristiger Gelder direkte Zusammenarbeit suchen, eine Mode, die gewisse Gefahren in sich birgt, denn hier fehlt der ausgleichende, beiden Teilen gerecht werdende Faktor, wenn sich Differenzen ergeben. Solange Deutschland in der Lage war, Gelder im Ausland anzulegen, hat man stets nach dem Rezept gehandelt, den ausländischen Finanzier als vermittelnden Faktor heranzuziehen. Bei der Verschiedenheit der Rechtsverhältnisse, die am besten in der erheblich voneinander abweichenden Konstruktion der Aktiengesellschaften in Deutschland und im Ausland klargemacht werden kann, ist das eine Notwendigkeit. Die Herbeileitung des Auslandsgeldes ist eine Aufgabe von größter Schwierigkeit. Solange die Reparationsfrage nicht endgültig geregelt war, war das Auslandsgeld kurzfristig und sehr kurzfristig. Auf der anderen Seite brauchte die deutsche Wirtschaft Geld, das nicht die Tendenz hatte, sofort wieder abzufließen. Das Flüssigkeitsproblem, das damit den Banken erwuchs, und das sie veranlaßte, große Teile ihres Auslandsgeldes wieder zu niedrigen Zinsen im Auslande stehenzulassen, hatte den Gewinn erheblich beeinträchtigt und den Zins, den die deutsche Wirtschaft zu tragen hatte, trotzdem erhöht. Darunter litt vor allem die mittlere Industrie, für die Auslandsgeld auch unter Mitwirkung der Banken nur schwer zu haben war. Um dem Übel abzuhelpen, haben die Deutsche Bank und die Commerz- und Privatbank langfristige An-

leihen im Ausland aufgenommen. Einen weiteren Weg hat die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft durch Beteiligung an einem amerikanischen Investmenttrust gesucht. Vor allem geht aber die Tendenz dahin, das ausländische Kapital nicht nur zur Hergabe von Leihkapital zu festem Zins zu veranlassen, sondern eine verantwortliche Beteiligung mit ihrem Risiko, aber auch mit der Chance erhöhten Gewinnes durch Aktienübernahme herbeizuführen. Das ist das Programm, daß der DD-Bankdirektor, Dr. Kehl, auf der Düsseldorfer Tagung des Reichsverbandes der Industrie proklamierte.

In der Form verantwortlicher Beteiligung ist ausländisches Kapital in der Zeit der Anfänge und des Aufstieges der deutschen Industrie lange Jahrzehnte tätig gewesen, bis es durch einheimisches Kapital ersetzt werden konnte. Wieder dahin zu kommen, ist auch das selbstverständliche Fernziel aller Bankpolitik. Auf die Gegenwart angewendet, heißt das: Intensivierung der Kapitalbildung. Daher die Sparpropaganda im Programm der Kreditbanken. Sparkapital, wenn auch in geringen Mengen, wird heute nicht mehr in denselben Schichten gebildet wie früher. Wie vor Jahrzehnten die von der Deutschen Bank zuerst gegründeten Depositenkassen als Saugpumpen zu wirken begannen, so muß man jetzt neue Mittel suchen, um auch andere Gelder zu erfassen.

Die deutschen Banken haben vor dem Kriege ihre großen Aufgaben durch ihren Sondercharakter als sogenannte Universalbanken erfüllen können. Sie vereinigen das Depositen- und das Finanzgeschäft in sich. Diese Eigenschaft macht sie auch zur Mitwirkung bei der Reparationsregelung besonders geeignet. Die Bank für internationale Zahlungen, die durch den Youngplan gegründet wird, soll nach ihrem Programm sich im großen Ausmaß für die deutsche Wirtschaft betätigen. Sie wird es nur in Gemeinschaft mit den deutschen Banken können, oder die Investitionen, die sie in Deutschland machen soll, werden zum Teil Fehlinvestitionen sein.

Es ist bisher nicht von der Börse die Rede gewesen. Hier liegt ein Problem, das der Lösung noch harrt. Nach dem wüsten Taumel der Inflation, in der jeder spekulierte, um seine paar Papiermark wertbeständig zu erhalten, war es schwer, die notwendige psychologische Umstellung herbeizuführen. Die Hausse des Jahres 1926, die eine leider nur kurze Periode der Hochkonjunktur voraussah und ankurbelte, hat in ihrem Verlauf einen Rückfall in die Anschauungen der Inflationszeit bedeutet. Das trübe Ende ist bekannt. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Börse hat darunter schwer gelitten. Hier liegt noch eine Aufgabe, die allerdings mit viel Behutsamkeit angefaßt werden will.



Weberhaus in Seitendorf bei Zittau

Phot. Apelt

Von der Fürsorge zum kollektiven Arbeitsrecht

Von Reichsarbeitsminister Dr. h. c. Rudolf Wissell

Die Anfänge einer amtlichen Sozialpolitik im heutigen Wortsinne reichen in Deutschland etwa 100 Jahre zurück. Zwar hatte das Mittelalter in den Satzungen des Handwerks so manche fruchtbaren sozialen Gedanken entwickelt und in die Tat umzusetzen versucht. Aber im Laufe der Zeit waren diese Ansätze mit dem Verknöchern und Absterben der Zünfte, mit dem Aufkommen neuer Produktionsweisen und dem Hervortreten der liberalen, manchesterlichen Ideen mehr und mehr verlorengegangen. Die Motive, die in den ersten Zeiten des Frühkapitalismus zu sozialen Maßnahmen, insbesondere zu einer Beschränkung der Kinderarbeit Anlaß gaben, lagen weniger auf sozial-humanitärem, als vielmehr auf ausgesprochen staatspolitischem Gebiete. Man befürchtete bei der zunehmenden Gesundheitsschädigung der Arbeiter und ihrer Frauen und Kinder durch die übermäßige Ausbeutung in den Fabriken ein Zurückgehen der Wehrfähigkeit der Bevölkerung, eine Gefährdung des Heeresersatzes. Mußten doch damals Kinder im schulpflichtigen Alter in gefährlichen, ungesunden Betrieben zehn und mehr Stunden täglich arbeiten, um wenigstens einen bescheidenen Teil zu den sonst nicht aufzubringenden Kosten der Lebenshaltung der Familie beizusteuern, wurden schwangere Frauen bis zum Einsetzen der Wehen beschäftigt; Schutzvorschriften für die männlichen Arbeiter waren erst recht nicht vorhanden. Gleichzeitig drängten sich in den Städten der Industriebezirke immer größere Scharen von Arbeitern zusammen, häufig in Wohnungen, die allen hygienischen Mindestbedingungen Hohn sprachen. Diese Zustände

ließen allmählich in weiteren Kreisen die Erkenntnis reifen, daß die „soziale Frage“ keineswegs nur im Hinblick auf die äußere Machtstellung des Staates, sondern auch im Interesse seiner inneren Sicherheit zur Lösung drängte. So setzte in den Zeiten der Reichsgründung eine Ära von Fürsorgemaßnahmen für besonders hilfsbedürftige Kreise ein in Gestalt von gesetzlichen Schutzvorschriften für Kinder, Jugendliche, Frauen, Kranke und Invalide. Aber über eine „Fürsorge von oben“ für offenbare Notstände ist die amtliche Sozialpolitik der Vorkriegszeit gedanklich und praktisch kaum hinausgewachsen. Und das erklärt wohl auch, warum z. B. die kaiserliche Botschaft über die Sozialversicherung nicht überall den erwarteten freudigen Widerhall fand; denn eine Sozialpolitik, die von dem Gedanken einer Fürsorge ausgeht, den eine höhere, bevorzugte Schicht einer tieferstehenden Klasse minderen Rechts angedeihen läßt, wird nie eine wahre Volksgemeinschaft schaffen können, so günstig ihre Wirkungen im einzelnen auch sein mögen. Das gilt auch für eine Fürsorge, die äußerlich in Form einer Versicherung erscheint. Entscheidend ist vielmehr, ob das sittliche und moralische Recht der Arbeiterklasse auf Hebung ihrer Lebensbedingungen anerkannt und durch Besserung ihrer Rechtsstellung zu fördern gesucht wird. Und da tat die Sozialpolitik der Vorkriegszeit nicht den entscheidenden Schritt. Man überließ im wesentlichen den gesunden Arbeiter sich selber, so daß er als einzelner, selbständiger Vertragspartner dem Unternehmer gegenüberstand. Man glaubte, daß man dem Grundsatz der Gerechtigkeit Genüge leistete, wenn man Arbeitnehmer und Arbeitgeber in der Freiheit des Vertragsschlusses formell gleichstellte. Man übersah dabei oder wollte übersehen, daß die scheinbare Freiheit des Arbeitnehmers tatsächlich die größte Unfreiheit war, daß hinter ihm Not und Hunger standen, die ihn zu einem unbilligen Verkauf seiner Arbeitskraft an den wirtschaftlich so ungleich mächtigeren Arbeitgeber zwangen. Wollte man also nicht nur scheinbare, sondern wirkliche

Entschlußfreiheit und Gleichstellung der Parteien des Arbeitsverhältnisses schaffen, so mußte der Staat das „Recht der Schwächeren“ anerkennen und daraus die Folgerungen ziehen. Die trotz aller Hinderungsversuche immer mächtiger anwachsende Gewerkschaftsbewegung suchte dieser neuen Idee den Weg zu bereiten. Aber die Widerstände waren so stark, daß sie bei ruhiger Entwicklung vielleicht Jahrzehnte zu ihrer Überwindung gebraucht hätte. Der Ausbruch des Weltkrieges, der auf der einen Seite zunächst ein Stocken der sozialen Gesetzgebung, ja die Außerkraftsetzung mancher mühsam durchgesetzten Bestimmung brachte, führte andererseits zu einer zunehmenden Anerkennung und Mitbeteiligung der Gewerkschaften bei der Durchführung der inneren Kriegsaufgaben und damit zu einem Erstarken des Einflusses der Arbeiterschaft. Die Staatsumwälzung schuf dann rechtlich freie Bahn für eine weitere Entwicklung des sozialen Gedankens: Auf politischem Gebiet die Abschaffung jeder rechtlichen und staatsbürgerlichen Beschränkung der minderbemittelten Klassen, in sozialer Hinsicht die gleichberechtigte Mitwirkung des Arbeitnehmers an der Regelung seiner Arbeitsbedingungen, die Möglichkeit zur aktiven, wirksamen Teilnahme an der Gestaltung seiner Lebensverhältnisse. Die Verfassung von Weimar schuf die rechtlichen Grundlagen, auf denen das neue Gebäude der deutschen Sozialpolitik errichtet werden konnte, in dem Fürsorge sich in Recht verwandeln, Individualrecht durch Kollektivrecht ersetzt, Vermögensrecht in Menschenrecht umgeformt werden mußte. Unter den ungünstigsten Bedingungen mußte diese Arbeit an der Gestaltung des neuen deutschen Sozialrechts begonnen werden. In einer Zeit, in der nach dem Zusammenbruch des alten Systems der neue Staat unter den größten inneren Wirren gezimmert und mit den Siegermächten um die Friedensbedingungen gerungen werden mußte, in der die Störung des wirtschaftlichen Lebens durch Kriegswirtschaft und Blockade einen fast unerträglichen Höhepunkt erreicht hatte, drängten gleichzeitig Mil-

lionen von Arbeitnehmern aus den Heeresverbänden heraus und suchten Arbeit. Es liegt auf der Hand, daß diese Jahre zu einer ruhigen gesetzgeberischen Arbeit wenig geeignet waren, ebenso wie die Zeiten der Inflation, der Ruhrbesetzung, der inneren Unruhen und schließlich der Stabilisierung. Die Tagesaufgaben waren damals so vielfältig und dringend, daß Parlament und Zentralbehörden fast völlig damit ausgefüllt waren. Es muß beinahe wundernehmen, daß es trotz der „Inflation“ an nur aus den Bedürfnissen des Augenblicks geborenen Gesetzen und Verordnungen gelang, auch eine Reihe von Gesetzeswerken zu schaffen, die neue Ideen der Sozialpolitik in die Tat umsetzten und sich als wertvolle Bestandteile des deutschen Sozialrechts bewährt haben. Ich will hier nur die Erwerbslosenfürsorge, die Arbeitszeitbestimmungen (bis zum Umsturz gab es allgemein gültige Bestimmungen über die Höchstarbeitszeit erwachsener männlicher Arbeiter überhaupt noch nicht), die Tarifvertragsverordnung, das Betriebsrätegesetz und die Schlichtungsverordnung erwähnen. 1926 schloß sich nach einer gewissen Konsolidierung der Gesetzgebungsarbeit das Arbeitsgerichtsgesetz an. Gerade in diesen arbeitsrechtlichen Gesetzen tritt die neuzeitliche Umstellung vom Arbeitsvertrage des einzelnen zum Tarifvertrage, vom individuellen zum kollektiven Arbeitsrecht besonders deutlich zutage. Auch der Übergang vom alten Vermögensrecht zum Menschenrecht kündigt sich darin an, ebenso wie die Ansätze zu einer demokratischen Betriebsverfassung.

Die gleichberechtigte Mitwirkung des Arbeitnehmers bei der Gestaltung seiner Arbeitsbedingungen, der der Weg gebahnet wurde, ist aber zunächst eigentlich nur etwas Formales, ein bloßer Rahmen, der erst mit einem Inhalt gefüllt werden mußte. Und da war es dann selbstverständlich, daß ein Staat wirklicher Arbeitsdemokratie seinen „Arbeitsbürgern“ vor allem die Sicherung ihrer Existenz zu schaffen suchte, ein wirkliches Recht auf Lebensunterhalt in allen Fällen, in denen der einzelne schuldlos an der Verwertung

seiner Arbeitskraft verhindert ist. In diesem Gedanken wurde die alte Sozialversicherung ausgebaut, wurden die Gebiete der Unfall- und Krankenversicherung erweitert, wurden die Pensionen im Bergbau den hohen Anforderungen und dem frühzeitigen Kräfteverbrauch dieses Berufs angepaßt. Vor allem trat bei den Arbeiten an der Neugestaltung der Sozialversicherung der Gedanke der Schadensverhütung an Stelle der bloßen Schadensvergütung in den Vordergrund. So wurden Vorbeugungsmaßnahmen gegen Unfälle getroffen, der Betriebsschutz ausgebaut, umfassende gewerbehygienische Untersuchungen eingeleitet. Heilfürsorge, Umschulung, Berufsberatung wurde in den Dienst der Aufgabe gestellt, die dennoch von Unfall oder Krankheit Betroffenen — soweit irgendmöglich — wieder in das Berufsleben einzugliedern.

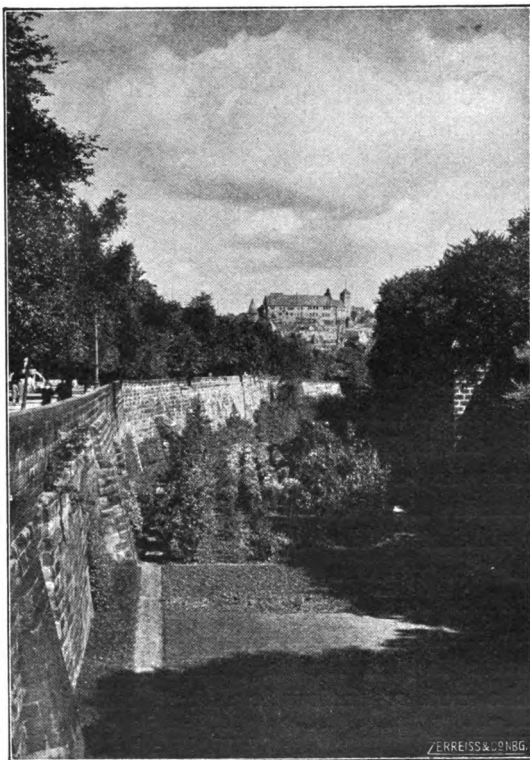
Neben der Bedrohung der Arbeiterexistenz durch verminderte oder gar zerstörte Erwerbsfähigkeit war im Verlauf der Entwicklung ein anderes Gefahrenmoment immer mächtiger geworden: die fehlende Arbeitsgelegenheit. Arbeitslosigkeit — solange dieser ständige und vielleicht schrecklichste Druck des Arbeitnehmerlebens nicht gemildert war, solange konnte von einem „Recht des Arbeiters auf Existenz“ noch nicht gesprochen werden. Man hat der Arbeitslosigkeit, die durch die Kriegsfolgen eine furchtbare Entwicklung nahm, in den Nachkriegsjahren vorbeugend und heilend zu begegnen versucht. Eine großzügige Organisation der Arbeitsvermittlung hat die Reibungen und Stockungen auf dem Arbeitsmarkt verringert. Neuaufbau der Berufsberatung, Regelung der Berufsausbildung dienten dazu, die Bedürfnisse des Arbeiters und die der Arbeit einander zu nähern. Mit den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge und durch behördliche Arbeitsbeschaffung konnte ein kleiner Schritt zu dem großen Ziele getan werden, dem Arbeitssuchenden nicht allein Brot, sondern auch Arbeit zu geben. Vor allem aber ist mit der Einführung der Arbeitslosenversicherung vor 2½ Jahren versucht worden, die bis dahin be-

stehende Lücke im System der deutschen Sozialversicherung zu schließen. Gerade die Einführung der Arbeitslosenversicherung, die die Erwerbslosenfürsorge ablöste und einen Rechtsanspruch auf Unterstützung schuf, ist bemerkenswert als Markstein auf dem Wege von der alten Fürsorgeidee zum modernen Rechtsgedanken. Es würde zu weit führen, hier im einzelnen die Entwicklung der Sozialpolitik der Nachkriegszeit darzustellen und an den wichtigen Gesetzen ihre Motive und Entwicklungstendenzen aufzuzeigen. Nur auf ein Gebiet will ich noch hinweisen, das der modernen Auffassung entsprechend mehr und mehr aus einer Domäne des Vermögensrechts zu einer Aufgabe sozialen Menschenrechtes geworden ist, ich meine den Wohnungsbau. Wer einmal eine der neuen, auf gemeinnütziger Grundlage errichteten Großsiedlungen durchwandert und sie vergleicht mit den Mietskasernen früherer Bauperioden, der wird zugeben müssen, daß hier trotz all der sattem bekannten Schwierigkeiten ein großer Fortschritt erzielt ist. In den Großsiedlungen fügen sich Hunderte von Wohnungen bewußt zu einer organischen Einheit zusammen — sehr im Gegensatz zu den Mietskasernen mit ihren traurigen Höfen und Hinterhäusern. Liegt nicht auch hierin ein Sieg des Kollektivprinzips?

Wer die Geschichte der Sozialpolitik kennt, weiß, daß jeder, auch der kleinste Fortschritt nur gegen heftige Widerstände durchzusetzen war — Widerstände, die häufig nicht nur von solchen Kreisen ausgingen, die an der Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes interessiert waren, sondern auch von Gelehrten und Politikern, die ehrlich, wenn auch auf falschem Wege, den Fortschritt suchten. So kann es nicht wundernehmen, daß in der Nachkriegszeit die Entwicklung sich gleichfalls nur unter Reibungen vollzogen hat. Gerade in letzter Zeit sind kleine und große Propheten aufgetreten, die von völligen Irrwegen unserer Sozialpolitik reden. Sie haben davon gesprochen, daß unsere Sozialgesetzgebung die arbeitenden Schichten völlig verweichliche, ihren Arbeitswillen und ihre Selbstverantwortung lähme, aus ihnen

eine Art von Staatsrentnern mache und ihre Moral untergrabe. Man muß den Dingen schon recht fern stehen, um sie so zu betrachten. Vielleicht spielt bei manchen Kritikern eine gewisse Resignation eine Rolle, weil alle Sozialpolitik Not und Elend nicht hat aus der Welt schaffen können. Aber wie würde es um Deutschland stehen ohne unsere Sozialgesetzgebung? Wie hätte es Nachkriegswirren und Inflation überstehen sollen? Wie würde vor allem die Lage der arbeitenden Klassen sein, die schon im reichen Vorkriegsdeutschland nicht auf Rosen gebettet waren? Es gibt außer der Warenökonomie auch eine Menschenökonomie, der der Primat zukommen muß. Und neben allen Erwägungen menschlicher, ethischer, kultureller Art gebietet die Menschenökonomie, die menschliche Arbeitskraft zu schützen, auch wenn dies der Wirtschaft scheinbare „Lasten“ auferlegt. In Wirklichkeit sind die Aufwendungen für Schutz und Erhaltung von Gesundheit und Arbeitskraft höchst produktive Ausgaben, die sich auf die Dauer für die Allgemeinheit mehr als bezahlt machen. Und die Gewährung von ausreichenden Unterstützungen an die arbeitslosen und arbeitsunfähigen Menschen ist nicht nur ein selbstverständliches Gebot der Menschlichkeit, sondern die Aufrechterhaltung einer wenn auch verminderten Kaufkraft dieser Massen bedeutet für den inneren Markt geradezu eine Lebensfrage. Und darf man die Sozialversicherung etwa deshalb ablehnen, weil in ihr Mißbräuche vorkommen? Ist denn etwa die Privatversicherung frei von Mißbräuchen, sind dort die Verwaltungskosten geringer? Jede unvoreingenommene Prüfung ergibt, daß das nicht der Fall ist. Die Sozialversicherung, die den Arbeiter vor den unvermeidlichen Wechselfällen des Lebens schützt, ist auch von hohem ethischen Wert. In ihr kommt der Gedanke des solidarischen Eintretens der Starken für die Schwachen, der Glücklichen für die Unglücklichen zur praktischen Wirkung. Groß und unersetzlich sind ihre Leistungen auf sozialhygienischem Gebiet und für den Wohnungsbau. Nein, unsere Sozialpolitik ist auf dem richtigen Wege, und

diese Überzeugung gibt uns Mut, mit allen Kräften an ihrem Ausbau, ihrer Vervollkommnung weiterzuarbeiten. Es gilt, die großen Verheißungen der Reichsverfassung einzulösen, die die Schaffung eines einheitlichen Gesetzbuches der Arbeit durch das Reich verspricht. Vorrang von Leben, Gesundheit und Arbeitskraft vor allen Vermögensinteressen, das ist das Ziel, das sich das neue soziale Menschenrecht setzen muß!



Nürnberg

Danzigs deutsche Kultur

Von Museumsdirektor Dr. Keyser, Danzig

Die gewaltsame Abtrennung Danzigs vom Deutschen Reiche gegen den mehrfach bekannten Willen seiner Bevölkerung, seine zwangsweise Einverleibung in das polnische Zoll- und Wirtschaftsgebiet und die wiederholten Versuche Polens, in Schrift und Wort, auf internationalen Tagungen und in der Welpresse, Danzig als eine mit Polen eng verbundene und ihm seit alters zugehörnde Stadt hinzustellen, haben im Auslande und leider auch bei den Kreisen des deutschen Volkes, die dem Osten ferner stehen, die Meinung aufgenommen lassen, daß Danzigs deutsche Kultur durch jene Vorgänge gemindert, zum mindesten erheblich bedroht wäre. Nicht selten wird auf Anschriften, die für Danzig bestimmt sind, der polnische Name Gdansk angewandt oder gar die Kenntnis der polnischen Sprache bei der Danziger Bevölkerung vorausgesetzt. Gegenüber solchen Zumutungen muß immer wieder betont werden, daß die politischen Veränderungen das Deutschtum Danzigs in keiner Weise berührt haben. Die vielen Zehntausende von Reichsdeutschen und Ausländern, die alljährlich die schöne alte Hansestadt an der Weichselmündung besuchen, sind regelmäßig überrascht, hier ein Gemeinwesen und eine Bürgerschaft anzutreffen, die sich ihrer völkischen Herkunft stärker bewußt ist denn je und ihr deutsches Wesen nicht in aufdringlichen Bekundungen, sondern in unablässigem Schaffen, in der eifrigen, mühevollen Pflege des überkommenen Erbes zum Ausdruck bringt. Gerade in den letzten Jahren ist eine erstaunlich umfangreiche und ergebnisvolle Arbeit auf allen Gebieten des kulturellen Lebens, vor allem im Schulwesen, in der Förderung der Wissenschaft und der Erhaltung des künstlerischen Stadtbildes geleistet worden.



Zoppot, Ansegeln

Phot. Barthoff, Zoppot

Im Gebiet der Freien Stadt Danzig mit rund 400 000 Einwohnern werden 181 evangelische, 37 katholische und 76 paritätische Volksschulen unterhalten. Sie wurden im Jahre 1925 von zusammen 38164 Kindern besucht. Daneben gibt es 11 Mittelschulen und 19 höhere Schulen. Die Zunahme der Schülerzahl hat zahlreiche Erweiterungen und Neubauten



Die drei Wahrzeichen Danzigs: Rathaus, Marienkirche, Krantor

notwendig gemacht. Sie sind nach den neuesten Grundsätzen errichtet und stellen, wie die Helene-Lange-Schule und die Pestalozzi-Schule in Danzig-Langfuhr, beachtenswerte Versuche moderner Architekturgestaltung dar. Die Lehrpläne aller Schulen entsprechen den preußischen Vorbildern, wenn sie auch in Einzelheiten den örtlichen Bedürfnissen angepaßt sind. Die Abgangszeugnisse sind allgemein im Deutschen Reiche als gleichberechtigt anerkannt.

Neben den öffentlichen Schulen finden die wissenschaft-

lichen Anstalten lebhafte Förderung. Die Technische Hochschule konnte im Jahre 1929 unter Teilnahme der Rektoren aller deutschen Universitäten und Hochschulen und der Vertreter der deutschen Reichs- und preußischen Staatsbehörden die Feier ihres 25jährigen Bestehens begehen; denn nach wie vor gilt die Danziger Technische Hochschule als



Danzig: Diele neben dem Artushof

eine deutsche Anstalt schlechthin. Ihr Lehrkörper setzt sich aus Persönlichkeiten zusammen, die zuvor in der reichsdeutschen Industrie oder an reichsdeutschen Hochschulen tätig gewesen sind. Ihre Studentenschaft ist zu 77% deutscher Herkunft. Von den 1686 Studenten des Wintersemesters 1928/29 waren nur 391 Nichtdeutsche. Die Danziger Bevölkerung stellt 12—20% der Studentenschaft. Außer den technischen Fächern sind auch mehrere Gebiete vertreten, die zur Lehrbefähigung im Schuldienst vorbereiten. So können in Philosophie, Germanistik, Romanistik, Geographie, Geschichte und Nationalökonomie Prüfungen für das höhere

Lehramt und zum Dr. rer. techn. abgelegt werden. Gerade der Ausbau der Abteilung für Geisteswissenschaften ist für die Kulturpflege Danzigs besonders wichtig, um den Bedarf an Lehrkräften zu decken und das geistige Leben Danzigs nach allen Richtungen hin zu befruchten. Dagegen werden die Volksschullehrer an den preußischen Akademien ausgebildet.

Neben der Technischen Hochschule sind das Staatsarchiv, die Bibliotheken und Museen die wichtigsten Pflegestätten wissenschaftlicher Arbeit. Das Staatsarchiv, das erst 1903 als preußisches Staatsarchiv für die 1878 neu begründete Provinz Westpreußen eingerichtet wurde, birgt zahllose Quellen zur Geschichte des Weichsellandes und Osteuropas, die bei ihrer internationalen Bedeutung noch lange nicht genügend ausgeschöpft sind. Aus seinen Akten und Urkunden ist die stets rein deutsche Herkunft der Danziger Bürgerschaft ebenso ersichtlich, wie ihre politische Selbstständigkeit in den früheren Jahrhunderten. Pfl egte doch der Rat der Stadt in fast allen Hauptstädten Europas seine eigenen Vertreter zu unterhalten, deren Berichte noch heute über die Diplomatie der Vergangenheit in allen Fragen, die den Osten und die Ostsee betreffen, überraschende Aufschlüsse ergeben. Die Stadtbibliothek geht auf die Ratsbibliothek zurück, die bereits 1596 begründet wurde. Sie zählt über 225 000 Bände, von denen jährlich etwa 40 000 nach Hause verliehen und 22 000 im Lesesaal benutzt werden. Die Kirchenbibliotheken von St. Marien und St. Johann sind wie manche älteren Privatbibliotheken mit der Stadtbibliothek vereinigt und vermehren ihren Besitz an Wiegendruckten und wertvollen Handschriften. Die Bibliothek der Naturforschenden Gesellschaft, die seit 1742 zur Pflege der Naturforschung in Danzig besteht und damit zu den ältesten gelehrten Gesellschaften ihrer Art in Europa gehört, ist mit der Bücherei der Technischen Hochschule vereinigt. Auch die Volksbüchereien erfreuen sich eifrigen Besuches.

Die Kunstsammlungen der Stadt Danzig im ehemaligen

Franziskanerkloster gewähren einen Einblick in die Entwicklung der bildenden Kunst und des Kunstgewerbes in Westpreußen. Ihnen ist das Uphagenhaus angegliedert, das 1776 als Wohnsitz einer reichen Patrizierfamilie in der Langgasse erbaut wurde; seit 1909 ist es als Wahrzeichen Alt-Danziger Wohnkultur der öffentlichen Besichtigung zugänglich. Das Staatliche Museum für Naturkunde und Vorgeschichte birgt überreiche Bestände aus allen Teilen der Provinz Westpreußen. Am wertvollsten ist der ihnen zu entnehmende Nachweis, daß die Bevölkerung und Kultur des Weichsellandes seit der jüngeren Steinzeit bis über die sogenannte germanische Völkerwanderung hin-



Staatliches Landesmuseum für Danziger Geschichte,
Danzig-Oliva, Schloß

aus zum nordisch-germanischen Kulturkreis gehört hat. Zur Pflege der Danziger Landesgeschichte und zur Sammlung der geschichtlich bemerkenswerten Denkmäler im Gebiet der Freien Stadt Danzig wurde schließlich 1927 in dem Schloß der früheren Äbte des Zisterzienserklosters Oliva, das 1178 als erstes deutsches Kloster im Osten errichtet wurde, das Staatliche Landesmuseum für Danziger Geschichte begründet. Die feste Verbundenheit der Danziger Bevölkerung und gerade ihrer breiteren Schichten mit ihrer Heimat, geht daraus hervor, daß die Sammlungen dieser neuen Anstalt trotz der kurzen Zeit ihres Bestehens bedeutsam angewachsen sind und die Schauräume jährlich von 50—60 000 Personen, unter denen

die Fremden und die Schulkinder nur eine geringe Rolle spielen, besucht werden. Alle diese Anstalten werden vom Staat mit verhältnismäßig großen Mitteln unterstützt, da auch Danzig, wie das Preußen der Befreiungskriege, durch geistige Kräfte ersetzen muß, was ihm an wirtschaftlicher und politischer Macht fehlt. Außer den genannten Anstalten machen sich zahlreiche wissenschaftliche und künstlerische Vereine in gleicher Richtung um die Erhaltung der deutschen Kultur verdient. Sie sind vor allem bemüht, durch Einladung reichsdeutscher Gelehrter und Künstler sowie die Veranstaltung von Ausstellungen moderner reichsdeutscher Kunst den Zusammenhang mit der geistigen Entwicklung des großen Vaterlandes zu fördern.

Den gleichen Zielen dient auch die Danziger Presse und Literatur. Außer den fünf Tageszeitungen der politisch wichtigsten Parteien, die den gleichgerichteten Blättern anderer deutscher Städte entsprechen, gibt es eine größere Anzahl von Fachzeitschriften, die besonders dem osteuropäischen Wirtschaftsleben dienen. Wissenschaftliche Bedeutung besitzen die „Zeitschrift“ und die „Mitteilungen“ des Westpreußischen Geschichtsvereins, die Schriften der Naturforschenden Gesellschaft und des Botanisch-Zoologischen Vereins, die Danziger Statistischen Mitteilungen und die Danziger Juristische Monatsschrift. Dem kulturellen Heimatgedanken sind die Heimatblätter des deutschen Heimatbundes gewidmet. Weit über Danzig hinaus sind die „Ostdeutschen Monatshefte“ verbreitet, die als einzige Zeitschrift des deutschen Sprachgebietes dem gesamten deutschen Osten gewidmet sind. Es sei besonders betont, daß die polnische Presse trotz mancher Ansätze in Danzig nicht Fuß zu fassen vermochte. Nachdem eine polnische Tageszeitung in den letzten Jahren eingegangen ist, wird die polnische Zeitung Brombergs als Danziger Blatt mitbetrachtet.

Einen besonders sinnfälligen Ausdruck findet die Kulturopflege Danzigs ferner in der Erhaltung seines ehrwürdigen,

einzigartigen Stadtbildes. Danzig gehört seit 1923 zu den deutschen Staaten, die ein eigenes Gesetz über den Denkmal- und Naturschutz erlassen haben. Alle baulichen Veränderungen an den öffentlichen und privaten Gebäuden unterliegen der Genehmigung des Denkmalrates, der aus Sachverständigen zusammengesetzt ist. Eingehende Vorschriften regeln den Anstrich der Fassaden in den Straßen, in denen noch fast Haus an Haus die Werke der Altdanziger Renaissance- und Barockbaukunst zu sehen sind. Soweit es möglich ist, werden Fassaden und Giebel in Formen erneuert, die dem Straßenbilde besser angepaßt sind, als die meist geschmacklosen Anbauten und Zusätze vom Ausgang des vorigen Jahrhunderts. Die aus Verkehrsgründen geforderte Niederlegung des Langgartener Tores hat so allgemeine öffentliche Teilnahme und Erregung hervorgerufen, daß jenes wichtige Baudenkmal aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges weiter erhalten werden konnte. Seit dem Sommer 1929 sind auch umfangreiche Arbeiten zur Sicherung des großen Glockenturmes der Marienkirche im Gange. Eine auch im Deutschen Reiche eingeleitete Sammlung soll die Mittel zur Wiederherstellung dieses großartigsten Wahrzeichens der deutschen Kultur im Osten beschaffen.



Steffenshaus in Danzig, Langermarkt

So ist auf allen Gebieten reiches Leben zu spüren. Es gilt nicht das Alte um des Alten willen zu wahren, sondern weil die Danziger Bürgerschaft wohl weiß, daß ihre alte Kultur, die Selbständigkeit ihrer Wirtschaft und ihrer staatlichen Stellung nur erhalten werden kann, wenn die ursprünglichen Quellen ihrer Kräfte nicht versiegen. Diese Quellen liegen ausschließlich im deutschen Volkstum und deutschen Geistesleben. Es ist deshalb nicht richtig, wenn, wie es häufig geschieht, die Auffassung vertreten wird, daß Danzig nicht mehr zu Deutschland gehöre. Gewiß ist es vom Deutschen Reiche abgetrennt, aber mit der deutschen Kultur ist es so eng verbunden, sein ganzes Wesen ist so deutsch geartet, daß es unbedingt auch weiterhin als Teil des deutschen Landes, als Glied Deutschlands betrachtet werden muß. Der Grenz- und Auslandsdeutsche ist nach bedauerlichen Erfahrungen jedem Wort und jedem Begriff gegenüber äußerst vorsichtig geworden. Gerade deshalb legt auch der Danziger Wert darauf, daß ihm nicht leichtfertig Eigenschaften abgesprochen werden, denen er sein Dasein zu verdanken hat und deren Erhaltung ihm allein eine glücklichere Zukunft gewährleistet. Das Reich konnte Danzig entrisen werden, aber von Deutschland wird es nimmermehr lassen.



Danziger Wappen

Presse und öffentliche Meinung in Deutschland

Von Universitätsprofessor Dr. E. Dovifat, Direktor des „Deutschen Instituts für Zeitungskunde“

Die „öffentliche Meinung“ ist tot! Ich meine den Begriff. Nicht seinen Inhalt. In einer Zeit, die wie kaum eine zweite immer und immer wieder die „öffentliche Meinung“ zitiert, sich auf sie stützt, sich auf sie beruft, sie mobil macht, sie fordern und ablehnen, protestieren und anerkennen läßt, in dieser Zeit tragen die Wissenschaftler die Leiche schon aus dem Hause heraus zum Friedhof der Schlagworte.

Es gibt keine öffentliche Meinung. Die soziologische und die zeitungswissenschaftliche Forschung haben das einwandfrei festgestellt. Und wer praktisch ein Beispiel sucht, den Widersinn dieses Schlagwortes darzutun, der nehme das deutsche Beispiel. Wo gibt es bei uns eine „öffentliche Meinung“ als deutliche, einheitliche, klare und zielsichere Meinungsäußerung der Öffentlichkeit? Nirgends. Aber es gibt Tausende von Einzelmeinungen der großen und kleinen Gruppen und Grüppchen. Alle sind sie gegeneinander gerichtet; nur gelegentlich finden sie sich, vorübergehend und mit Mißtrauen, zu genau begrenzten und begründeten gemeinsamen Meinungen, die aber als Produkte einer modernen Staatsraison leider der Schlagkraft und Zielrichtung entbehren, deren Wirken wir uns mit dem Begriff „öffentliche Meinung“ unlösbar verbunden denken.

Deutschland, von jeher das Land der Individualisten und der Einspänner — was ihm gewiß die schwersten Niederlagen seiner Geschichte, aber auch die größten Triumphe geistiger Leistung erbracht hat — Deutschland verfügt nicht einmal in den ganz selbstverständlichen Grundfragen des

nationalen Daseins über eine einheitliche und geschlossene Meinungsbildung, geschweige denn in all den Vielfältigkeiten des geistigen, kulturellen und politischen Lebens, dessen deutsche Mannigfaltigkeit unfassbar und unverständlich vor dem Ausländer steht.

Die deutsche Presse ist ein genaues Spiegelbild dieser Sachlage, und sie läßt auch zahlenmäßig annähernd die Dinge erfassen. Wir haben heute in Deutschland rund 3250 Zeitungen. Nimmt man einen der großen Zeitungskataloge, die von den großen Anzeigenexpeditionen jährlich herausgebracht werden, und prüft die Vielfältigkeit der in der Spalte „Allgemeine Richtung“ angegebenen Glaubensbekenntnisse, so stellt man fest, daß sich die 3250 deutschen Tagesblätter zu rund 125 verschiedenen Richtungen bekennen. Da zeigt sich ein Gewimmel von Überzeugungen, Meinungen, Wunschbildern und Programmen, daß eine Landkarte der Bekenntnisse unserer Presse bunter und verwirrender sein würde, als es die deutsche Landkarte im Zeitalter der schlimmsten Kleinstaaterei gewesen ist. Interessant ist nun die Tatsache, daß ein gut Teil der deutschen Presse diese Tatsache nicht wahrhaben will. Die sogenannte „parteilose“ Presse ist im Anwachsen. Wie sie sich zu den Bekenntnissen der übrigen Zeitungen verhält, zeigt nachfolgende Tabelle:

	1898	1913	1917	1926	1928
Konservativ	24,1	22,6	16,8	22,9	30,3
Liberal	19,5	14,4	16,9	4,8	4,35
Zentrum	9,5	11,6	13,8	21,1	11,3
Sozialdem.	1,6	2,2	2,7	5,0	5,1
Parteilos	45,0	49,2	49,8	51,7	53,7

Die Tabelle ist durch eine verdienstvolle Arbeit Dr. Kapfingers¹⁾ aus den Angaben zusammengestellt, die von den Verlagen für die Zeitungskataloge der Anzeigenexpeditionen gemacht werden. Unter „Konservativ“ faßt sie alle Gruppen

¹⁾ Zeitungsverlag 1928 Nr. 19, S. 143.

von rechts bis zur Volkspartei, unter „Liberal“ im wesentlichen die demokratische Presse zusammen. Unter „Zentrum“ umgreift sie auch die Blätter der Bayerischen Volkspartei, unter „Sozialdemokratisch“ auch die der Kommunisten. Es handelt sich — wohlbemerkt — nur um die Anzahl der Blätter, nicht um deren Auflagen. Eine Auflagenstatistik, die natürlich allein in der Lage wäre, ein wirklich klares Bild zu zeigen, kann zur Zeit in Deutschland noch nicht gegeben werden, weil jede brauchbare Unterlage dazu fehlt. Das Anwachsen der sogenannten „parteilos“ Presse, wie überhaupt deren Beteiligungsziffer (1928: 53,7%) bedeutet schon im Hinblick auf den Zweck der Angabe (Anzeigenwerbung) nicht etwa die Ablehnung jeder gesinnungsmäßigen Bindung und eine fade Meinungslosigkeit, sondern nur die Abweisung eines parteimäßigen Bekenntnisses im engeren Sinne. Wie heftig auch diese Blätter, zumal in kleineren Gemeinden, oft gegeneinander streiten, das weiß jeder aus Erfahrung.

Eine zeitungspolitische Frage von großer Bedeutung ist die Stellung der reichshauptstädtischen Presse zur Presse des übrigen Reiches. Besteht hier die Gefahr — der das englische Pressewesen z. B. ganz und das französische fast ganz erlegen ist —, daß die Presse Berlins die Presse des Reiches überwuchert? Da ist nun festzustellen, daß im Gegenteil in Deutschland, gerade draußen im Reich, in dem an sich schon unübersehbaren Blätterwald, sich eine im Verhältnis zu den ausländischen Verhältnissen besonders ansehnliche Zahl ausgeprägter Individualitäten erhalten hat.

Eine Weile lang — gleich nach dem Kriege und in der Inflation — schien dieser Zustand in Deutschland lebhaft bedroht zu sein. Mit Rückkehr gesicherter Währung und schwer belasteter, aber arbeitsfähiger Wirtschaft war die Gefahr überwunden. Heute behaupten sich neben der großen Berliner Presse eine Reihe von großen Zeitungen im Reich, die nicht nur ergiebige Wirtschaftsunternehmungen sind, sondern auch publizistisch eine eigene, oft sogar eigen-

willige Stimme in der politischen Unterhaltung zu erheben befähigt sind. Nächst ihnen steht das Heer mittlerer und kleiner Zeitungen, die in dem Begriff der „Heimatzeitung“ ihr Idealvorbild geprägt haben. Fest verwurzelt im heimatlichen Boden sind sie für ihren Kreis lebensnotwendig, schießen sie oft auch wirtschaftlich hoch ins Kraut, haben im Örtlichen, Gesellschaftlichen, im Vereinsgetriebe und der Kleinwirtschaft ihre eigene, ihre mikrokosmische Existenz. Ihr publizistisches Ideal ist nicht an die Kleinstadt, sondern ebenso häufig an die Teilstadt der Weltstadt gebunden. Das beweist die sehr starke Berliner Vorortpresse, das beweist auch die Existenz von kleinen und kleinsten Eigenblättern bestimmter Stadtteile Groß-Berlins.

Eines nun ist großen Teilen dieser Außen-Berliner Presse gemeinsam: Die Anpassung ihres graphischen Gesichtes an Berliner Zeitungen und die deutliche Beeinflussung durch Berliner Tempo und Temperatur; selbst dann, wenn ihre Weltanschauung sie sonst Berliner Dingen und Berliner Menschen hart entgegenstellt. Auch ihr Interesse an Berliner Angelegenheiten ist gewaltig groß und oft Gegenstand sensationeller Berichterstattung. Das gilt nicht nur für Theater- und Konzertberichte, sondern ebenso für den Gerichts- und Polizeifall und schließlich auch für die Politik selbst. Gerade hier hat man bisweilen den Eindruck, als liege das politische Zentrum solcher Blätter nicht in der Heimatredaktion, sondern in der Berliner Vertretung. Selbst Blätter, die sonst von bodenständiger Kraftverwurzelung deutlich Kunde geben, verleihen den Berliner Dingen ein Übergewicht, das fraglos ihr Gleichgewicht stört. Bei kleineren und kleinsten Blättern, die ausschließlich Korrespondenzartikel, wenn nicht gar gematerte Politik, aus Berlin beziehen, ist das selbstverständlich. Doch auch bei den größeren Zeitungen ist es häufig zu beobachten.

Wie ist das zu verstehen? Jeder in Berlin geschriebene Artikel — auch wenn er für Leser weitab in gänzlich spreefremden Gefilden unseres Vaterlandes bestimmt ist —

atmet notwendig Berliner Leben. Er ist in sich schon weniger verweilend, als der Sinn der fernen Leserschaft es sein kann, und sicher ist er nervöser und rastloser. Das sei beileibe kein Vorwurf gegen Berlin. Die Hauptstadt eines so schwer ringenden Reiches, die noch dazu ohne die starke, nährnde und tragende Tradition Londons, ohne den schönen und lebensfreudigen Schwung der französischen Hauptstadt schwerste Gegensätze nach schnellstem Wachstum und bei rapider Fortentwicklung in sich zu verarbeiten hat, eine solche Hauptstadt hat ihre eigene Atmosphäre, die sie an jeden und an jedes weitergibt, was immer in ihr lebt und sich entfaltet. Blätter, die — unbeschadet ihrer sonst oft so lebhaft geäußerten Abneigung gegen Berlin — in diese Zwangshörigkeit verfallen, pflegen bald auch in der Leserschaft die gleiche Hörigkeit zu erzeugen. Die verlangt dann oft mehr von dem Berliner Stoff, als die Redaktion zu liefern willens ist. Erhält denn ein politischer Leitartikel durch die Datumzeile „Berlin, den ...“ wirklich größeren Wert und ist denn der Luxus der sogenannten politischen „Namenartikel“, d. h. der Artikel, die Parlamentarier tief in der Berliner Luft und im Winkel der parlamentarischen Wandelhallen herunterdiktieren, für die Presse des Reiches eine so unentbehrliche Notwendigkeit? Führende Blätter des Reiches haben hier ein gutes Vorbild gegeben, indem sie die großen politischen Entscheidungen, die Berlin fällt und die nur hier gefällt werden können, in ihrer Auswirkung innerhalb des oft nur unmerklich engeren, dafür aber um so anschaulicheren und lebensnäheren heimatlichen Kreises zur Darstellung bringen und dabei die Berliner Entscheidung in ihrer Auswirkung auf die engere Heimat greifbar belegen und dartun. Viele der großen wirtschafts- und steuerpolitischen Fragen gewinnen sofort Gesicht und Eigenhaltung, wenn sie aus dem engeren Kreise des Verbreitungsbezirkes heraus in ihrer Wirkung erwiesen werden. Diese journalistisch im landschaftlichen

Sinne gebundene eigene Behandlung gesamtdeutscher politischer Fragen muß in wachsendem Maße in der Presse des Reiches geübt werden, zumal sie mit der gründlichen Behandlung landes- und kommunalpolitischer Probleme ineinanderfließt, die eine besondere Aufgabe dieser Presse ist. Nur so kann diese Presse auch der Vertrustung der Roh- und Halbstofflieferung durch Matern- und Korrespondenzinstitute entgegenarbeiten. Dem engsten Kampfzentrum entrickt ist diese selbständige Arbeit der Presse des Reiches für die Reichspolitik eine besondere, eine fördernde Wohltat. So allein kann gerade auch dem Ausland die Stimme eines ruhigeren, mehr beharrenden und gefaßten Deutschlands gezeigt werden, als es im Lärm des Berliner Kampfes auftreten kann. So ist gerade die Nicht-Berliner Presse berufen, glaubhaft und im rechten Sinne das Wort zu erweisen: „Berlin ist nicht Deutschland“.

Seltsam bleibt das bereits erwähnte Interesse selbst berlinfeindlicher Blätter des Reiches an dem gesellschaftlichen und künstlerischen Leben Berlins. Gewisse gesellschaftliche Ereignisse des Winters werden oft in diesen Blättern ausführlicher als in Berlin selber behandelt. Hier könnte weniger sogar mehr sein. Dann vor allem, wenn die Presse des Reiches in starker Herausarbeitung ihrer Eigenhaltung ihren Lesern von Berlin selbst das richtige Bild zu zeichnen sucht. Leider werden aus Berlin gewisse Berliner Feuilletons versandt, die beim Leser draußen den Eindruck erwecken, als bestände Berlin nur aus dem Kurfürstendamm und der Friedrichstraße, als sei die Hauptstadt des Deutschen Reiches eine seltsame Verbindung von Nachtkabarett und politischem Budenzauber. Hier liegt viel, sehr viel Schuld, wenn der organischen Entwicklung der Reichsreform so zähe Widersacher erwachsen. Man soll den Schwerpunkt Berlins nicht in seinen Vergnügungsvierteln suchen. Die sind nur eine Schattenseite seiner Fremdenindustrie. Auch nicht in bedauerlichen politischen Begleiterscheinungen, die in jedem politischem Zentrum unvermeidlich sind, ruht Berlins Cha-

raktermerkmal. Seine Bedeutung liegt in der ganz ungeheuerlichen, zähen, unausgesetzten, hingebenden und bis zur Erschöpfung aufgepeitschten Arbeitsenergie. Hier kann keine Stadt des Reiches mit, auch die nicht, die durch den Erfolg solchen Fleißes aus geruhsamer, stark künstlerisch bedingter Haltung zu größerer Arbeitsintensität getrieben wird. In dieser hochgesteigerten Arbeitsenergie liegt denn auch der besondere Charakter der Berliner Presse begründet. Eben daher sollte sie von der Presse des Reiches distanziert und nicht nachgeahmt werden.

An Schnelligkeit und Sicherheit des Nachrichtendienstes braucht heute keine Zeitung des Reiches vor einer Berliner Zeitung ins Hintertreffen zu geraten. Der große Aufschwung der Nachrichtentechnik im letzten Jahrzehnt gewährleistet — richtig ausgenutzt — jeder Zeitung des Reiches ständige Aktualität. Wird dabei die publizistische Ausnutzung des Nachrichtenstoffes im Reich aus eigenem vorgenommen, und paßt sich auch in der äußeren Mannigfaltigkeit der Mannigfaltigkeit der deutschen Landschaft und der deutschen Stämme an, so wird erhalten und gefördert, was große Blätter des Reiches schon zu verfechten begonnen haben: ein gesunder „Föderalismus der Presse“ zwischen Berlin und dem Reiche.

Die stark gesinnungsmäßige Bindung der deutschen Presse muß auch ihr Absinken in die niederen Gefilde größter Sensationsmache aufhalten und eine Entwicklung hemmen, die zur Zeit nur mit Sorge beobachtet werden kann. Die grelle Aufmachung der Straßenverkaufspresse, ihr Wille, dem Ereignis durch Bild und Schlagzeile und aktuellste Reportage packende Kraft zu geben, zeigt mehr und mehr ein mangelhaftes Unterscheidungsvermögen zwischen dem, was die öffentliche Aufgabe der Presse heischt und dem, was innerhalb der Sphäre des privaten Lebens die Presse gar nichts angeht. Neben der Selbstdisziplin der Presse und der Erziehung der Leserschaft kann hier eine Hoffnung aus der Tatsache hergeleitet werden, daß selbst diese Sensa-

tionspresse — im Gegensatz zur Presse des Auslandes — den Gesinnungskampf keineswegs aufgegeben hat, sondern ihn sehr energisch fortführt. Ein kommender, ein neuer Typ der deutschen Presse muß die Größe und Unabhängigkeit des Gesinnungskampfes mit der großen und eine Massenleserschaft aufrufenden Aufmachung der heutigen Sensationspresse verbinden.



Chemnitz, Judith-Lucretia-Portal am Hauptmarkt

Wert und Bedeutung der internationalen wissenschaftlichen Austauschorganisationen

Von Staatsminister a. D. Dr. Boelitz

Deutschland steht heute auf kulturellem Gebiet in einem erfreulich lebhaften Verkehr mit den übrigen Kulturstaaten der Welt. Nach ursprünglicher Isolierung, die Krieg und Friedensdiktat mit sich gebracht hatten, ist die Stimmung fast allenthalben gewichen, die dem geistigen Deutschland der Nachkriegszeit die Gleichberechtigung im Verkehr der Völker absprechen wollte. Auch innerhalb Deutschlands selbst hat man längst eingesehen, daß wir den Weg ins Freie gehen müssen. Klar erkannte Fehler der Vergangenheit zeigen uns, was not tut: aus der Enge müssen wir hinaus in die Weite; aus dem vorwiegend kontinentalen Denken, ja, aus vielfach sehr eingeengtem innerstaatlichen Denken heraus müssen wir zu klarer Einsicht in die Wesenheit anderer Völker gelangen. Wir sind vor dem Krieg ein hochentwickeltes Volk gewesen; wir hatten auf Grund unserer geschichtlichen Vergangenheit ein Kapital geistiger Kraft, das wir in intensivster Arbeitsleistung ausmünzten, so daß auch andere Völker mit von diesem Kapital lebten. Aber wir kannten die übrige Welt und die Psyche der Völker, mit denen wir dann in furchtbarem Zusammenprall unsere Kräfte maßen, ihre Geschichte, ihre Kultur, ihre Technik zu wenig. Wir hatten Menschen hinausgeschickt, andere Völker zu lehren, aber wir hatten nicht von diesen Völkern gelernt.

Heute wissen wir, daß kein Volk mehr, und sei es das höchstentwickelte, in seiner Isolierung leben kann und daß nur aus gegenseitigem Geben und Nehmen der Fortschritt erwächst. Nur wer angeschlossen ist an das große Stromnetz

geistiger Kräfte, das die Welt durchflutet, erhält dauernd den Zuwachs an geistiger Energie, ohne den kein Kulturvolk heute leben kann.

Wir als deutsches Volk spannen uns heute mit ein in dieses Netz. Und sind es auch noch Anfänge, fehlt auch noch manches an planvollem Ausbau und planvoller Gestaltung, so sind doch die Anfänge so verheißungsvoll, daß wir mit großem Vertrauen in die Zukunft blicken können. Freilich, hier muß von Grund auf neu gebaut werden; denn die Vergangenheit weist nur primitive Anfänge auf, die durch den Krieg völlig vernichtet worden sind. Was hier geschaffen war, kann mit wenigen Worten dargelegt werden. Es handelt sich dabei eigentlich nur um den Professoren-austausch mit Nordamerika.

Im Jahre 1905 wurde nach vielen kleineren Anfängen der erste größere Professoren-austausch zwischen Deutschland und der Neuen Welt eingerichtet. In Amerika sah man in der neuen Einrichtung einen Wunsch des deutschen Kaisers; der eigentliche Vater des Gedankens war aber wohl der ehemalige Gelehrte an der Harvard-Universität Bruno Francke, der mit der Einrichtung des Germanischen Museums in Cambridge der deutschen Kultur in Amerika ein stolzes Denkmal gesetzt hatte. Die Gleichstellung der amerikanischen Wissenschaften mit den deutschen erwarb uns unzweifelhaft Sympathien, und als die ersten deutschen Professoren aus den verschiedensten wissenschaftlichen Gebieten mit ihrer Lehrtätigkeit an amerikanischen Hochschulen begannen, schien ein verheißungsvolles Werk seinen Anfang zu nehmen. Männer wie Kühnemann, Oncken und andere siedelten vorübergehend nach den Vereinigten Staaten über, während zur gleichen Zeit eine Reihe von namhaften amerikanischen Gelehrten Gastfreundschaft in Deutschland genoß. Den Professoren sollten die Studenten folgen. Deutschland hatte bereits so manchem jungen Angehörigen der Neuen Welt das geistige Rüstzeug fürs Leben gegeben. Jetzt dachte man daran, einer Anzahl von deut-

schen Studenten die Kenntnis der amerikanischen Einrichtungen zu vermitteln.

Das große Werk schien Erfolg zu haben; da kam der Krieg, der alle Hoffnungen vernichtete.

Indes, der deutsch-amerikanische Professorenaustausch ist nicht vergebens gewesen. Schon sehr bald nach dem Friedensschluß mit den Vereinigten Staaten erinnerten sich viele Amerikaner der von deutschen Gelehrten empfangenen geistigen Güter und arbeiteten an dem Wiederaufbau des einstmals mit so großen Hoffnungen begonnenen Werkes. In dem Hilfswerk Amerikas für das deutsche Volk wurde gleichzeitig der Grundstein für den Wiederbeginn des geistigen Austausches geschaffen. Infolge der schweren Nachkriegszeit konnte vorerst von deutscher Seite wenig getan werden. Die deutschen Studenten, die zu jener Zeit vorübergehend im Auslande weilten, folgten zum größten Teil noch wirtschaftlichen Motiven; ein Studium an fremden Hochschulen durchzuführen, war der persönlichen Initiative des einzelnen überlassen. Deutsche Wissenschaftler fanden auf dem Wege alter und neuer Beziehungen den Weg an ausländische Hochschulen. Die Zahl der an deutschen Universitäten weilenden fremden Gelehrten und Studenten stieg von Jahr zu Jahr, zunächst infolge der in Deutschland bestehenden günstigen Lebensbedingungen, später aber auch wieder durch das ausschlaggebende Moment der Überlegenheit und Bedeutung der deutschen Kultur. Deutschland hatte den Krieg verloren, aber in seiner wissenschaftlichen Stärke war es ungebrochen. Eine Welle geistigen Schaffens durchflutete unser Land. Die Hörsäle der deutschen Hochschulen waren überfüllt; hier wie im Auslande setzte der machtvolle Wille ein, auf der Brücke von gemeinsamen Kulturgütern und der gegenseitigen geistigen Befruchtung im Sinne des Friedens zu wirken.

Die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes, die sich vor dem Krieg fast ausschließlich mit der deutschen Auslandsschule befaßt hatte, erweiterte ihren Wirkungskreis

und übernahm die große Aufgabe, eine wirksame Reichskulturpolitik zu treiben. Sie bezog die geistigen Beziehungen Deutschlands mit dem Ausland in ihren Aufgabenbereich ein und hat in den zehn Friedensjahren, die hinter uns liegen, unendlich viel zum geistigen Austausch Deutschlands mit den Kulturstaaen der Welt beigetragen.

Die Zeit der ersten wirtschaftlichen Wiedererstarkung Deutschlands wurde dann auch auf dem Gebiete des Professoren- und Studentenaustausches eine Zeit der Reorganisation und Organisation. Eine Reihe von neuen Institutionen, aus der Not der Zeit geboren, trat ins Leben, deren fruchtbringende Arbeit von allen Seiten dankbar begrüßt wurde. Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaften betrachtete es als ihre vornehmste Aufgabe, neben der Förderung wichtiger Wissenschaftszweige fortlaufend eine größere Zahl von deutschen Gelehrten zu Forschungsaufgaben und zur Anknüpfung von neuen Beziehungen ins Ausland zu senden. Hierdurch ist viel zum gegenseitigen Verständnis der Völker geschehen. Die Seminare unserer Universitäten erweiterten ihren Freundeskreis und empfangen bald in viel größerem Maße als vor dem Kriege den Besuch von Vertretern fremder Wissenschaften. Eine Reihe von nord- und südamerikanischen Universitäten berief deutsche Gelehrte, die in ihrer Tätigkeit wieder vermittelnd neue Beziehungen schaffen konnten. Als eine der ersten deutschen Professorenstellen im Auslande wurde wieder die Carl-Schurz-Professur an der Universität Madison geschaffen. Die Pflege der kulturellen Verbindungen zu unseren ehemaligen Verbündeten, insbesondere zu den ungarischen, bulgarischen und türkischen Hochschulen, sodann zu den neutralen Ländern und den Staaten im ehemaligen Baltenland wurde zwar besonders betont, aber bald setzte auch mit England und Frankreich ein regerer Austausch von geistigen Kräften ein. Es war selbstverständlich, daß unsere einzelnen Hochschulen auf das ihnen am nächsten gelegene Land ihr besonderes Augen-

merk lenkten. Wie Greifswald die geistigen Interessen Finnlands berücksichtigte, so traten in Hamburg und Kiel stärkere Verbindungen zu den überseeischen Staaten hervor. Die überragende Stellung der Universität Berlin, verbunden mit den vielen Bildungsmöglichkeiten, welche die Preußische Staatsbibliothek, ferner die zahlreichen sonstigen wissenschaftlichen Institute und Anstalten, insbesondere das Amerika-Institut, in Berlin bieten, mußten bald in dem Austausch mit dem Auslande hervortreten und der Hauptstadt des Deutschen Reiches den Charakter einer Zentrale der deutsch-ausländischen wissenschaftlichen Beziehungen verleihen. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften und der Verband der deutschen Hochschulen und zahlreiche andere Stellen beteiligten sich in hervorragendem Maße an dem großen Werke der Festigung der deutschen Wissenschaften in der Welt. In dem befreundeten Spanien konnten in Madrid und Barcelona sogar in schwerer Zeit deutsch-spanische wissenschaftliche Austauschstellen ins Leben gerufen werden (Centro del intercambio intelectual germano-español), deren Tätigkeit in einem regen Gelehrtenaustausch einen erfreulichen Erfolg erzielt hat. Durch die Einrichtung der Görres-Gesellschaft in Madrid wird in neuerer Zeit der Rückhalt der geistigen Beziehungen zwischen Deutschland und Spanien noch wesentlich verstärkt. An der alten Universität in Coimbra besteht das Instituto Alemão, dessen Arbeit ein dauernder Erfolg beschieden sein möge. An dieser Stelle sind auch die verschiedenen südamerikanischen Stellen, insbesondere die Instituciones culturales in Buenos Aires, Valparaiso und Santiago zu nennen, die an der Berufung von deutschen Gelehrten zu Forschungszwecken und Vorträgen hervorragenden Anteil genommen haben. Männer wie Einstein, Nernst, Dessoir u. a. vermochten so das Band fester zu flechten, das uns mit Südamerika verbindet, und südamerikanische Ge-

lehrte haben ihrerseits bei uns in Deutschland viel dazu beigetragen, daß unsere Sympathien für diese mächtig aufstrebenden Staaten in stetem Wachsen begriffen sind.

Als eine in der gesamten ausländischen Gelehrtenwelt freudig begrüßte deutsche Einrichtung ist das Harnack-Haus in Berlin anzusehen, das den befreundeten ausländischen Gelehrten in Deutschland ein Heim bieten und damit die Erwidierung ausländischer Gastfreundschaft ermöglichen soll. Ungarn gewährte z. B. in seinen Gelehrtenheimen schon seit Jahren einer bestimmten Zahl von reichsdeutschen Wissenschaftlern ein freies Unterkommen. Nunmehr ist auch Deutschland in der Lage, den Aufenthalt fremder Gelehrten in Deutschland und damit auch ihre wissenschaftliche Arbeit zu erleichtern.

In dem gegenwärtigen Professoren Austausch tritt uns eine bunte Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit der Methoden und der praktischen Durchführung entgegen. Wir besitzen noch keine einheitliche Organisation, die indes nur dann wirksam werden könnte, wenn uns zu dem großen Werk die notwendigen Mittel zur Verfügung ständen.

In ähnlicher Weise wie der Professoren Austausch ist der Studentenaustausch aus den Wirren des Krieges und der Nachkriegszeit zu erfolversprechenden Einrichtungen emporgestiegen. Die deutsche Studentenschaft war dem Austauschgedanken stets hold. In der großen nachkriegszeitlichen Organisation der deutschen Studentenschaft wurden Einrichtungen geschaffen, die zunächst der Anknüpfung von Beziehungen mit fremden Studentenschaften dienten, aber darüber hinaus auch die praktische Durchführung des Studentenaustausches erstrebten. Das Auslandsamt der deutschen Studentenschaft, ferner die Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft — das jetzige deutsche Studentenwerk in Dresden — mit seinen zahlreichen örtlichen Vertretungen arbeiteten mit an den Grundlagen für einen späteren praktischen Studentenaustausch. Im Jahre 1925 wurde der Akademische Aus-

tauschdienst E. V. in Berlin gegründet, der gegenwärtig in fördernder Weise den deutschen Studentenaustausch leitet. Durch seine Vermittlung gelang es, in jährlich steigendem Maße vielen deutschen Studenten ein Stipendium für ein Studium im Auslande, namentlich in den Vereinigten Staaten, zu vermitteln, während gleichzeitig einer Reihe von ausländischen Studenten das Studium an deutschen Hochschulen wesentlich erleichtert wurde. Neben Nordamerika sind es hauptsächlich die Länder England, Frankreich, Irland, Estland und Ungarn, mit denen uns, dank der Tätigkeit des Austauschdienstes, heute ein reger Studentenaustausch verbindet. Der Arbeit des Austauschdienstes in Deutschland entspricht in den Vereinigten Staaten die Tätigkeit des American German Student Exchange, in England wirkt als Schwesterorganisation des Austauschdienstes der Anglo-German Academic Board; in dem Austausch mit Frankreich wurde eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Office National des Universités françaises vereinbart, und mit einer Reihe von anderen Ländern schweben erfolversprechende Verhandlungen.

Zur Förderung des Studiums von Ausländern an deutschen Hochschulen bestehen heute Einrichtungen an den verschiedensten deutschen Hochschulen. Die Alexander-von-Humboldt-Stiftung in Berlin gewährt den Studenten aus befreundeten Ländern für ein Studium in Deutschland bestimmte Beihilfen. Es ist ein Hilfswerk, das uns lebhaftes Sympathien im befreundeten Auslande erworben hat und deshalb eines stärkeren Ausbaues bedarf. Hervorzuheben ist auch die Tätigkeit unserer akademischen Auskunftsämter, die den ausländischen Studierenden in allen Fragen hilfreich zur Seite stehen; ebenso wertvoll sind die Bestrebungen der deutsch-akademischen Auslandsstelle in München, die in Verbindung mit einer Reihe von Unterorganisationen in der Unterstützung von ausländischen Studenten an den Münchener Hochschulen

eine ausgezeichnete Tätigkeit entfaltet. An zahlreichen deutschen Hochschulen bestehen Institute und Stiftungen, deren Zweckbestimmung ebenfalls im Rahmen des Studentenaustausches für völkerverständigende Kulturarbeit sorgt. Der Hilfe und Verbindung der grenzland- bzw. auslanddeutschen Studenten mit reichsdeutschen Studenten dient die Deutsche Burse in Marburg.

Wenn auch in dem Studentenaustausch die wünschenswerte zentrale Leitung noch fehlt, so ist doch schon eine gewisse Gruppierung wahrzunehmen, aus der heraus eine Zusammenarbeit aller Stellen erwachsen wird.

Dem großen und für Deutschland wichtigen Kulturkreis der ibero-amerikanischen Welt wird mit dem in Berlin im Aufbau begriffenen Ibero-Amerikanischen Institut eine zentrale und vermittelnde Austauschstelle gegeben werden. Mit einer Spezialbibliothek von mehr als 100 000 Bänden soll gleichzeitig den deutschen Gelehrten die Möglichkeit zu einer intensiven Beschäftigung mit süd- und mittelamerikanischen Fragen geboten werden.

So blicken wir heute auf ein großes Tätigkeitsfeld, auf dem sowohl persönliche, wie auch rein wissenschaftliche Beziehungen wirksam sind, auf dem die verschiedensten Kreise und Kräfte sich zusammenfinden. Das große Ziel ist die Berührung und gegenseitige Befruchtung der gegenwärtigen und heranwachsenden Kulturträger der Nationen. Wir müssen uns verstehen lernen, um in gemeinsamer Arbeit mitzuwirken an der Höherentwicklung der Menschheit. Tun wir das, dann haben die Völker den Nutzen davon. Wo Verständnis herrscht, herrscht auch Friede. Und Friede tut uns allen not.



Die Wartburg bei Eisenach: „Vorderer Burghof“

Über die Entwicklung der Luftschiffahrt

Von Dr. h. c. Ing. et phil. August von Parseval

Nach einem zehnjährigen Stillstand ist im Jahre 1929 die Luftschiffahrt wieder in Vorwärtsbewegung gekommen. In England und in Amerika wird an großen Plänen zur Einrichtung eines Luftverkehrs gearbeitet; in Deutschland schritt man zur Tat: die Fahrten des Grafen Zeppelin rund um die Erde haben eine neue Tatsache geschaffen, die für den Luftverkehr eine entscheidende Bedeutung besitzt und namentlich die Haupteigenschaft der Luftschiffe in helles Licht setzt, ihre Fähigkeit, große Entfernungen ohne Zwischenlandung zu überwinden. Da die Luftschiffe größere Höhen ungern aufsuchen, wegen des damit verbundenen Verlustes an Auftrieb, so ist der Ozean ihr Haupttätigkeitsfeld, die Kontinente nur insoweit, als nicht Gebirgsketten den Flug erschweren. Somit tritt das Luftschiff hauptsächlich mit den großen Dampferlinien in Wettbewerb. Es vermag zwar nicht den gleichen Komfort zu bieten wie jene, verkürzt aber die Dauer der Fahrt auf die Hälfte, ohne daß der Fahrpreis sich wesentlich erhöht.

Bei den letzten großen Fahrten blieb allerdings von seiten der Technik noch manches zu wünschen übrig, und es kann dies nicht wundernehmen. Denn während im verflossenen Jahrzehnt das Interesse der Welt fast ausschließlich dem Flugzeug zugewendet war, blieb die Entwicklung des Luftschiffs fast völlig stationär. Das Luftschiff befindet sich noch in den Kinderschuhen; hier ist noch eine große Arbeit zu leisten, und wir stehen nicht am Ende, sondern erst am Anfang einer großen Entwicklung.

Es soll hier der Versuch gemacht werden, die Grundzüge der Entwicklung zu skizzieren. Sie muß nach drei Hauptrichtungen erfolgen: Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit, Er-

spargung an Auftriebsgas und Verbesserung der Landungsvorrichtungen. Als Ergebnis muß eine größere Sicherheit und größere Wirtschaftlichkeit folgen.

Um die Schiffe von Wind und Wetter weniger abhängig zu machen, muß ihre Geschwindigkeit erhöht werden. Dies kann man, sofern nicht ein ganz neues Antriebsprinzip für die Luftschiffe gefunden wird, nur durch Vergrößerung der Schiffe erreichen. Doch ist der Gewinn nur unbedeutend. Wenn man fordert, daß sich der Größe des Ballons entsprechend auch seine Nutzlast steigert, dann lehrt die Theorie, daß die Geschwindigkeit mit der Kubikwurzel aus der Ballonlänge steigt, also bei den praktisch möglichen Vergrößerungen nur um wenig.

Wird aber die ganze durch die Vergrößerung gewonnene Tragfähigkeit zur Verstärkung des Bewegungsapparats verwendet, so kann praktisch eine Erhöhung der Geschwindigkeit um etwa $\frac{1}{4}$ erreicht werden, allerdings aber unter Preisgabe der Wirtschaftlichkeit. Man muß dann den Aktionsradius einschränken und einen Teil des Brennstoffes durch Nutzlast ersetzen. Es handelt sich also um ein Kompromiß zwischen Geschwindigkeit, Aktionsradius und Nutzlast.

Eine zweite, lebenswichtige Frage ist die Ersparung von Traggas. Bei einer Fahrt von Berlin nach Neuyork braucht ein Luftschiff der jetzigen Bauart 30 t Brennstoff, es kommt daher um 30 t erleichtert in Neuyork an und muß, um landen zu können, etwa 27 000 cbm Traggas auslassen. Nun enthält der Auspuff der Motoren so viel Wasserdampf, daß es möglich sein würde, durch Kondensation desselben eine solche Menge Wasserballast zu gewinnen, daß das Luftschiff keine Gewichtsverminderung erfährt. Versuche mit Vorrichtungen, die aus großen Kühlern bestanden, haben diese Möglichkeit erwiesen; sie scheiterten jedoch an der Verschmutzung und der raschen Zerstörung der Metalle durch die im Auspuff gebildete Schwefelsäure.

Daher hat Dr. Eckener das Ziel auf einem andern Weg zu erreichen gesucht. Er speist die Motoren mit einem Ölgas,

das etwas leichter ist als die Luft und in großen Sonderballons mitgeführt wird, die unter den Traggasballons liegen. Indem man die Motoren teilweise mit Benzin, teilweise mit Brenngas speist, kann man erreichen, daß das Schiff sein Gewicht während der Fahrt nicht ändert und nur ein geringer Verlust an Traggas entsteht. Denn statt des Wasserstoffs wird das Ölgas verbraucht. Dadurch wird auch die Führung des Luftschiffs sehr erleichtert.

Doch werden hierdurch die Vorteile der Auspuffkondensation nicht erreicht. Denn einmal ist das Brenngas giftig und explosionsgefährlich. Ein ungewolltes Ausströmen des Gases ist aber nicht mit Sicherheit zu verhindern. Dann ist auch der Ersatz, das Nachfüllen des Gases in die Ballons, umständlich und zeitraubend, und man muß auf den Vorteil verzichten, das Ballastwasser einfach gegen einen Brennstoff auszuwechseln, der überall leicht erhältlich ist. Ein entscheidender Vorteil der Auspuffkondensation ist aber, daß das Schiff am Ende der Fahrt eine große Menge Wasserballast besitzt, was eine sichere Landung verbürgt.

Da somit die Auspuffkondensation für die Luftschiffe eine Lebensnotwendigkeit ist, so kann man wohl mit einer baldigen Lösung derselben rechnen, wenn die sich darbietenden Möglichkeiten geschickt benutzt werden.

Schwieriger liegt die Sache bei den Landungsvorrichtungen. Da dieselben nicht den Anforderungen des Verkehrs, sondern der Rücksicht auf die Zerbrechlichkeit der Zeppelinschiffe angepaßt sind, so ist die Entwicklung in eine Sackgasse gelangt, aus der sie sich nur schwer herausfinden wird.

Der Verkehr verlangt zahlreiche, billige Landeplätze, die leicht zu improvisieren sein müssen. Die Schiffe müssen daher imstande sein, auf ebenem Boden ohne große Hilfsmannschaft vor Anker zu gehen, dort zu liegen und wieder aufzusteigen. Die im Jahre 1929 mit dem Naatz-Parseval-Schiff gemachten Versuche haben die Möglichkeit hierfür bewiesen. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß ein großes Luftschiff im Wind ungleich stabiler ist, als das kleine

Reklameschiff war. Im Falle eines gefahrdrohenden Orkans müßte das Schiff die Haltetrosse loswerfen und den Sturm in der Luft abwettern. Es könnte dabei höchstens etwas abgetrieben werden und wird nach Beruhigung der Atmosphäre den Hafen leicht wieder erreichen.

Da man aber die Zeppelinschiffe einer Bodenberührung nicht aussetzen darf, hat man die hohen Landemasten eingeführt, an denen die Schiffe mit ihrer Spitze befestigt werden. Doch sind diese nicht nur eine Quelle neuer Gefahren — denn wiederholt haben Schiffe sich am Landemast beschädigt —, sondern auch eine höchst unbequeme finanzielle Belastung. Weit wesentlicher ist aber, daß der Landemast bei den auf ihn angewiesenen Schiffen die Freizügigkeit aufhebt: er schränkt das Feld ihrer Tätigkeit empfindlich ein und verhindert ihre wirtschaftliche Ausnutzung.

Es muß also nicht der Landeplatz dem System des Luftschiffs angepaßt werden, sondern umgekehrt: der Bau des Luftschiffes muß den Anforderungen der Landung entsprechen. Zu diesem Zweck muß das zerbrechliche Innengerippe soweit als irgendsmöglich beseitigt werden, da es das Hauptbetriebshindernis bildet und schon bei einer leichten Bodenberührung beschädigt wird. Eine solche muß ein Luftschiff aushalten, ohne daß seine Schwimmfähigkeit und seine Antriebsvorrichtung darunter leiden.

Man muß also zum Prallschiffsystem übergehen und das Zeppelingerippe durch ein Netz von Stahlseilen ersetzen. Die Gaszellen werden durch Innenverspannungen in ihrer Form gehalten, die bei einem Minimum von Gewicht eine gute Betriebssicherheit der Schotten ergeben, eine Aufgabe, die bei den Zeppelinschiffen noch immer nicht vollständig gelöst ist.

Die vielverbreitete Meinung, daß ein Prallschiff nicht ebenso groß gebaut werden könne wie ein Gerippeschiff, ist ein durch eine geschickte Propaganda unterhaltener Irrtum. Im Gegenteil wird die Konstruktion mit zunehmender Größe bequemer. Bis jetzt wurde leider die Größe, wo der Prall-

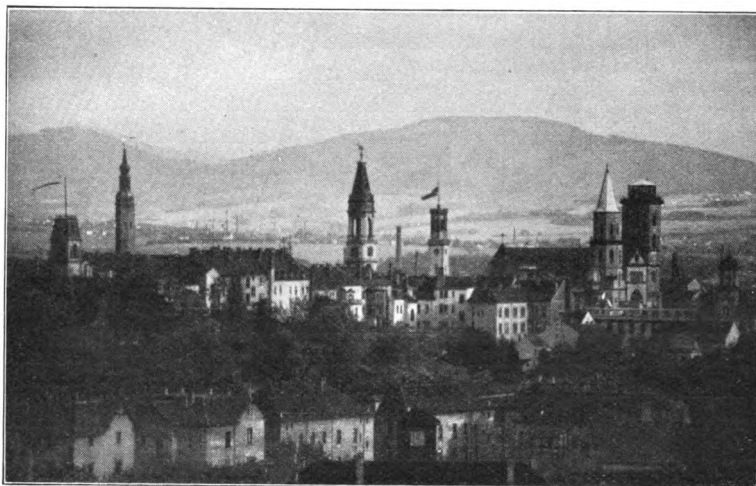
schiffbau sich wirklich lohnt, noch gar nicht erreicht: es sind dies Ballondurchmesser von 30 m ab aufwärts.

Eine besonders interessante Neukonstruktion sind die in England gebauten Schiffe R 100 und R 101, die in diesem Herbst die Luft der Welt erblickt haben. Sie haben einen Rauminhalt von je 140 000 cbm, das eine hat Schwerölmotoren von 2400 PS, das andere leichtere Benzinmotoren von 4300 PS. Technisch am interessantesten ist aber der neue, unerhört große Durchmesser der Ballons von etwa 40 m und die Konstruktion der Querwände in denselben. Bei den bisherigen Zeppelin Schiffen waren diese Wände aus Stahl drähten gebildet, die in einem den Ballon umfassenden starken Ring kreuz und quer gespannt waren. Bei besonders ungünstigen Verhältnissen, z. B. wenn eine Zelle leer gelaufen ist und gleichzeitig der Ballon durch eine Bö stark schräg gestellt wird, werden die Beanspruchungen sehr bedenklich, wie die Katastrophe der Shenandoah bewiesen hat. Bei einem Durchmesser von 30 m lassen sich diese Verhältnisse noch einigermaßen beherrschen. Bei 40 m Durchmesser haben die englischen Baumeister den Ring mit einem sehr großen dreiseitigen Querschnitt gebildet, so daß er einen erheblichen Teil des Querschnitts ausfüllt. Die Mitte soll dabei von Verspannungen ganz frei bleiben. Vermutlich wird sich die Anbringung derselben doch noch notwendig erweisen. Die Schwierigkeiten wachsen mit der Vergrößerung des Durchmessers ganz außerordentlich, da das Gewicht der Schotten mit der vierten Potenz des Durchmessers zunimmt, und hierin dürfte wohl das Haupthindernis gelegen haben, das den Termin der Fertigstellung verzögert und die Einhaltung des Baugewichts erschwert hat.

Noch weit großartiger sind die Luftschiffprojekte in Amerika. Über ihre Einzelheiten ist bis jetzt nichts bekannt. Es ist aber fraglich, ob für solche Abmessungen das Zeppelinsystem überhaupt noch genügt. Jedenfalls stehen die amerikanischen Konstrukteure vor keiner beneidenswerten Aufgabe.

Die im vorstehenden geübte Kritik soll gewiß nicht die Zukunft der Luftschiffahrt in Frage stellen: sie soll aber darauf hinweisen, daß wir an einem Wendepunkt der Entwicklung angelangt sind, wenn die Schiffe noch weiter vergrößert werden sollen, und daß neue Wege eingeschlagen werden müssen.

Ich bin der festen Überzeugung, daß die genannten Probleme befriedigend lösbar sind, und zwar in nicht allzu langer Frist. Notwendig ist freilich, daß man nicht mit kleinen Mitteln an großen Mängeln herumdoktert, sondern das Übel energisch an der Wurzel anpackt.



Blick auf die Stadt Zittau

Phot. Queitsch

Das Deutsche Hygiene-Museum Dresden, das Zentralinstitut für Volksgesundheitspflege

Von Reg.-Rat Dr. med. h. c. Georg Seiring, Geschäftsf. Direktor
des Deutschen Hygiene-Museums

Das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden hat im Oktober 1929 die zur Aufnahme seiner Werkstätten, Büros, Magazine und Schausammlungen bestimmten Räume im Zentrum Dresdens in unmittelbarer Nähe des Großen Gartens bezogen. An der Fertigstellung der Kongreßsäle und Kursräume wird mit größter Beschleunigung gearbeitet, um auch diese bis zur Eröffnung des Museums und der Internationalen Hygiene-Ausstellung, Mitte Mai 1930, ihrem Zwecke dienstbar machen zu können. Die Stadt hat vor dem Gebäude einen Platz mit gärtnerischem Schmuck geschaffen, der in dankbarer Anerkennung den Namen des Schöpfers des Museums, des Dresdener Großindustriellen Karl August Lingner, trägt. Lingners Grundgedanke gilt auch noch heute. Das Deutsche Hygiene-Museum soll kein Museum alten Stiles sein, wie sein aus traditionellen Gründen beibehaltener Name bedeuten könnte, sondern ein einzigartiges Volksbildungsinstitut. Es soll dem Volke in seinen Schausammlungen, Wanderausstellungen, Lehr- und Anschauungsmitteln die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung in anschaulicher und leichtverständlicher Form als ein plastisches Lehrbuch der Gesundheitspflege darbieten.

Mit der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden 1911 hatte Lingner, dem der Gedanke und die Durchführung dieser Ausstellung zu danken ist, ausgestattet mit dem Rechte absoluter Bestimmung eine Weltchau der Gesundheit geschaffen, wie sie bisher in keiner anderen Stadt wieder mög-

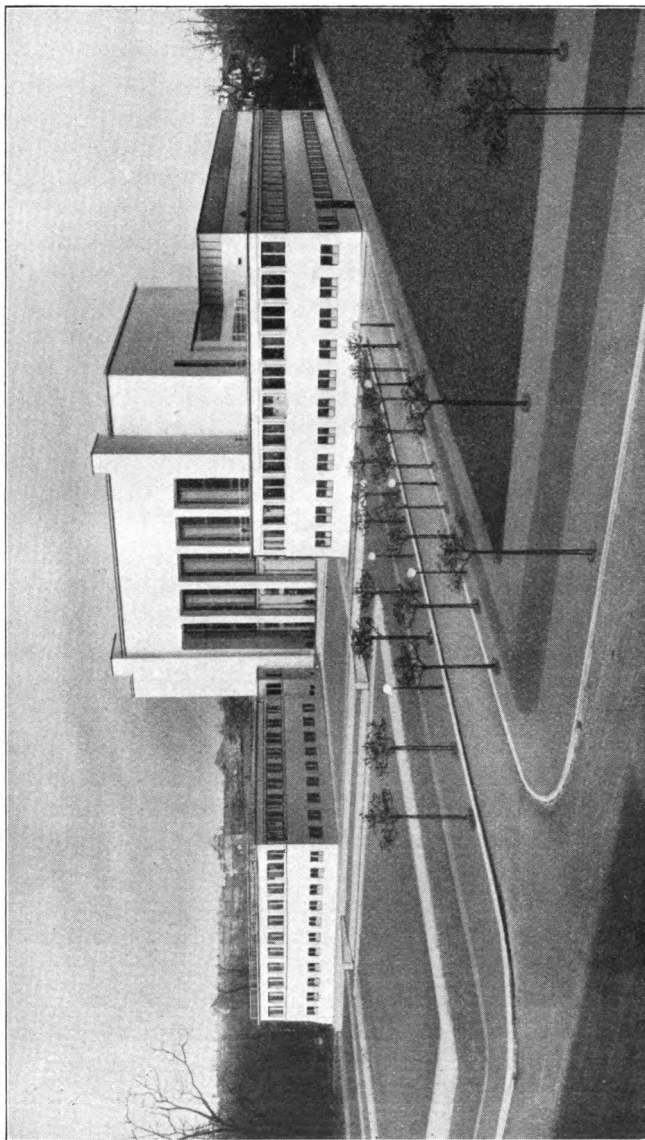


Wirkl. Geh. Rat Dr. Lingner †

lich gewesen ist. Es war zum ersten Male in der Geschichte des Ausstellungswesens gelungen, das große Gebiet der Gesundheitspflege in fast lückenloser Vollständigkeit zur Darstellung zu bringen. Sachliche Gliederung und nicht Aufbau nach Ausstellern war das Neuartige an dieser Ausstellung. Die Lösung dieses Problems war gelungen. Die Ausstellung hatte es aber auch mit großem Geschick verstanden, das Ergebnis der wissenschaftlichen Forschung in einer für alle Bevölkerungskreise verständlichen Form zur Darstellung zu bringen. Das Ergebnis der Ausstellung war ideell und materiell ein gleich günstiges.

Eines der wichtigsten Ergebnisse ist die Schaffung des Deutschen Hygiene-Museums als eine Fortsetzung der Tätigkeit der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1911 auf dem Gebiete der hygienischen Volksbelehrung und Volksbildung. Lingner hatte bei der Gründung des Hygiene-Museums in Dresden geglaubt, die Tätigkeit des Museums auf Dresden beschränken zu können, aber im Sinne der im Anfang dieses Artikels gemachten Ausführungen, eine Art Akademie zu errichten. Es wäre ein Institut auf dem Gebiete der Hygiene entstanden, wie es die bedeutende Schöpfung Osc. v. Millers, das Deutsche Museum in München, auf dem Gebiete der Technik ist.

Der Krieg und die Inflationszeit legten dem Deutschen Hygiene-Museum zwangsläufig neue Wege auf, wenn es seine Existenznotwendigkeit beweisen wollte. Auch das Interesse des deutschen Volkes, geboren aus der Kriegs- und Nachkriegszeit, führten das Museum zu erweiterter Form der hygienischen Volksbildung. Bereits Anfang des Jahres 1919 begann das Museum die wichtigsten Teilgebiete der Hygiene in Wanderausstellungen zu behandeln, die fast ganz Deutschland besucht haben. Der gesundheitlichen Volksnot entsprechend waren es zunächst Ausstellungen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Tuberkulose sowie Ausstellungen für Säuglingspflege. Im Jahre 1927 konnten dann ausgewählte Gruppen aus der Sammlung „Der Mensch“ als



Der Neubau des Deutschen Hygiene-Museums in Dresden (Eröffnung im Mai 1930)

eine Wanderausstellung „Der Mensch in gesunden und kranken Tagen“ auf die Wanderschaft geschickt werden. Ausgehend vom Bau des menschlichen Körpers und der Bedeutung und Tätigkeit seiner Organe bringt sie als zusammenfassende, besonders eindrucksvolle Übersicht über den inneren Bau des Körpers die Sondergruppe „Der durchsichtige Mensch“ mit zur Darstellung. Ihrer Bedeutung entsprechend schließt sich die Gruppe „Der kranke Mensch“ und „Die Volkskrankheiten“ an. Da aber die Erkenntnis der Krankheiten und ihrer Gefahren nicht genügt, zeigt das Museum in einer weiteren Gruppe die Gesundheitspflege, die Vorbeugungs- und Verhütungsmaßnahmen, ausgehend von der Gesundheitspflege des Säuglings, des Kindes im Spielalter, des Schulkindes.

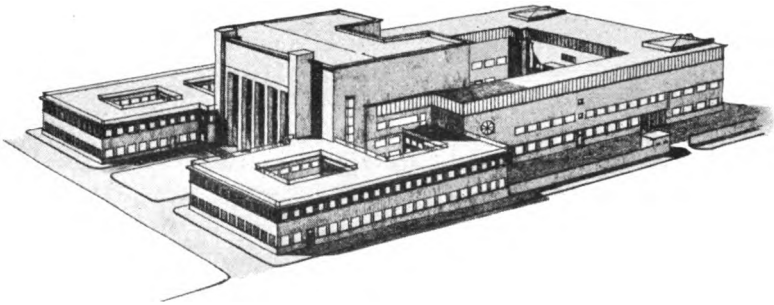
Das Interesse für diese Ausstellung ist im In- und Auslande gleich groß. Um vielen Wünschen auf Überlassung Rechnung tragen zu können, sind Duplikate hergestellt worden, so daß 3—4 Ausstellungen gleichen Inhalts gleichzeitig wandern können.

Bis Ende 1929 konnten in Deutschland in über 500 Städten $6\frac{1}{2}$ Millionen Besucher die Ausstellungen des Museums besichtigen, wobei die Besucherzahl der großen Düsseldorfer Ausstellung (Gesolei), an der das Museum führend beteiligt war, noch unberücksichtigt ist.

Für die Bedeutung des Deutschen Hygiene-Museums als Volksbildungsinstitut spricht, daß es an allen großen Veranstaltungen für Gesundheitspflege seit dem Kriege führend beteiligt war. So hat es maßgebend bei der Begründung des Reichsausschusses für hygienische Volksbelehrung, der unter dem Vorsitz des Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes steht, mitgewirkt und arbeitet noch jetzt mit ihm in engster Gemeinschaft. Die vom Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung durchgeführte Reichsgesundheitswoche im Jahre 1926, die mit zum Teil unerwartetem Erfolg das Interesse für alle Fragen gesundheitlicher Belehrung und Aufklärung gesteigert hat, ist vom Deutschen Hygiene-Museum durch

geeignetes Anschauungsmaterial unterstützt worden. So konnten etwa 70 000 Lichtbilder und 15 000 Bildtafeln lediglich für diese Gesundheitswoche vom Deutschen Hygiene-Museum gestellt werden.

Aber auch im Auslande sind die Tätigkeit und die Erfolge des Museums auf dem Gebiete der hygienischen Volksbelehrung nicht unbeachtet geblieben. Abgesehen von den vielen Besuchen ausländischer Hygieniker und Studienkommissionen im Museum selbst legt die rege Nachfrage aus dem Auslande nach Überlassung von Ausstellungen Zeugnis von der



Deutsches Hygiene-Museum (Arch. Prof. Dr. Kreis)

kulturellen Bedeutung des Museums ab. Es ist den Wünschen ausländischer Stellen stets gern nachgegeben und damit seiner großen Tradition treu geblieben.

Die Bestrebungen der hygienischen Volksbelehrung haben ja vom Deutschen Hygiene-Museum bzw. von der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1911 zum größten Teil ihren Ausgang genommen. Die Ausstellungen des Museums in der Schweiz (Basel, Zürich, Bern, St. Gallen und einigen kleineren Orten), in Italien (Rom), in Holland (Amsterdam), in Lettland (Riga, Reval), in Dänemark (Kopenhagen, Aarhus), in der Tschechoslowakischen Republik (Prag, Teplitz, Karlsbad, Tetschen, Reichenberg, Brünn, Außig, Komotau), in Schweden (Stockholm, Göteborg,

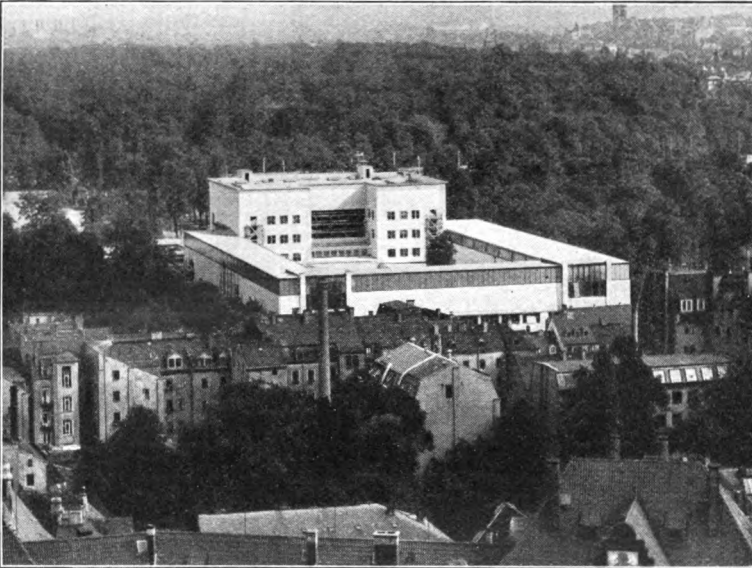
Malmö), in Norwegen (Oslo, Bergen, Stavanger), in Ungarn (Budapest) bilden nur einen Ausschnitt aus der Museums-tätigkeit, die überall tiefe und dauernde Eindrücke hinterlassen hat. Die Besucherzahlen betrugen zum Teil $\frac{1}{3}$ der Bevölkerung des Ausstellungsortes und waren so groß, daß selbst die ausländische Presse sie als ein ungewöhnliches Ereignis anerkannt hat.

Einen besonderen Erfolg brachte im Frühjahr 1925 die Hygiene-Ausstellung in Wien, die gemeinsam mit der österreichischen Bundesregierung und der Stadt Wien veranstaltet werden konnte. Über eine Million Besucher in neun Wochen war das Ergebnis.

Um jede der hygienischen Volksbildung dienende Gelegenheit auszuwerten, mußte das Deutsche Hygiene-Museum auch für die Verbreitung geeigneter Schriften sorgen und eigene Veröffentlichungen herausbringen. Handelte es sich anfangs nur um einzelne Schriften, so machte sich gar bald eine in regelmäßigen Abständen erscheinende Buchfolge nötig, um den vielen Wünschen gerecht zu werden. Die neugeschaffene Schriftenreihe „Leben und Gesundheit“, zunächst versuchsweise eingeführt, mußte bald weiteren Ausbau erfahren. In zwangloser Folge erscheinend, behandelt sie allgemeinverständlich wichtige Gebiete der Gesundheitspflege und ist heute ein wichtiger Bestandteil der Büchereien vieler Schulen und Wohlfahrtsbehörden geworden. Einige dieser Schriften wurden als Lehrbücher in Schulen eingeführt.

Nicht allein die Ausstellungen waren es aber, die dem Deutschen Hygiene-Museum die Bedeutung als Zentralinstitut für Volksgesundheitspflege brachten, sondern auch seine Tätigkeit an der Schaffung brauchbarer, leichtverständlicher und vorbildlicher Lehrmittel für den hygienischen Unterricht und für die hygienische Volksbelehrung. Diese Arbeit steht in unlösbarem Zusammenhang mit der Erforschung und Erprobung der Technik hygienischer Volksbelehrung überhaupt, die ja eine seiner wichtigsten Aufgaben ist. Die wissenschaftliche Qualität der Gesamtarbeit wird, abgesehen

von der gemeinverständlichen Darstellungsart und der einwandfreien Technik der eigenen Werkstätten, durch die Mitarbeit des wissenschaftlichen Beirates gewährleistet. Bevor die Museumsarbeit einsetzte, gab es nicht nur in Deutschland, sondern auf der ganzen Welt fast keine brauchbaren Anschauungsmittel zum Hygieneunterricht. Mit wenig Aus-



Deutsches Hygiene-Museum, von Nordwesten gesehen

nahmen geht alles, was heute in dieser Richtung hervorgebracht wird, auf die Arbeit Lingners und des Deutschen Hygiene-Museums oder auf seinen Ausgangspunkt, die Internationale Hygiene-Ausstellung Dresden 1911, zurück.

Die Hygieneorganisation des Völkerbundes hat das Museum herangezogen, um für ärztliche Fortbildungskurse, die in Warschau, Moskau und Charkow eingerichtet wurden, Anschauungsmaterial zu entwerfen und in den Museumswerkstätten herzustellen.

So darf das Museum heute wohl behaupten, ein wichtiges Glied in der menschlichen Kulturgesellschaft der ganzen Welt zu sein.

„Der Mensch“ wird auch im neuen Museum den Mittelpunkt des Ganzen bilden; ihm sollen sich unmittelbar im Erdgeschoß die Abteilungen angliedern, die es mit der Pflege und Entwicklung des menschlichen Körpers zu tun haben: Ernährung, allgemeine Körperpflege, Leibesübungen, Vererbung und Rassenhygiene, Mutter und Kind. Der weitere Kreis dessen, was zur Hygiene gehört, soll im Obergeschoß seinen Platz finden: Arbeits- und Gewerbehygiene, Wohnung und Siedlung, Gesundheit und Krankheit usw. Es besteht außerdem die Absicht, in wechselnden Sonderausstellungen einzelne Gebiete jeweils gründlicher zu behandeln.

Aus dem über die Planung des Deutschen Hygiene-Museums Gesagten dürfte zur Genüge hervorgehen, daß sich die Museumsleitung hohe Ziele gesteckt hat. Ob und inwieweit sie erreicht werden, hängt davon ab, in welchem Maße das Museum mit seinen Bestrebungen auch weiterhin Widerhall in der Öffentlichkeit findet. Wird ihm die nötige Unterstützung zuteil, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß es dann gelingen wird, ein Werk zu schaffen, das dem deutschen Volke zur Ehre gereicht und der gesamten Menschheit Nutzen bringt.

Der Dichter und das Volkstum

Von Walter von Molo

Ist es nötig, vom Wert des Volkstums zu sprechen? Es ist nötig, denn es gibt viele, die diesen Begriff nicht zu klären vermögen, sei es, daß sie mit Volkstum Unrichtiges meinen, sei es, daß sie Volkstum überhaupt verleugnen wollen.

Was ist Volkstum? Volkstum ist Gefühlsbesitz eines Volkes, daher Gemeinsames und Bindendes für die Angehörigen eines Volkes. Volkstum ist Menschentum in der Sonderfärbung von Landschaften. Es lassen sich nicht scharfe Grenzen ziehen, Volkstum kann man nicht ausrechnen, aber das, was dem Gefühle eignet, was dieses sehr eindeutig ausstrahlt und erkennt, ist Volkstum.

Unsere Zeit hat sehnüchtes Streben nach Menschentum. Dieses Streben manifestiert sich sehr verschieden: Der eine will den Deutschen zum Menschen erziehen, der andere sieht nur im Deutschen den Menschen, und andere wollen alles der anderen Völker dem Deutschen dienstbar machen. Das ist auch eine Eigenschaft unseres Volkstums. Diese Eigenschaft, sagen viele, sei gefährlich, hier müsse behutsam vorgegangen werden. Ich meine, daß unser Volkstum ganz von selbst, wie es sich entwickelt hat, und trotz aller Verschiebungen besteht, das ihm Gemäße aufnimmt oder umformt, das ihm nicht Gemäße ablehnt. Volkstum ist Gesundheit.

Jede Partei muß einseitig sein. Jede Wissenschaft ist zur Einseitigkeit verurteilt, weil sie Bestimmtes durchzusetzen versucht. Und zwar, gewissermaßen, immer nur ein Teilstückchen des Faches. Nur die Dichtung, wie ich sie sehe, ist universal, universaler auch als alle Konfessionen, denn Dichtung ist die Konfession der Universalität.

Was ist ein Dichter? Diese Frage wird oft gestellt. Von vielen begehrt, von vielen überhört, in unserer Gegenwart

sehr arg und häßlich oft von parteipolitischen Gesichtspunkten aus beantwortet. Ich möchte so definieren: Ein Dichter ist der, dessen schöpferisches, niedergeschriebenes Werk keine Partei ganz befriedigt. Denn was ist die Aufgabe des Dichters? Alles zu verstehen, das kann der Parteimensch unter Umständen auch. Aber in seinem Wirken darf der Parteische nur das gelten lassen, was ihm in der Richtung seiner Partei zu dienen scheint. Er muß sich beschränken, um Stoßkraft zu gewinnen. Der Dichter aber darf sich in dieser Weise nicht beschränken, der Dichter gewinnt allerdings auch Stoßkraft durch Beschränkung, aber durch Beschränkung des Stoffes, des Inhaltlichen, nie aber durch Beschränkung des Geistigen. Um ein Beispiel zu geben, das jedem wohl eindringen wird: Wenn ein Dichter heute ein Werk schriebe, das zum Inhalte den politischen Kampf in Deutschland hätte, dann gestaltete er in einzelnen Erscheinungen oder in Gruppen das Wollen und Müssen der Parteien. Aber keiner Partei darf der Dichter allein angehören, im Werk, keine Partei darf er ablehnen. In jeder Partei wird er Gutes finden und Übles, und Gemeinsames mit den andern. Er wird gestalten, wie die Vielfältigkeit aller Meinungen und Kämpfe bewußt und unbewußt dem Ziele gilt, Deutschland zu erhöhen, wie sich daraus tragische und komische Mißverständnisse und weitere Kämpfe entwickeln, die ohne Ende erschienen, wenn nicht hier und da die eine oder andere Gruppe mit Gewalt siegt. Für kürzere oder längere Zeit. Diesen anscheinend unlösbaren Zustand kann nur der Dichter ordnen, er allein kann durch sein Werk die Lösung vollbringen, daß dieser Kampf nicht anekelt, zum Zusammenbruch führt oder zu einseitiger Brutalität. Der Dichter läßt selbst hier hoffen. Er zeigt gestalterisch und läßt uns so miterleben, daß dieser Kampf sein muß, daß er kosmisch gewollte innere Dynamik hat, um etwas geht, das ihn befiehlt, daß allen Kämpfern ihre Waffen von Unbewußtem gereicht werden, das allen Gegnern gemeinsam ist, in der Art, wie in allen Handlungen und allen Entwicklungen des

Menschengeschlechtes und in allen Sprachen der Erde zuerst wohl Einheit bestand und unbewußt fortbesteht, um am Ende des Streites bewußt wieder erkannt zu werden. Um diese Bewußtwerdung entbrennt unbewußt jeder Kampf.

Der Zustand der unbewußten, nie irrenden Triebe liegt hinter uns. Wir sind Menschen mit denkendem Hirn geworden, die Naivität, der reine Trieb des Instinktes ist der Mehrzahl von uns versunken. Wir sind nun im kämpferischen Stadium, in dem das Hirn des Menschen herumirrt, herum sucht, und die Schuld der gewordenen Unvollkommenheit, die Weiterentwicklung ist, dem andern anklägerisch zuschiebt. Denn wie wir nicht mehr allein mit Instinkt zu leben vermögen, ebensowenig vermag der heutige Mensch alles mit dem Hirn allein zu schaffen. Er ringt und streitet und rauft, worum? Eben um seinen Zustand zu erkennen. Das ist der hohe Zweck des Kampfes, den wir, jeder gegen sich selbst, alle gegen alle, führen. Dieser Kampf ist nicht nur Deutschland, sondern dem ganzen Menschengeschlechte eigen.

In besinnlichen Stunden finden viele Sehnsucht in sich nach dem Früheren, da alles ruhig und schön erschien. Der andere Teil der Gegenwartsmenschen verharret im Zeitzustand, andere suchen ihn nach vorwärts zu überwinden, zu besserem Sein. Dieser immer wiederkehrenden dreifachen Gruppierung folgt auch im Groben die Gruppierung unserer politischen Parteien, mit ihren Ab- und Spielarten. Es ist ein Kräftespiel von hemmenden und von beharrenden und von beschleunigenden Mächten, wie sie nebeneinander auch in jeder einzelnen Menschenbrust leben. Dieses Kräftespiel gestaltet der Dichter. Im Werden seines Werkes kann man sehr oft deutlich die drei Entwicklungen erkennen: Instinkt — Hirn — Wiedereroberung des Instinktes durch das Hirn, Einheit von Hirn und Herz zur Vernunft.

Der Dichter zeigt also das Ziel des Menschengeschlechtes. Darum ist er in der heutigen verwirrten, selbstmörderischen Zeit nötiger denn je. Der Mensch sehnt sich nach Harmonie,

nach Menschlichkeit, nach Gemeinschaftsgefühl. Das ist auch in großer Deutlichkeit das Wesen unseres Volkstums. Das erhellt unsere Sprache. Der Dichter ist daher der Vertreter und Erhalter des Volkstums.

Noch einmal, ein Dichter ist ein künstlerisch schöpferischer Mensch, der über allem lebt, alles versteht, allem und doch keinem ganz allein zugehörig ist. Er ist die Vollendung, der die Masse zustrebt. Unser Volkstum ist die Einheit aller für den Deutschen typischen Erscheinungen seines Äußeren und Inneren. Wie das Menschentum ihn mit allen anderen Nationen verbindet, ebenso vermag unser Volkstum alle Deutschen zu verbinden. Diese Einigkeit unseres Volkes, in dessen Teilen und mit allen anderen Menschen der Erde, macht der Dichter bewußt. Dagegen sind Widerstände, denn immer wehrt sich der blinde Mensch gegen das, was er inbrünstig will, ohne es allein von sich aus erkennen zu können. Die Hand, die gibt, ist immer in Gefahr, gebissen zu werden.

Es entspricht dem hier entworfenen Gemälde, daß jeder die eine oder andere Seite unseres Volkstums besonders hervorzuheben oder herabzusetzen versucht, dadurch wird jede Seite unseres Volkstums durch dauernde Reibung blank erhalten. Was vernachlässigt sinkt, heben die Hände der anderen, die sie desto leidenschaftlicher darbieten, und umgekehrt. Volkstum ist nicht auf eine Landschaft, nicht auf einen Dialekt, nicht auf ein Geschlecht, nicht auf eine Klasse, nicht auf eine Altersstufe, nicht auf eine soziale Schicht beschränkt. Volkstum ist Gemeinsamkeit aller deutschen Erscheinungen, ist das Irrationale und darum Realste, das es gibt. Ist Heimweh, Vorwärts, Beharren, Stolz und Unrast. Zu unserem Volkstum gehören nicht nur die Merkmale des Heute oder des Gestern, gehören alle unsere geschichtlichen, kulturellen und geistlichen Entwicklungen der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, alle Kräfte, die vom Anfang an unsere Nation werden ließen, in sie einfließen, aus ihr hervorkamen, sich bekämpften, sich unterstützten, den anderen vernichteten oder zum Siege hoben,

alle Kräfte und Spannungen, die im deutschen Volke waren und sind und sein werden, solange es besteht. Unser Volkstum ist die Dichtung, welche unsere Nation in die Welt hineinschuf. Deutsche Dichtung ist der Widerschein unseres Volkstums aus der Welt im Menschenherzen.

Wie in jeder Familie alle Vererbungen aller Vorfahren tätig leben, wie in jeder Familie durcheinander bedingte Ähnlichkeiten und Unähnlichkeiten da sind, wie in jeder Familie viele Meinungen und Streit und Liebe leben, Gemeinsames, das weit mehr ist als der Name, ebenso ist es mit dem Volkstum, dem Besitz eines Volkes, ebenso im Dichtwerk, dessen Gestalten des Dichters Kinder sind, die er liebt, auch wenn sie sich bekämpfen und verkennen — dadurch hat er zu tun, sie zur Ordnung zu bringen.

Solche Überlegungen sind unserer Zeit, die sich ebenso losgelöst von allem Früheren dünkt, wie sie einseitig Sehnsucht nach rückwärts trägt, nötig. Geisteskultur eines Volkes ist nie Einseitigkeit, kann nicht traditionslos, darf nicht nur Tradition sein.

Wie soll der haltlos Gewordene das Einigende in unserem Volkstum finden, wie kann er jederzeit dadurch Halt gewinnen? Wo ist es ihm erkennbar und immer nahe? In der Dichtung.

Das Volkstum ist unbewußt in jedem von uns da, viele meinen, es verlassen zu haben, es verlassen zu können, sie klagen und triumphieren hohl. Wer Volkstum und Dichtkunst falsch sieht und mißachtet, ist Chaos, selbst wenn er mit armseligem Gehirn „achten“ will. Hoch leuchtend aufgerichtet wie eine schützende Monstranz steht und strahlt in unsere Zeit der Heiligenschein der Bewahrerin des Volkstums, der Dichtkunst. Sie sichert allen rettende Einfahrt in den Hafen menschenwürdigen Geborgenseins und Zusammenlebens.

Frankreich und der Rhein

Von Prof. Dr. Wilhelm Mommsen, Marburg/Lahn

Unser Volk schätzt die politischen Ereignisse, die es erlebt, vielfach nicht in ihrer vollen Bedeutung ein, weil die Sorgen des Augenblicks dazu verleiten, das eigene Erlebnis nicht in den Rahmen einer großen politischen Entwicklung einzuordnen. Wenn, wie wir hoffen dürfen, im Jahre 1930 die französischen Truppen endgültig das besetzte Gebiet verlassen, so ist damit nicht nur die äußere und die innere Lage unseres Volkes gewaltig entlastet, sondern ein geschichtliches Ereignis Tatsache geworden, das für das zukünftige Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland und für die Beziehungen der beiden seit ihrer Entstehung in Gegensatz und Kampf und doch auch wieder in Gemeinschaft so eng verbundenen Nationen von epochemachender Bedeutung ist oder wenigstens werden kann. Es ist das erstmal in der Geschichte, daß die Franzosen eine am Rhein erreichte Position freiwillig und nicht unter dem Druck bewaffneter Gewalt aufgeben und damit auf die Fortsetzung einer „Rheinpolitik“ verzichten, die seit Jahrhunderten zum mindesten eine Seite der traditionellen französischen Außenpolitik gebildet hat. Ein kurzer Rückblick auf die Geschichte der französischen „Rheinpolitik“ zeigt erst die volle Bedeutung der Rheinlandräumung und beweist zugleich, wie wenig die Franzosen berechtigt sind, „Sicherheit“ vor den angeblich immer wiederholten deutschen Angriffen zu verlangen. Denn in dem seit einem Jahrtausend immer wieder erneuten Kampf zwischen Deutschland und Frankreich um die Gebiete westlich des Rheins ist Frankreich und nicht Deutschland im Vordringen und in der Offensive gewesen.

Zum deutschen Kaiserreich des Mittelalters gehörten weite Gebiete des heutigen westlichen und südwestlichen Frank-

reich, auch ganz Lothringen und die heutigen Gebiete Belgiens und Hollands, die Niederlande, deren Grenzen sich damals weit über die heutige Nordostgrenze Frankreichs gegen Paris vorschoben. Das erste Vordringen des erstarken französischen Staates richtete sich gegen die romanischen Gebiete, die zum Deutschen Reich gehörten, und hatte das Ziel, die sogenannte Vierströmegrenze Rhone, Saone, Maas und Schelde zu erreichen. Diese Grenze wurde in der ersten großen Zeit französischen Vordringens im 13. Jahrhundert vielfach erreicht und zum Teil bereits überschritten. Das Jahrhundert der englischen Kriege hat diese erste Ausdehnungspolitik Frankreichs nach Osten zum Stillstand gebracht, und die Bildung des burgundischen Reiches, dessen Besitz zum größten Teil an das Haus Habsburg kam, hat noch einmal zu einem Rückschlag französischer Ausdehnung geführt. Das Deutsche Reich selbst hatte freilich davon kaum Nutzen, denn bei der Teilung der habsburgischen Herrschaft nach der Abdankung Karls V. blieben die alten Reichsgebiete der Niederlande und der Freigrafschaft Burgund bei Spanien. Der erste Vorstoß der französischen Außenpolitik in der neueren Geschichte richtete sich nicht gegen sie, sondern gegen die drei lothringischen Städte Metz, Toul und Verdun, die die Franzosen unter Ausnutzung der Schwäche des Reiches und seiner inneren Kämpfe im Jahre 1552 besetzten. Von hier aus wurde die französische Herrschaft allmählich über die Gebiete der Bistümer gleichen Namens ausgedehnt. Auch das Herzogtum Lothringen, das mit diesen Gebieten vielfach im Gemenge lag, wurde in immer stärkerem Maße von Frankreich abhängig. Die Erwerbungen, die Frankreich in den lothringischen Gebieten im 16. Jahrhundert gemacht hatte, waren fast ausschließlich von romanischem Volkstum besiedelt, auch Metz war im wesentlichen eine französisch sprechende Stadt. Bei der überragenden Weltmachtstellung Spaniens in jenen Zeiten waren diese Erwerbungen auch noch keineswegs gesichert, sondern ein Vorposten, aber ein Vorposten von ausschlaggebender Be-

deutung. Denn diese lothringischen Erwerbungen, vor allem die drei strategisch wichtigen Städte Metz, Toul und Verdun, bildeten den Keil, von dem aus Frankreich nach und nach die deutsche Westfront aufrollte. Denn nachdem der Schutzwall romanischen Gebietes, der einst im Westen vor dem eigentlichen deutschen Sprachgebiet zum Reich gehört hatte, im wesentlichen von Frankreich durchstoßen war, begann sich seit der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts die französische Ausdehnungspolitik auch gegen die eigentlich deutschen Gebiete am linken Rheinufer zu richten. Im Westfälischen Frieden von 1648 wurden dann die habsburgischen Gebiete am Oberrhein, Breisach und etwa ein Drittel des Elsaß, an Frankreich abgetreten. Nach der endgültigen Niederzwingung Spaniens, im Zeitalter der französischen Hegemonie unter Ludwig XIV. folgte die Gewinnung des ganzen Elsaß — mit Ausnahme Straßburgs ohne formelle Abtretung —, der Freigrafschaft Burgund und Grenzerweiterungen nach Nordosten auf Kosten der niederländischen Gebiete. Das Deutsche Reich war wehrlos, als außenpolitischer Machtfaktor kaum noch zu werten und seine größeren Fürsten am Rhein kaum interessiert, so daß Frankreich nach seinen Niederlagen im spanischen Erbfolgekrieg am Ende des Zeitalters Ludwigs XIV. die eroberten deutschen Gebiete behaupten konnte. Im 18. Jahrhundert gelang es dann, obwohl die Machtlage Frankreich eine vorsichtige Außenpolitik aufnötigte, den Erfolg an der deutschen Westfront dadurch zu vollenden, daß auch das Herzogtum Lothringen tatsächlich seit 1738, formell 1766, unter französische Herrschaft kam.

In den Jahrhunderten bis zur französischen Revolution ist so ein ständiges Vordringen Frankreichs nach Osten zu verzeichnen, und immer deutlicher begann die Erreichung der Rheingrenze das Ziel französischer Außenpolitik zu werden. Man bemühte sich um Beweise, daß der Rhein die alte Grenze Frankreichs sei, und dieser historischen Begründung wurde dann später die Auffassung vom Rhein als „natürlicher“ Grenze hinzugefügt. Freilich haben die Franzosen,

die, wenn sie den Rhein erreichten, stets auch Brückenköpfe darüber hinaus vorschoben, selbst damit bewiesen, daß ein Strom keine natürliche Grenze ist, was ja auch die ganze politische, kulturelle und wirtschaftliche Geschichte und Entwicklung des Rheinlandes beweist.

In den Zeiten der französischen Revolution und Napoleons I. trat dann die französische Rheinpolitik in ein neues Stadium. Bisher war das Streben nach Machtausdehnung in Richtung auf den Rhein, dem Wesen des absoluten Staates entsprechend, nur von zahlenmäßig schwachen Kreisen der regierenden Schichten getragen worden. Jetzt wurde dieses Ziel gewissermaßen demokratisiert, und seit der französischen Revolution standen breite Massen des französischen Volkes hinter diesen traditionellen Zielen französischer Außenpolitik. Gerade die Heere der französischen Revolution vollendeten das Werk des Absolutismus, machten den Rhein in seinem ganzen Verlauf zur französischen Grenze, um dann freilich in den Zeiten des napoleonischen Weltreiches weit darüber hinauszustoßen.

Die Niederwerfung der napoleonischen Weltherrschaft durch das verbündete Europa warf Frankreich im allgemeinen auf die Grenzen der Zeit vor der Revolution zurück. Im ersten Pariser Frieden von 1814 verblieben ihm noch die Gebiete des Saargebietes und Landau, die dann 1815 im zweiten Pariser Frieden wieder abgetreten werden mußten, wobei der Wunsch der Bevölkerung sich entschieden für die Loslösung von Frankreich ausgesprochen hatte. Das Elsaß blieb bei Frankreich. Die Anhänger der Einheitsbewegung in Deutschland forderten seine Wiedererwerbung, aber die Vertreter der Mächte wollten aus legitimistischen und konservativen Gründen das wiederhergestellte Bourbonenkönigtum nicht mit dieser Abtretung belasten.

In den Jahren 1814 und 1815 waren preußische und deutsche Truppen in Gemeinschaft mit Russen und Engländern, den Bundesgenossen Frankreichs im Weltkrieg, in Frankreich einmarschiert, um die napoleonische Weltherrschaft zu be-

seitigen. Trotzdem empfand man in Frankreich diesen Einmarsch der verbündeten Truppen als einen Angriff auf französischen Boden und richtete diesen Vorwurf vor allem gegen die „Preußen“. Noch heute spricht man in Frankreich vielfach von dem dreimaligen Eindringen der Preußen und Deutschen in Frankreich im Laufe eines Jahrhunderts, 1814/15, 1870, 1914, mit wie wenig Recht, braucht an dieser Stelle nicht erst gesagt zu werden. Aber ohne Zweifel verband sich seit 1815 mit dem noch immer verfolgten Ziel, die Rheingrenze zu erreichen, bei weiten Kreisen des französischen Volkes die Anschauung, daß man Sicherungen gegenüber einem „Angriff“ von Deutschland her haben wollte.

In den Jahrzehnten nach 1815 war für Frankreich, das unter den Nachwirkungen der Niederlage am Ende der napoleonischen Zeit litt, eine Wiederaufnahme von Ausdehnungsplänen nicht möglich. Aber der Gedanke der alten Rheinpolitik, verbunden mit der Erinnerung an die französische Revolution und Napoleon, lebte fort und fand seine Vertretung vor allem bei den radikalen, linksstehenden Gruppen, wie denn überhaupt in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts das, was wir Chauvinismus nennen, im allgemeinen von den Parteien der Linken vertreten wurde. Auch Vertreter der französischen Regierung haben den Gedanken einer neuen Machtstellung und Machtausdehnung Frankreichs am Rhein gelegentlich aufgenommen, so in jenem phantastischen Plane eines großen Tauschgeschäftes Ende der zwanziger Jahre, das im Rheinland einen Pufferstaat unter dem König von Sachsen vorsah und alten Wünschen auf Erwerbung belgischen Gebietes zur Durchführung verhelfen sollte. In der europäischen Krise, die durch die belgische Revolution von 1830 ausgelöst wurde, vertraten die französischen Radikalen den Gedanken einer Annektion Belgiens, und in der Krise von 1840 erscholl wiederum, vor allem getragen von den linksradikalen Gruppen, der Ruf nach dem Rhein. Aber weder die restaurierte Monarchie der Bourbonen noch das Bürgerkönigtum war bei der Machtlage

imstande, die Ausdehnungshoffnungen weiter Kreise des französischen Volkes zu erfüllen; mit deshalb gingen beide Dynastien zugrunde.

Unter Napoleon III., der auf Grund des demokratischen Plebiszits emporgekommen war, und dessen Name die Hoffnungen auf eine Wiederaufnahme der Rheinpolitik, wenn auch in anderer Form als unter Napoleon I., belebte, ist vor allem in den sechziger Jahren die französische Politik getragen von dem Bestreben, neue Erwerbungen in Richtung auf den Rhein davonzutragen. Je schwächer Napoleons Stellung im Innern wurde, um so mehr mußte er versuchen, seine Dynastie durch außenpolitische Erfolge zu retten. In einer mehr auf Schwäche, als auf Berechnung beruhenden, verschlagenen und mit allen Möglichkeiten spielenden Politik, die sich bald auf Österreich, bald auf Preußen und bald auf die deutschen Mittelstaaten, und vielfach auf alle zugleich stützte, versuchte der französische Kaiser in den Zeiten der Reichsgründung bald in Belgien, bald in Luxemburg, in der Pfalz und an der Saar Gebietserweiterungen für Frankreich zu erreichen. Seine listenreiche Politik fand in Bismarck ihren Meister, und der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71 führte zur entscheidenden Niederlage französischer Rheinpolitik und zum Sturze Napoleons. Die Ursache des Krieges war vor allem, daß Frankreich, dessen Machtstellung mit auf der deutschen Zersplitterung beruhte, eine Einigung ganz Deutschlands nicht freiwillig zulassen konnte und wollte. Deutschland trat an den Platz Frankreichs als stärkste kontinentale Macht und konnte zugleich im Frieden von 1871 die vor allem im 17. Jahrhundert verlorenen Gebiete des Elsaß und einen Teil des alten Herzogtums Lothringen, das neue Reichsland Elsaß-Lothringen, erwerben.

In Frankreich hat man diese Niederlage nicht verwunden, und der Verlust des Reichslandes und noch mehr der der führenden Stellung auf dem Kontinent, hielten den deutsch-französischen Gegensatz wach. Gewiß ist die französische Politik in dem halben Jahrhundert von 1871 bis 1914 nicht

einfach auf die Formel „Revanche“ zu bringen, aber der eigentliche Gegner französischer Politik war und blieb das neue Deutsche Reich. Bismarcks Versuch, die französische Kolonialpolitik zu unterstützen und Frankreich dadurch von den Vogesen abzulenken, hatte nur zeitweise Erfolg. Sobald die europäische Lage Frankreichs eine Wiederaufnahme der alten kontinentalen, gegen Deutschland gerichteten Politik gestattete, trat sie wieder in den Vordergrund. Als nach der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages das französisch-russische Bündnis begann, mehrten sich in Frankreich die Stimmen, die offen die Rücknahme Elsaß-Lothringens forderten. Als der koloniale Gegensatz in Afrika zum Ausbruch eines Krieges zwischen Frankreich und England in der Krise von Faschoda zu führen drohte, lenkte Frankreich unter Preisgabe seiner kolonialen Ziele ein und mit deshalb, weil ein englischer Krieg die Wiederaufnahme einer anti-deutschen Politik für absehbare Zeit unmöglich gemacht hätte. Die Bedeutung des elsaß-lothringischen Zieles für die Vorgeschichte des Weltkrieges ist hier nicht zu erörtern. Daß man in Frankreich um seinetwillen seit Jahren den Krieg planmäßig vorbereitete, wird sich aktenmäßig kaum beweisen lassen, und ebensowenig kann man sagen, daß das gesamte französische Volk um dieses Zieles willen den Krieg wünschte. Aber daß weiten Kreisen in Frankreich die Erwerbung der 1871 verlorenen Gebiete eine nationale Hoffnung war, und daß diese Hoffnung auch die amtliche Politik maßgebend bestimmte, ist nicht zu bezweifeln.

Im Weltkrieg lebten dann die alten französischen Hoffnungen nicht nur auf Erwerbung Elsaß-Lothringens, sondern des ganzen linken Rheinufers wieder auf. Sie verbanden sich vor allem in Kreisen der radikalen französischen Rechten mit dem Ziel der Zerschlagung des Deutschen Reiches. Trotz der Schwere der deutschen Niederlage konnte nur ein Teil solcher Hoffnungen verwirklicht werden. Das territoriale Ergebnis von 1871 wurde rückgängig gemacht, Elsaß-Lothringen wieder französisch, aber die Einheit des Deut-

schen Reiches blieb erhalten, ja manche französischen Kreise stellten enttäuscht fest, daß mit der Weimarer Verfassung Bismarcks Werk der Einigung Deutschlands erst seine Vollendung gefunden habe. Die alte französische Politik, die eigene Machtstellung durch Begünstigung der partikularen Bestrebungen in Deutschland zu stärken, war trotz gelegentlichen Versuchen der Wiederaufnahme und trotz dem Ausgang des Krieges endgültig gescheitert. Auch die Annexion des ganzen linken Rheinufers machte nicht nur der Widerstand Englands und Amerikas unmöglich, selbst ein Clemenceau vertrat die Überzeugung, daß die Einverleibung der deutschen Rheinländer keine Stärkung des französischen Staates bedeuten werde. Auf der anderen Seite verbarg sich hinter den Bestimmungen des Versailler Vertrages, in der französischen Besatzung in Verbindung mit den Reparationen, doch der alte Gedanke, das Rheinland wenigstens selbständig und damit abhängig von Frankreich zu machen. Die Unterstützung der separatistischen Bewegung im Rheinland durch Frankreich und ihr klägliches Scheitern ist bekannt, ebenso wie der Ausgang des Ruhrkampfes, der politisch gesehen auch für Frankreich eine Niederlage bedeutete.

Die dann einsetzende Wendung der politischen Entwicklung ist hier nicht zu schildern. Bei aller Entsagung, die im Hinblick auf die Vorgänge in den Jahren nach dem Friedensschluß eine Politik der deutsch-französischen Verständigung dem deutschen Volke auferlegte, darf nicht vergessen werden, daß diese Politik auch dem französischen Volke eine ähnliche Entsagung aufzwang. Wenn Frankreich das Rheinland geräumt haben wird, so bedeutet das die Aufgabe von Hoffnungen und Wünschen, die in manchen Kreisen des französischen Volkes noch heute lebendig sind. Die Rheinlandräumung bedeutet die Anerkennung der Tatsache, daß die historische Rheinpolitik der Franzosen gescheitert ist. Denn es handelt sich ja nicht nur darum, daß das Rheinland einige Jahre vor dem rechtlichen Ablauf der Besatzungszeit geräumt wird. Gerade die Geschichte der

französischen Rheinpolitik zeigt, daß eine Verlängerung der Besatzungszeiten häufiger zu sein pflegt als ihre Einhaltung; auch nach dem Weltkrieg lagen Tendenzen vor, die Besatzung zeitlich auszudehnen, wenn nicht zu verewigen. So bedeutet die Rheinlandräumung nicht nur einen Augenblickserfolg und eine Entlastung der rheinischen Gebiete von fremder Besatzung, sondern das Ende der alten traditionellen Rheinpolitik Frankreichs. Wenn auch die gesamte politische und wirtschaftliche Lage den Franzosen die Politik, die zur Rheinlandräumung führte, nahelegte, so bleibt die Tatsache bestehen, daß zum erstenmal in der Geschichte nicht ein Krieg nötig war, um rheinisches Gebiet zu befreien.



Stuttgart, Blick von der Karlshöhe

Hessische Bauernkunst

Von Wilhelm Michel

Bis an die Schwelle des technisch-maschinellen Zeitalters ist das ganze bäuerliche Leben von Kunst durchwirkt. Denn jeder Gebrauchsgegenstand, von Hand gemacht, nimmt von selbst und völlig unwillkürlich teil an der Welt der Kunst. Das Salzfaß und der Küchenschemel, die Teigrolle und der Quirl, das Spinnrad und der Hobel entstehen in einer dichten Umluft künstlerischer Formlust, der sie, selbst wenn sie wollten, nicht entzogen bleiben können — nicht zu reden von all den Dingen, die zum Haus und zur Wohnung gehören und die vorhandenen Formgeist von jeher am üppigsten entfaltet haben.

Dieser Formgeist lebt, was Hessen anlangt, offenbar in manchen Teilen des Landes stärker als in andern. Oberhessen und Teile von Starkenburg (östlicher Odenwald) waren schon immer von lebhaften künstlerischen Energien erfüllt, im Zusammenhang mit der erdhafteren Dichtheit und Ursprünglichkeit des gesamten bäuerlichen Lebens dieser Landstriche. Das Eigengesetzliche und Abgeschlossene des Bauerndaseins hat sich in diesen Gegenden länger und kräftiger erhalten als im Gebiet der Rhein-Mainebene und in Rheinhessen. In Oberhessen wird heute noch Tracht getragen, ein sprechendes Zeichen dafür, daß das Leben dieser Gebiete sich noch als eine selbständige Form empfindet. Worauf ist dieser Unterschied zwischen den einzelnen Landesteilen zurückzuführen? Da spielt sicher der Umstand mit, daß Rheinhessen und Rheinebene (und für die Pfalz gilt ganz das gleiche) von alten Völker- und Heerstraßen nord—südlich und west—östlich durchzogen sind. Alte Eigenart konnte einer jahrhundertlangen Durchspülung mit allerlei Menschenströmen hier nicht so standhalten wie in den geschonteren Gebieten Oberhessens und des Odenwaldes. Aber

es kommt noch hinzu, daß beim südlichen Rheinfranken überhaupt die Kräfte mehr in die kritische Intelligenz und in die zivilisatorische Gestaltung gehen als in das seelisch-geschöpfliche Leben und in die kulturelle Form. Man findet in Rheinhessen samt der Pfalz ohne Zweifel einen höheren zivilisatorischen Zuschnitt in den Gewohnheiten des Wohnens und des Essens, in den Formen des Verkehrs als in Oberhessen, aber durchgehends eine dünnere, flauere Formenwelt im Sichtbaren und Tastbaren: in der Erscheinung der Häuser, in Möbeln, Geräten, Kleidung, Festen usw. Dem entspricht ein Unterschied im Geistigen: Dort der wache Verstand, das schnelle Bemerken und Reagieren, der Witz, die Kritik, das lebhaftes Ichgefühl — hier die höhere Erdgebundenheit, die schwerere, echtere Geistesregung, die höhere geschöpfliche Sicherheit und die derbere, dichtere Gestaltung. Der Unterschied ist unverkennbar und sehr deutlich, obwohl auch Oberhessen zum rheinfränkischen Stammesgebiet gehört. Jeder Gang durch ein oberhessisches Dorf gibt ohne weiteres das Gefühl: hier lebt der Geist der Kunst, vorab der bildenden Kunst, stärker als im wachern Süden und Westen des Landes.

Aus dem überquellenden Reichtum bäuerlichen Formens will ich heute zwei umgrenzte Gebiete herausheben: die Töpferei und den oberhessischen Kratzputz am Bauernhaus.

Die Töpferei ist in Hessen begünstigt worden durch die zahlreichen Vorkommen von brauchbarem Ton und den Holzreichtum des Landes. Eine „Beschreibung des Kurfürstentums Hessen“ vom Jahre 1842 sagt: „Uralte ist die Töpferei in Hessen. Schon im 14. Jahrhundert finden wir die in Dreihäusern und Giesel. Außer diesen bestehen solche vorzüglich zu Marburg, Kirchhain usw. (folgt eine längere Reihe oberhessischer Töpferdörfer). Die bedeutendsten sind zu Großalmerode und zu Marburg, deren Absatz im Ausland (Rußland, Spanien, Amerika usw.) sehr bedeutend ist. In Niederhessen heißt der Töpfer auch Gröper (von ‚Grobe‘, welches gleichbedeutend mit Topf ist), in Oberhessen aber



Buntbemalter Bauernsteller
aus Oberhessen, 18. Jahrh.



Steinzeugkanne mit einge-
ritzten und blaubemalten
Ornamenten, 18. Jahrh.



Krug mit abgebrochener Schnauze.
Aufgelegte Rosetten und Blätter,
gemalte Motive in rotbraun, gelb,
weißlichgelb, grün. Töpferei in
Frielendorf (Schwalm) 1880



Kaffeekanne, schwarz glasiert mit
aufgelegten Blumen. Ahlfeld in
der Schwalm, 19. Jahrh.

Die Keramiken sind dem ausgezeichneten und grundlegenden Werke von
Konrad Strauß, „Die Töpferkunst in Hessen“ (Verlag J. H. Ed. Heitz,
Straßburg) entnommen

wird derselbe ‚Eulner‘ (vom lat. olla) und im Hanauischen Hafner genannt.“ 1893 zählt eine Statistik ungefähr 170 Töpfereibetriebe im Großherzogtum Hessen, darunter auch die der Provinz Starkenburg, die die oben erwähnte Aufzählung vom Jahre 1842 naturgemäß außer acht gelassen hat. Die letzten Jahrzehnte haben, wie es unausweichlich im Zuge der Zeit liegt, mit den selbständigen Töpfereibetrieben mächtig aufgeräumt. Es ist vielleicht von Interesse, kurz einen Blick auf die Endphase der Töpferei in Marburg zu werfen, da diese heute nicht mehr zum Großherzogtum gehörende Stadt vormals Mittelpunkt und Vorort des gesamten hessischen Töpfereigewerbes gewesen ist. Die Marburger Töpferei (vornehmlich bekannt durch ihre alte Geschirr- und Kachelfabrikation) erlebte ihre letzte, glanzvolle Blütezeit in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Etwa von 1780 ab tritt erst Stillstand und dann Rückschritt ein. „Die Töpfer haben — so führt Karl Rumpf in einer Abhandlung über Marburger Geschirr aus — „mit ungewöhnlicher Zähigkeit an dem im 18. Jahrhundert ausgebildeten Typ, dank dem konservativen Sinn der Abnehmer, der Bauern, bis in unsere Tage festgehalten. ... Zu beobachten ist nach 1800 eine Abnahme der zeichnerischen Fähigkeiten (Verschwinden der figürlichen Darstellungen). Die straffe, strenge Form der Gefäße sowie der Dekoration verwässert sich ganz allmählich, wird flauer und verliert an Charakter, Blumen und Ranken werden naturalistischer, magerer und ungeschickter in der Verteilung auf die Fläche. ... Die strengen Zunftgesetze, die nur einen Meisterssohn oder den, der eines Meisters Witwe oder Tochter heiratete, zum Handwerk als Meister zuließen, begünstigten zwar die Dauer und Vertiefung der Tradition, führten aber zugleich zur Einseitigkeit und Verknöcherung. Als die Annexion Kurhessens durch Preußen 1866 die Gewerbefreiheit brachte, galt das Töpferhandwerk schon als aussichtsloser Beruf.“

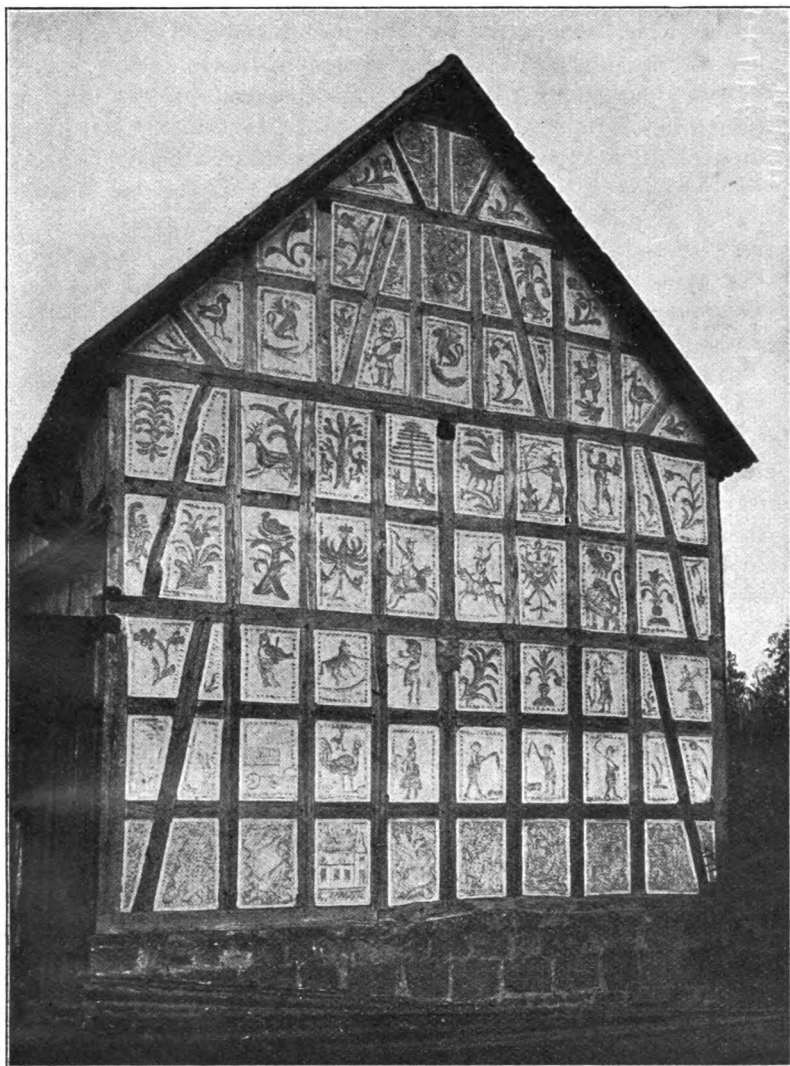
Der Prozeß der künstlerischen und dann auch technischen Verschlechterung der Marburger Ware setzte sich unauf-

haltsam fort, trotz mancher Bemühungen der kurhessischen Regierung, die „an der festgewurzelten Anhänglichkeit der Töpfer am Alten zerschellten“. Als dann das wohlfeile Steingut und das unzerbrechliche Emailgeschirr aufkam, ging es mit dem Marburger Töpferhandwerk rapide bergab. 1884 bestanden zu Marburg noch 18 Werkstätten. Ihre Zahl betrug 1896 noch 10, 1920 nur noch 4. Die letzten alten Töpfereien gingen 1923 in der Aktiengesellschaft „Marburger Kunstwerkstätten und Tonindustrie“ auf; ein durchaus moderner Betrieb, der in der Fabrikation freilich noch die Anknüpfung an alte Marburger Traditionen aufrechterhält.

Ich möchte zu dieser Geschichte das eine bemerken, daß ein solches Erlöschen alter handwerklicher Kunstübung nicht notwendig zur Nachtrauer führen muß. Die Gesinnung, die auf der einen Seite die moderne Zivilisation bejaht und sich auf der anderen Seite an Altes klammert, das aus tausend guten Gründen nicht dieselbe Luft wie diese moderne Zivilisation atmen kann, ist vielleicht ehrenwert, aber sie kann auch sehr oberflächlich sein. Die ganze moderne Forschung läuft darauf hinaus, uns die Zusammenhänge vor Augen zu stellen, in denen alles Lebendige sein eigentliches Leben hatte und hat. Lösen sich bestimmte alte Zusammenhänge auf, so folgt ihnen — „liebend“, wie Hölderlin bedeutungsvoll sagt — dasjenige in den Untergang nach, was in besonderer Weise mit seinem Leben an sie gebunden war. Wer glauben kann, daß die moderne Zivilisation zu haben sei ohne einen dafür zu zahlenden Preis, der hat in die Ernsthaftigkeit der kulturellen Lebenszusammenhänge nicht die rechte Einsicht. Der hessischen Töpferei ist, soweit sie Handwerksbetrieb einzelner Meister war, der Boden heute grundsätzlich entzogen. Daran ist nichts zu ändern. Aber die Freude an den Erzeugnissen ihrer Blütezeit, von denen wir einige im Bilde vorführen, wird dadurch nicht geschmälert; und für die Heranbildung junger Keramiker werden sie immer ihren Wert behalten.



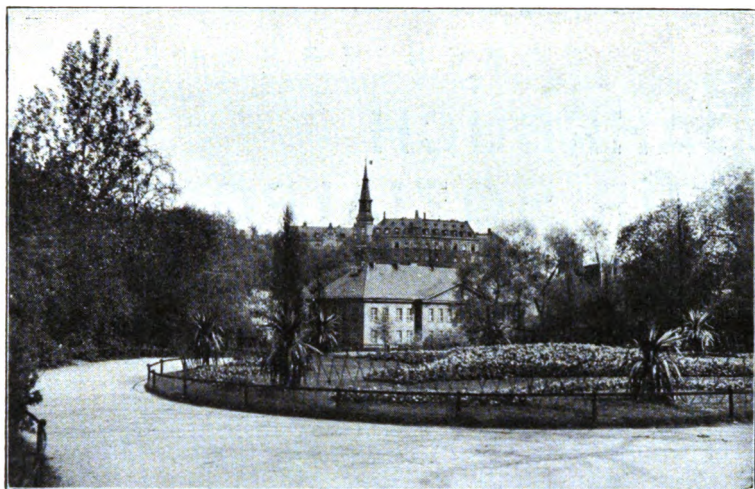
Ein noch ursprünglicheres Erzeugnis der volkstümlichen Freude am Spiel der Farben und Formen ist der oberhessische Kratzputz. Noch heute beherrscht er mit seiner Schmuckwirkung das Bild ganzer Ortschaften. Er geht bis ins 17. Jahrhundert zurück und ist namentlich in den Kreisen Marburg, Kirchhain, Ziegenhain, Biedenkopf, in dem hessischen „Hinterland“, in der Umgegend von Gießen, Butzbach, Alsfeld zu Hause. Der Kratzputz ist ein sozusagen rechtmäßiges Kind des Fachwerkbau. Beim Fachwerkbau werden von altersher die (viereckigen und dreieckigen) Gefache zunächst mit Flechtwerk (Fitzgerten) ausgefüllt. Dieses erhält sodann einen dichten Bewurf aus Lehm, der mit Häcksel oder Spreu vermischt ist. Das Ganze wird alsdann mit Kalkmörtel verputzt. Da dieser aber auf dem Lehm schlecht haftet, ergab sich die Notwendigkeit, ihn nach dem Auftrag fester auf die Unterlage aufzudrücken. Vielleicht ist dieses Aufdrücken zunächst nur längs der umrahmenden Balken erfolgt (vgl. die etwa 5 cm breite Rahmenlinie, die die Kratzputzfelder immer einfaßt) und hat erst später zur Behandlung der ganzen Fläche geführt. Die Technik ist denkbar einfach: in den noch feuchten Kalkbewurf werden mit einem spitzen Eisen die Muster eingedrückt und dann mit Kalkbrühe leicht eingefärbt, so daß sie sich in Weiß von gelblichem oder grauem Untergrund abheben. Es werden drei verschiedene Verfahren unterschieden: die Strichelmanier (Einritzen des Musters mit spitzem Eisen), Reliefmanier (Eindrücken des Musters mit spachtelartigem Instrument), Tüpfel- oder Stempelmanier (Arbeit mit Spitzenbündeln, Stempeln in verschiedenen Formen, oft auch mit einem einzelnen Nagel). Die Arbeit geschieht immer aus freier Hand ohne Vorzeichnung; Sachkundige behaupten, sie sei nicht ohne weiteres erlernbar, da sie ganz auf künstlerisches Gefühl und Tradition gestellt sei. Die Wirkung ist entzückend. Behandelt werden nicht nur Wohnhäuser, sondern auch untergeordnete Gebäude, Scheuern, Ställe, Backhäuser usw. Die Leichtigkeit, die Sicherheit des künstleri-



Aus Sichertshausen. Unikum, vom Bauherrn selbst hergestellt.
(Aus Hessen-Kunst 1925)

schen Taktes, womit die Ornamentik der jeweiligen Gestalt des Feldes angepaßt wird, verdienen Bewunderung. Die Motive sind die aus aller deutschen Bauernkunst bekannten, wie sie auch an Truhen und anderen Möbeln, an Geräten, Krügen, Stickereien vorkommen: Herz und Stern, geometrische Gebilde, Bandschleifen, Pflanzen, Bäume, Blumen, Blätter, Trauben. An Blumen werden Tulpe und Aster, an Bäumen die Tanne bevorzugt. Dazu gesellen sich gelegentlich figürliche Motive: der Jäger, Reiter und Zecher, Hirsche, Hasen, Löwen, Pferde, Hühner, Störche. Einzelne Meister bekunden häufig eine Vorliebe für wenige, bestimmte Motivreihen.

Auch diese schöne Kunstübung ist seit Jahrzehnten im Rückgang begriffen, und wo sie sich noch erhalten hat, ist sie den depravierenden Einflüssen der modernen, die Überlieferung leicht überspringenden Sinnesweise ausgesetzt. Aber in der Erscheinung des oberhessischen Dorfes spielt sie heute noch eine wesentliche Rolle, und das wird wohl noch lange so bleiben.



Lohmühlenanlage mit Blick auf das Landgericht (ehemaliges Schloß)

PLAUE

DIE PERLE DES VOGTLANDES. — DIE
STADT DER SPITZEN UND GARDINEN.

(330 — 440 m. 115000 Einwohner.) Inmitten einer herrlichen Umgebung liegt die neuzeitlich angelegte Stadt Plauen. Sie bietet dank ihrer landschaftlich reizvollen Lage und guten Gast- und Vergnügungsstätten dem Erholungsreisenden, dem Wochenendler und dem Geschäftsreisenden einen angenehmen Aufenthalt. Stadttheater, Oper, Museum. Neuentdeckte Drachenhöhle in Syrau leicht erreichbar.

S O E B E N E R S C H E I N T

JAHRBUCH FÜR SOZIALPOLITIK 1930

Herausgegeben vom Staatssekretär
des Reichsarbeitsministeriums

DR. G E I B

Schriftleitung:

Regierungsrat Dr. B. RAUECKER

Das Buch soll alljährlich einen Überblick über alle Gebiete der deutschen und internationalen Sozialpolitik geben. Berufene Sachkenner werden über die gesamte sozialpolitische Gesetzgebung, ihre Voraussetzungen und ihre Ziele berichten. Darüber hinaus wird die kommunale Sozialpolitik, die Selbsthilfe der Berufsorganisationen, die Wohlfahrtspflege, sowie das Wohnungs- und Siedlungswesen berücksichtigt werden. Auch Grenzgebiete der Sozialpolitik, wie die Arbeitswissenschaft, die Sozialpädagogik usw., sollen entsprechende Würdigung finden. — Das Jahrbuch wird nicht vom Gesichtsfeld einzelner Parteien oder Interessengruppen, sondern vom Standpunkt des Staatsganzen aus die einzelnen Teile der Sozialpolitik beleuchten. Jenseits von jedem Richtungsstreit soll es der Gesamtheit des Volkes dienen. Es will sachlich unterrichten und überläßt es dem Leser, den Stoff für seine persönlichen Zwecke auszuwerten.

ca. 250 Seiten in Ganzleinen.....Rm. 7.—

Helingsche Verlagsanstalt, Leipzig C 1

Dresdner Straße 11—13



Bochum, Ruhrknappschaft mit Erweiterungsbau

Eine Fundgrube für Einzeluntersuchungen!

Jahrbuch Sachsen

6. JAHRGANG **1930** 6. JAHRGANG

Herausgegeben von Reichsminister a. D.

DR. KÜLZ, M. D. R.

in Verbindung mit zahlreichen Mitarbeitern

I N H A L T :

Die Reichsreform und Sachsen. Von Ministerialdirektor Dr. Poetzsch-Heffter, M. d. Reichsrates. — Die Arbeit des Landtags. Von Landtagsdirektor Rudolph. — Dresden und seine Entwicklung. Von Oberbürgermeister Dr. Blüher. — Dresdner Zigarettenindustrie. Von Generaldirektor Bergmann. — Die Leipziger Messe. Von Meßamtsdirektor Voß. — Wasserwirtschaft und Talsperrenbau in Sachsen. Von Ministerialdirektor Dr. Sorger. — Der Ausbau des sächsischen Berufsschulwesens. Von Privatdozent Dr. Schultz. — Von Aufgaben und Nöten einer wachsenden Großstadt (Chemnitz). Von Dr. Cichorius. — Die sächsische Landesbühne. Von Intendant Maximus René. — Heimatschutz und Volkskunst. Von Dir. Dr. Zinck. — Mit der Kamera durch das schöne Sachsen. Von Dir. Dr. Schulze. — Drei Jahrhunderte sächsischer Kultur in Moritzburg. Von Heinrich Zerkaulen. — Das deutsche Hygienemuseum und die Internationale Hygieneausstellung Dresden. Von Reichsminister a. D. Dr. Külz. — Die Robert-Schumannstadt Zwickau. Von Stadtbüchereidirektor Dr. Kleinebreil u. v. a. m.

Mit zahlreichen Abbildungen

Preis RM 3.—

(Solange Vorrat: Jahrgänge 1925/26 je RM. 1.—, Jahrgang 1927 vergriffen, Jahrgang 1928 RM. 2.—, Jahrgang 1929 RM. 3.—)

Bestellen Sie noch heute bei Ihrem Buchhändler

Helingsche Verlagsanstalt, Leipzig C 1

Dresdner Straße 11—13

29

UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA



3 0112 052443527